



Stoffplan

der berufsbegleitenden
nichtakademischen Fortbildung

"Masterconsultant in Finance®"

zur Erlangung der Abschlüsse

"Masterconsultant in Finance®"

und

"Fachwirt für Finanzberatung (IHK)"





Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
Grundlagen der VWL / BWL (IV/2004)	5
Bankprodukte für private Haushalte (I/2005)	11
Kundenberatung und Arbeitsorganisation (IV/2003)	17
Bausparen / Immobilien (I/2004)	23
Recht und Steuern (II/2004)	29
Versicherungsprodukte für private Haushalte (III/2004)	37
Europäische Finanzwirtschaft (IV/2004)	51
Führung und Organisation (I/2005)	65
Betriebliche Altersversorgung (II/2005)	69
Versicherungsprodukte für Gewerbetreibende, freie Berufe und Beamte (I/2004)	81
Investment (II/2004)	97
Baufinanzierung (III/2004)	105



Einleitung

Die berufsbegleitende nichtakademische Fortbildung **Masterconsultant in Finance®** soll durch einen intensiven Einblick in die wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Zusammenhänge die Sicherheit der Teilnehmer in ihren Aussagen und Begründungen für die Kundenberatung erhöhen sowie die fachliche Kompetenz verstärken. Durch die Berücksichtigung der europäischen Finanzwirtschaft soll ferner die zukunftsorientierte Vermittlung von Fachwissen sichergestellt und der Europäisierung des Finanzdienstleistungsmarktes Rechnung getragen werden.

Daraus leiten sich folgende **Zielsetzungen** ab:

Die Fortbildung **Masterconsultant in Finance®** vermittelt fachlich fundierte Kenntnisse in der Anlageberatung, die zur Beurteilung vertriebsspezifischer Finanzdienstleistungen und unterschiedlicher Produktlinien erforderlich sind. Die in der Fortbildung befindlichen Teilnehmer erhalten übergreifende Fachkenntnisse, um zukünftigen Anforderungen in den sich ständig ändernden Marktsituationen gerecht zu werden.

Im **Grundlagenteil** bekommen die Teilnehmer die Kenntnisse und Fertigkeiten vermittelt, die sie dazu befähigen sollen, die wirtschaftliche Situation privater Haushalte zu analysieren und diese sachgerecht zu beraten. Ziel ist es, privaten Haushalten konzeptionell abgestimmte Produkte zur Daseinsfürsorge und -absicherung sowie zur Geld- und Kapitalanlage zu vermitteln. Die Teilnehmer sollen die Grundlagen von Versicherungen, Geld-, Kapital- sowie Sachanlagen kennenlernen, mit deren Inhalten vertraut sein und die Umsetzung in ihre Berufstätigkeit in der Anlage- und Versicherungsberatung beherrschen. Dazu gehören ein grundlegendes Verständnis für volks- und betriebswirtschaftliche Zusammenhänge, die Fähigkeit zu einer effizienten Arbeitsorganisation sowie Grundlagen des bürgerlichen und Handelsrechts, des Steuerrechts und der Finanzmathematik. Die Teilnehmer sollen diese Kenntnisse in bezug auf ihre Berufstätigkeit in der Finanzdienstleistung umsetzen können. Sie erhalten in den verschiedenen Fächern die Grundlagen und die wesentlichen Rechenverfahren aus der Prozent-, Zins- und Zinseszins- sowie der Tilgungsrechnung. Diese sollen sie in der Praxis anwenden können.

Im **Vertiefungsteil** sollen die Teilnehmer befähigt werden, auch Gewerbetreibende und Angehörige freier Berufe sowie Beamte umfassend zu beraten und spezielle Finanzierungsprodukte zu vermitteln. Ferner soll der **Masterconsultant in Finance®** in der Lage sein, Leitungsfunktionen in einem vertriebsorientierten Unternehmen auszuüben oder selbständig einen Betrieb zu leiten. Daher sind auch Führungs- und Organisationsthemen Gegenstand der Fortbildung.

Insgesamt umfaßt die Weiterbildung 12 Themengebiete, die im folgenden kurz vorgestellt werden.

- 1) Im Fach „**Grundlagen der Volks- und Betriebswirtschaftslehre**“ sollen die Teilnehmer die allgemeinen Grundlagen der Volkswirtschaft und der sozialen Marktwirtschaft in Verbindung mit ihrer Berufstätigkeit in der Finanzdienstleistung kennenlernen. Darüberhinaus werden die allgemeinen Grundlagen des betriebswirtschaftlichen Denkens und Handelns sowie die betriebswirtschaftliche Aufgabenstellung vermittelt. Diese Kenntnisse sollen die Teilnehmer in typischen Situationen für ihr eigenes Geschäft der Finanzdienstleistung anwenden können.



- 2) Im Fach „**Bankprodukte für private Haushalte**“ sollen die Teilnehmer einen Überblick über die Geschäfte der Kreditinstitute, die Bedeutung des Geld- und Kapitalmarktes sowie Formen, Inhalte und steuerliche Aspekte von Bankprodukten erhalten. Auf dieser Grundlage sollen die Teilnehmer beurteilen können, welches Bankprodukt unter Berücksichtigung von Chancen und Risiken und der Bedürfnisse des Anlegers vermittelt werden kann.
- 3) Im Fach „**Kundenberatung und Arbeitsorganisation**“ werden den Teilnehmern zum einen kunden- und bedarfsorientierte Aspekte aller Fachinhalte auf der Basis einer Privathaushaltsanalyse, gerichtet auf eine nachhaltige Kundenberatung und -betreuung, vermittelt. Zum anderen sollen die Teilnehmer die Einsatz- und Nutzungsmöglichkeiten der Neuen Medien im Finanzdienstleistungssektor kennenlernen.
- 4) Im Fach „**Bausparen und Immobilien**“ sollen die Teilnehmer einen Überblick über das Bausparen, die eigengenutzte Immobilie und die Immobilie als Kapitalanlage erhalten sowie mögliche Finanzierungsformen und deren Vor- und Nachteile kennenlernen sowie deren Einsatz grob beurteilen können. Desweiteren sollen die Teilnehmer den Grundstücksbegriff, grundstücksgleiche Rechte und die Einteilung des Grundbuches sowie die eintragungsfähigen Rechte vermittelt bekommen.
- 5) Im Fach „**Recht und Steuern**“ sollen die Teilnehmer die Struktur der Rechtsordnung, die allgemeinen Grundlagen des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Handels- und Gesellschaftsrechts kennenlernen, um die wichtigsten Regeln des Rechts auf praktische Fälle in ihrer Berufstätigkeit anwenden zu können.

Sie lernen die Grundbegriffe und -zusammenhänge des allgemeinen Steuerrechts kennen und sollen die wesentlichen Steuerarten vermittelt bekommen, die für die Besteuerung von Geld- und Kapitalanlagen sowie für die eigene Bemessungsgrundlage der steuerlichen Situation des selbständigen Vermittlers erforderlich sind.
- 6) Im Fach „**Versicherungsprodukte für private Haushalte**“ sollen die Teilnehmer die grundlegenden Aufgaben und Geschäfte der Versicherungen kennenlernen. Sie sollen einen vertieften Einblick in das Thema Privatkunden-Versicherungen erwerben, die Analyse von Daseinsvorsorge- und Absicherungslücken beherrschen und den daraus resultierenden Versicherungsbedarf feststellen können. Ferner sollen die Teilnehmer die gesetzlichen Bestimmungen, die steuerliche Behandlung und die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung beurteilen können.
- 7) Das Fach „**Europäische Finanzwirtschaft**“ trägt der zusammenwachsenden europäischen Finanzwirtschaft Rechnung. Neben einer umfassenden Übersicht über die europäischen Finanz-, Versicherungs- und Immobilienmärkte werden spezielle Kenntnisse im grenzübergreifenden Waren- und Wirtschaftsverkehr vermittelt. Ferner sollen die Teilnehmer befähigt werden, Privatkunden beratend bei der Verlegung der Wohn- und/oder Arbeitsstätte ins europäische Ausland sowie einem Immobilienerwerb zur Seite zu stehen.
- 8) Im Fach „**Führungs- und Organisationslehre**“ sollen die Teilnehmer einen Einblick in die Grundkenntnisse der Führungslehre erhalten, vertiefte Kenntnisse über die Beurteilung und Auswahl von Mitarbeitern sowie über die betriebliche Organisation einer vertriebs-



- orientierten Filiale sowohl mit freiberuflichen als auch mit angestellten Vertriebsmitarbeitern erhalten und beurteilen können, wie diese bei der Bewältigung zukünftiger Aufgaben eingesetzt werden können. Es werden Grundlagen des Arbeits- und Arbeitsvertragsrechts behandelt und Grundlagen des Zeit- und Informationsmanagements vermittelt.
- 9) Im Fach „**Betriebliche Altersversorgung**“ soll den Teilnehmern fundiertes Wissen über diesen Bereich vermittelt werden. Er ist von einer komplexen Fülle von Gesetzen, Verordnungen, Richtlinien, Urteilen etc. bestimmt. Die Teilnehmer sollen die vielfältigen Gestaltungsformen und Durchführungsmöglichkeiten kennenlernen und befähigt werden, die Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Unternehmen darzustellen, insbesondere hinsichtlich der Innenfinanzierung, der Bildung stiller Reserven, personalpolitischer Konsequenzen und der Gestaltung der Unternehmenssteuern. Dazu werden Kenntnisse der einschlägigen Bestimmungen des Arbeits- und Steuerrechts vermittelt.
- 10) Im Fach „**Versicherungsprodukte für Gewerbetreibende, freie Berufe und Beamte**“ sollen die Teilnehmer in der Lage sein, die Risikosituation von Erwerbstätigen, insbesondere Selbständigen und Unternehmen zu erfassen, die darauf einwirkenden möglichen Gefahren zu erkennen und die zur Absicherung geeignete Deklarationsform anzubieten. Dem ausreichenden und möglichst individuell auf die jeweilige Risikosituation des Erwerbstätigen angepaßten Versicherungsschutz kommt eine zentrale existenzsichernde Bedeutung zu. Der Teilnehmer soll die Fähigkeit erlangen, die besonderen Bedürfnisse der Erwerbstätigen, insbesondere der selbständig tätigen Unternehmer zu erkennen, eine individuelle Absicherung auszuarbeiten und diese mit entsprechend ausgewählten und abgestimmten Versicherungsprodukten umzusetzen.
- 11) Das Fach „**Investment**“ soll die Teilnehmer befähigen, dem Anleger eine kompetente Hilfestellung bei der Auswahl geeigneter Produkte und Produktvarianten unter Berücksichtigung seiner individuellen Anlagewünsche sowie seiner finanziellen Möglichkeiten zu geben. Dazu ist es notwendig, die aktuelle Steuergesetzgebung zu berücksichtigen. Diese Anlage- und Finanzierungskonzepte sind im hohem Maße erklärungsbedürftig und beratungsintensiv. Es existieren enge Bezüge zu den Themen Immobilien, Steuern, Betriebswirtschaftslehre sowie Bankprodukte für private Haushalte. Daher empfiehlt es sich, auf entsprechende Grundlagenkenntnisse zurückzugreifen.
- 12) Im Fach „**Baufinanzierung**“ sollen die Teilnehmer tiefgreifende Kenntnisse zum Thema Immobilienerwerb für die Eigennutzung und für die Vermietung erhalten, wobei die einzelnen Finanzierungsbausteine zusätzlichen steuerlichen Beurteilungskriterien unterworfen werden. Diesem Fach kommt eine besondere Bedeutung zu, da eine Fehlförderung zum Zusammenbruch der wirtschaftlichen Grundlagen eines Haushaltes führen kann. Dies soll den Teilnehmern bewußt werden. Sie sollen in der Lage sein, die langfristige wirtschaftliche Leistungskraft eines Haushaltes realistisch beurteilen und aufgrund der finanztechnischen Möglichkeiten maßgeschneiderte Finanzierungsbausteine entwickeln zu können.



Grundlagen der VWL / BWL (IV/2004)

1. Die Volkswirtschaftslehre
 - 1.1. Grundlagen
 - 1.2. Ursachen und Prinzipien des Wirtschaftens
 - 1.2.1. Die Bedürfnisse der Menschen
 - 1.2.2. Die Befriedigung der Bedürfnisse durch Güter
 - 1.2.3. Das Wirtschaftlichkeitsprinzip
 - 1.3. Die Produktionsfaktoren
2. Märkte und Preisbildung
 - 2.1. Die Nachfrage
 - 2.2. Das Angebot
 - 2.3. Das Marktgleichgewicht
 - 2.4. Die Stabilität des Marktgleichgewichts
3. Der Wirtschaftskreislauf
 - 3.1. Das Kreislaufmodell für die privaten Haushalte und Unternehmen
 - 3.2. Die erste Erweiterung: Vermögensbildung
 - 3.3. Die zweite Erweiterung: Der Staat
 - 3.3.1. Die Rolle der öffentlichen Haushalte im Wirtschaftskreislauf
 - 3.3.2. Die Aufgaben der Finanzpolitik
 - 3.3.3. Die Funktionsweise öffentlicher Haushalte
 - 3.3.3.1. Steuern und Abgaben
 - 3.3.3.2. Die Wirkung von Steuern
 - 3.3.3.3. Transferleistungen
4. Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
 - 4.1. Die Entstehungsrechnung
 - 4.2. Die Verwendungsrechnung
 - 4.3. Die Verteilungsrechnung
 - 4.4. Leistung und Mängel der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
 - 4.5. Umstellung der VGR auf ESVG
5. Geld und Kredit
 - 5.1. Der Geldbegriff



- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 5.2. Die Geldfunktionen 5.2.1. Geld als Tauschmittel 5.2.2. Geld als Recheneinheit 5.2.3. Geld als Wertaufbewahrungsmittel 5.3. Geldnachfrage 5.4. Die Geldschöpfung 5.5. Geldmengendefinition 5.6. Das Geldmengenziel der EZB 6. Wirtschaftspolitische Ziele in der Sozialen Marktwirtschaft 6.1. Die Vollbeschäftigung 6.1.1. Der Begriff Arbeitslosigkeit 6.1.2. Konjunkturelle und strukturelle Arbeitsmarktprobleme 6.1.3. Die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit 6.2. Die Geldwertstabilität 6.2.1. Der Inflationsbegriff 6.2.2. Erscheinungsformen der Inflation 6.2.3. Ursachen von Geldwertstörungen 6.2.4. Wirkungen der Inflation 6.3. Das außenwirtschaftliche Gleichgewicht 6.3.1. Gründe für Außenhandel 6.3.2. Die Bedeutung der außenwirtschaftlichen Einflüsse 6.4. Stetiges Wirtschaftswachstum 6.4.1. Die Wachstumsbegriffe 6.4.2. Der Wachstumsprozeß 7. Die Konjunktur 7.1. Der Konjunkturbegriff 7.2. Konjunkturphasen und Konjunkturzyklus 7.2.1. Der Aufschwung 7.2.2. Der Boom 7.2.3. Die Rezession 7.2.4. Die Depression 8. Währung und Außenwirtschaft 8.1. Die Zahlungsbilanz 8.1.1. Die Leistungsbilanz | <ul style="list-style-type: none"> 8.1.2. Die Kapitalbilanz 9.2. Konsequenzen von Leistungsbilanzstörungen 9.3. Währungspolitik 9.3.1. Devisen und Devisenkurse 9.3.2. Das System der flexiblen Wechselkurse 9.3.3. Das Festkurssystem 9.4. Umsetzung auf den Finanzdienstleistungsmarkt 10. Wirtschafts- und Konjunkturpolitik 10.1. Ordnungs- und Prozeßpolitik 10.1.1. Geldpolitik 10.1.2. Fiskalpolitik 10.1.3. Außenwirtschafts- und Währungspolitik 10.2. Gesamtwirtschaftliche Stabilisierungspolitik 10.3. Probleme der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik 11. Gegenstand der Betriebswirtschaftslehre 12. Der Finanzdienstleistungsmarkt 12.1. Verkäufer-, Käufermarkt 12.2. Deregulierte / liberalisierte Märkte 12.3. Die Unternehmenstypen auf dem Finanzdienstleistungsmarkt 12.3.1. Formen der Zusammenarbeit im Finanzvertrieb 12.3.2. Organisationsformen des unabhängigen Finanzvertriebes 12.3.2.1. Makler und Handelsvertreter 12.3.2.2. Strukturvertriebe 13. Der Betrieb 13.1. Betriebliche Zielsetzungen 13.2. Der betriebliche Gewinn und seine Ermittlung 13.3. Der betriebliche Leistungsprozeß 13.3.1. Die Beschaffung 13.3.2. Der Absatz 13.3.3. Besonderheiten des Dienstleistungssektors gegenüber den produzierenden Sektoren 13.4. Die betriebliche Organisation 13.5. Die betrieblichen Produktionsfaktoren 13.5.1. Die menschliche Arbeitsleistung |
|--|---|



- 13.5.2. Die Betriebsmittel
- 13.5.3. Die Werkstoffe
- 14. **Die Elemente des Dienstleistungsmarketing**
- 14.1. **Die Personalpolitik**
- 14.2. **Der Marketing-Mix**
- 14.2.1. Die Produktpolitik
- 14.2.2. Die Preispolitik
- 14.2.3. Die Kommunikationspolitik
- 14.2.4. Die Distributionspolitik
- 14.2.5. Umsetzung für den Finanzdienstleistungsmarkt
- 15. **Grundlagen der betrieblichen Finanzwirtschaft**
- 15.1. **Finanzwirtschaftliches Zielsystem**
- 15.1.1. Ziele der betrieblichen Finanzwirtschaft
- 15.1.2. Entstehung von Kapitalbedarf
- 15.1.3. Aufgabe der Finanzplanung
- 15.1.4. Einteilungsmöglichkeiten von Finanzierungsarten
- 15.2. **Finanzierungsgrundsätze und -regeln**
- 15.2.1. Allgemeine Finanzierungsgrundsätze
- 15.2.2. Vertikale Finanzierungsregel (Kapitalstrukturregel)
- 15.2.3. Horizontale Finanzierungsregel (Kapital-Vermögensstrukturregel)
- 16. **Finanzierungsformen**
- 16.1. **Grundlagen der Außenfinanzierung**
- 16.1.1. Arten, Merkmale und Bestimmungsfaktoren
- 16.1.2. Grundlagen der Kreditfinanzierung
- 16.1.2.1. Handelskredite
- 16.1.2.2. Bankkredite
- 16.1.3. Beteiligungsfinanzierung
- 16.1.3.1. Beteiligungsfinanzierung bei Einzelunternehmen
- 16.1.3.2. Beteiligungsfinanzierung bei Personengesellschaften
- 16.1.3.3. Beteiligungsfinanzierung bei Kapitalgesellschaften
- 16.1.3.3.1. Beteiligungsfinanzierung bei einer GmbH
- 16.1.3.3.2. Beteiligungsfinanzierung bei einer AG
- 16.1.3.4. Mischformen von Beteiligungs- und Kreditfinanzierungen
- 16.2. **Grundlagen der Innenfinanzierung**
- 16.2.1. Die Rückflußfinanzierung

- 16.2.2. Die Überschußfinanzierung
- 16.2.3. Bildung von offenen Rücklagen
- 16.2.4. Die Bildung von stillen Reserven
- 16.2.5. Finanzierung durch sonstige Geldfreisetzungen
- 17. **Das betriebliche Rechnungswesen**
- 17.1. **Grundlagen des Jahresabschlusses**
- 17.1.1. Rechtliche Grundlagen des Rechnungswesens
- 17.1.2. Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung
- 17.2. **Der Jahresabschluß**
- 17.2.1. Jahresabschluß nach HGB
- 17.2.1.1. Die Inventur
- 17.2.1.2. Die Bilanz
- 17.2.1.3. Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV)
- 17.2.1.4. Anhang und Lagebericht
- 17.2.1.5. Jahresabschlußprüfung
- 17.2.2. Jahresabschluß nach IAS / GAAP
- 17.2.2.1. GAAP / IAS
- 17.2.2.2. Historischer Hintergrund
- 17.2.2.3. Wesentliche Inhalte
- 17.2.2.4. Rechtsgrundlage
- 17.2.2.5. Ziele und Prinzipien der Rechnungslegung nach IAS
- 17.2.2.6. Jahresabschluß und Bewertung
- 17.2.2.7. Drei Möglichkeiten für Konzernabschlüsse
- 17.2.2.8. Gläubigerschutz vs. Anlegerinteresse
- 17.2.2.9. IAS vs HGB - Allgemeines und Grundlegendes
- 17.2.2.9.1. Normsetzung
- 17.2.2.9.2. Vorschriften zur Rechnungslegung
- 17.2.2.9.3. Geltungsbereich
- 17.2.2.9.4. Ziel / Zweck der Rechnungslegung
- 17.2.2.9.5. Einfluß des Steuerrechts auf die Rechnungslegung
- 17.2.2.9.6. Ausschüttungsbemessungsfunktion
- 17.2.2.10. IAS vs HGB - Abschlußbestandteile und Gliederung
- 17.2.2.10.1. Abschlußbestandteile
- 17.2.2.10.2. Vorjahresangaben
- 17.2.2.10.3. Gliederungsschemata
- 17.2.2.11. Ausblick auf zukünftige Entwicklungen



- 17.3. Die betriebswirtschaftlichen Kennzahlen
 - 17.3.1. Ermittlung der Finanzierungsstruktur
 - 17.3.2. Ermittlung des Vermögensaufbaus
 - 17.3.3. Ermittlung der Liquidität
 - 17.3.4. Ermittlung der Rentabilität
 - 17.3.5. Der Cash-Flow
- 18. Die betriebliche Kostenkalkulation
 - 18.1. Die Kostenartenrechnung
 - 18.2. Die Kostenstellenrechnung
 - 18.3. Die Kostenträgerrechnung
 - 18.4. Umsetzung für den Finanzvertrieb

Bankprodukte für private Haushalte (I/2005)

- 1. Aufgaben der Kreditinstitute
 - 1.1. Geschäfte der Kreditinstitute
 - 1.1.1. Zahlungsverkehrsgeschäfte
 - 1.1.2. Aktivgeschäfte der Kreditinstitute
 - 1.1.3. Passivgeschäfte der Kreditinstitute
 - 1.1.4. Wertpapiergeschäfte der Kreditinstitute
 - 1.1.5. Sonstige Bankgeschäfte
 - 1.2. Geld - und Kapitalmarkt
 - 1.2.1. Zinsstrukturen
 - 1.2.2. Wertpapiere im weiteren Sinne
 - 1.3. Börsenhandel
 - 1.3.1. Was ist die Börse?
 - 1.3.2. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Börse
 - 1.3.3. Der Weg einer Order
 - 1.3.4. Marktsegmente und Indizes
 - 1.3.4.1. Prime Standard und General Standard
 - 1.3.4.1.1. Zulassungsstelle für Wertpapiere
 - 1.3.4.2. Die deutschen Aktienindizes
 - 1.3.4.2.1. Der DAX
 - 1.3.4.2.2. Die weiteren Aktienindizes
 - 1.3.4.3. Anlagesicherheit durch rechtliche Umgestaltung
 - 1.4. Preisbildung an der Börse
 - 1.4.1. Einheitskurs / Kassakurs
 - 1.4.2. Kurszusätze / Kurshinweise
 - 1.4.3. Variable Notierung / Fortlaufende Notierung
 - 1.5. Anlegerschutz
 - 1.5.1. Die Handelsüberwachungsstelle (HÜSt)
 - 1.5.2. Die Börsenaufsichtsbehörden
 - 1.5.3. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)
 - 1.5.4. Interessenvertretungen
 - 1.5.5. Neue Gesetze zur Verbesserung des Anlegerschutzes
 - 1.5.6. Deutscher Corporate Governance Kodex
 - 1.6. Festverzinsliche Wertpapiere (Schuldverschreibungen)
 - 1.6.1. Der Staat als Schuldner



- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 1.6.1.1. Bundesobligationen 1.6.2. Bankschuldverschreibungen und Industrieobligationen 1.6.3. Allgemeine Hinweise zu festverzinslichen Wertpapieren 1.7. Aktien 1.8. Vergleich von festverzinslichen Wertpapieren und Aktien 2. Anlagegeschäfte der Kreditinstitute 2.1. Einlagemöglichkeiten und -arten 2.2. Steuerliche Behandlung der Einlagen <ul style="list-style-type: none"> 2.2.1. Steuerliche Behandlung von Sichteinlagen 2.2.2. Solidaritätszuschlag 2.2.3. Steuerliche Behandlung von Termineinlagen 2.2.4. Steuerliche Behandlung von Spareinlagen 2.2.5. Zinserträge aus verschiedenen Anlageformen: steuerliche Behandlung 2.3. Sparbriefe (Sparkassenbriefe) <ul style="list-style-type: none"> 2.3.1. Steuerliche Behandlung von Sparbriefen 3. Wertpapiere (Effekten) 3.1. Festverzinsliche Wertpapiere (Gläubigereffekten) <ul style="list-style-type: none"> 3.1.1. Steuerliche Behandlung von festverzinslichen Anleihen 3.2. Daueremissionen des Bundes <ul style="list-style-type: none"> 3.2.1. Charakteristika der Daueremissionen des Bundes 3.2.2. Steuerliche Behandlung der Daueremissionen des Bundes 3.3. Sonderformen der Gläubigereffekten <ul style="list-style-type: none"> 3.3.1. Floating Rate Notes (FRN) 3.3.2. Sonderformen der FRN <ul style="list-style-type: none"> 3.3.2.1. Floater mit Floor (Zinsuntergrenze) 3.3.2.2. Floater mit Cap (Zinsobergrenze) 3.3.2.3. Floater mit Auf-/Abschlag 3.3.2.4. Fixed Floater 3.3.2.5. Reverse Floater 3.3.2.6. Weitere Sonderformen von FRN 3.3.3. Steuerliche Behandlung der FRN 3.3.4. Disagioanleihen: Anleihen mit Emissionsabschlag 3.3.5. Steuerliche Behandlung der Disagioanleihen 3.3.6. Kombizinsanleihen 3.3.7. Steuerliche Behandlung der Kombizinsanleihe | <ul style="list-style-type: none"> 3.3.8. Zerobonds (Nullkuponanleihe) 3.3.9. Steuerliche Behandlung der Nullkuponanleihen 3.3.10. Wandelanleihen 3.3.11. Steuerliche Behandlung der Wandelanleihen 3.3.12. Doppelwährungsanleihen 3.3.13. Genußrechte (Genußscheine) 3.3.14. Steuerliche Behandlung der Genußrechte 3.3.15. Optionsanleihen 3.4. Optionsscheine <ul style="list-style-type: none"> 3.4.1. Grundsätzliche Hinweise zu Optionsscheinen 3.4.2. Optionsscheinunterteilung 3.4.3. Optionsscheinpositionen 3.4.4. Optionsscheinvarianten 3.4.5. Steuerliche Behandlung 3.4.6. Abschließende Bewertung 3.5. Strukturierte Finanzprodukte und neue Produktkreationen <ul style="list-style-type: none"> 3.5.1. Aktienanleihen <ul style="list-style-type: none"> 3.5.1.1. Steuerliche Behandlung der Aktienanleihe 3.5.2. Indezertifikate <ul style="list-style-type: none"> 3.5.2.1. Steuerliche Behandlung der Erträge aus Indezertifikaten 3.5.3. Discount-Zertifikate <ul style="list-style-type: none"> 3.5.3.1. Rolling-Discount-Zertifikate 3.5.3.2. Steuerliche Behandlung der Discountzertifikate 3.5.4. Garantiezertifikate 3.5.5. Turbos (Knock-Out-Produkte) <ul style="list-style-type: none"> 3.5.5.1. Steuerliche Behandlung der Knock-out-Produkte 3.6. Teilhaberrechte / Aktien <ul style="list-style-type: none"> 3.6.1. Kapitalerhöhungen <ul style="list-style-type: none"> 3.6.1.1. Kapitalerhöhung gegen Einlage 3.6.1.2. Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln 3.6.1.3. Bedingte Kapitalerhöhung 3.6.1.4. Genehmigtes Kapital 3.6.2. Wertpapieremission 3.6.3. Besteuerung bei Aktien und Optionen 3.7. Beurteilung von Aktien <ul style="list-style-type: none"> 3.7.1. Fundamentalanalyse |
|--|---|



- 3.7.2. Technische Analyse
- 3.7.3. Chartanalyse
- 3.8. Anlage in Investmentzertifikate**
- 3.8.1. Entwicklung und Wesensmerkmale des Investmentsparens
- 3.8.2. Wertpapierfondsarten und ihre Unterscheidungskriterien
 - 3.8.2.1. Investmentfonds nach Vermögenswerten
 - 3.8.2.1.1. Rentenfonds
 - 3.8.2.1.2. Laufzeitenfonds
 - 3.8.2.1.3. Kurzläuferfonds
 - 3.8.2.1.4. Geldmarktfonds
 - 3.8.2.1.5. Aktienfonds
 - 3.8.2.1.6. Spezialitätenfonds
 - 3.8.2.1.7. Gemischte Fonds
 - 3.8.2.1.8. Offene Immobilienfonds
 - 3.8.2.1.9. Altersvorsorge-Sondervermögen (AS-Fonds)
 - 3.8.2.1.10. Hedgefonds
 - 3.8.2.2. Offene und geschlossene Fonds
 - 3.8.2.3. Ausschüttende und thesaurierende Fonds
- 3.8.3. Anlagemöglichkeiten im Bereich der Wertpapierfonds
 - 3.8.3.1. Investment-Anlagekonto
 - 3.8.3.2. Auszahlpläne
 - 3.8.3.2.1. Auszahlplan bei Erhaltung des Kapitals
 - 3.8.3.2.2. Auszahlplan bei Kapitalverzehr
 - 3.8.3.3. Der Cost-Average-Effekt
 - 3.8.3.3.1. Voraussetzungen
 - 3.8.3.3.2. Umgekehrter Cost-Average-Effekt
- 3.8.4. Ausgabe- und Rücknahmepreise für Investmentzertifikate
 - 3.8.4.1. Berechnung des Anteilspreises
- 3.8.5. Wertentwicklung und Ertragsformen bei Wertpapierfonds
 - 3.8.5.1. Die Performance
 - 3.8.5.2. Ertragsformen der Wertpapierfonds
- 3.8.6. Besteuerung von Erträgen aus Wertpapierfonds
 - 3.8.6.1. Steuerliche Behandlung der Erträge aus Aktienfonds
 - 3.8.6.2. Besondere Regelungen
- 3.8.7. Die staatliche Aufsicht über Kapitalanlagegesellschaften
 - 3.8.7.1. Grundsätze des Investmentgesetzes

- 3.8.7.2. Kontrollfunktionen der Depotbank
- 3.8.7.3. Publizitätsvorschriften für Wertpapierfonds
- 4. EUREX**
- 4.1. Aktienoptionen
 - 4.2. Standardisierung von Aktienoptionen an der EUREX
 - 4.2.1. Sicherheitsleistungen des Stillhalters in Optionen
 - 4.2.2. DAX - Optionen
 - 4.3. Future auf den DAX
- 5. Verwahrungsmöglichkeiten von Effekten**
 - 5.1. Tafelgeschäfte/Selbstverwahrung
 - 5.2. Selbstverwahrung
 - 5.3. Steuerliche Behandlung von Tafelpapieren
 - 5.4. Depotverwahrung
- 6. Die Einlagensicherung in der Europäischen Union (EU)**
 - 6.1. Die Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB)
 - 6.2. Der Einlagensicherungsfonds deutscher Banken
 - 6.3. Die Einlagensicherung der Sparkassen
 - 6.4. Die Einlagensicherung der Genossenschaftsbanken
- 7. Geplante Änderungen der EU-Zinsbesteuerung**
 - 7.1. Die geplante Zinsabgeltungssteuer in Deutschland
- 8. Finanzmathematische Anwendungen**
 - 8.1. Die Zinsrechnung
 - 8.1.1. Die jährliche Verzinsung
 - 8.1.2. Verzinsung mit Zinseszinsen
 - 8.1.3. Berechnung der Durchschnittsverzinsung
 - 8.1.4. Berechnung der Laufzeit
 - 8.1.5. Die Einmalanlage in Investmentfonds
 - 8.2. Unterjährliche Verzinsung
 - 8.2.1. Unterjährliche einfache Verzinsung
 - 8.2.2. Unterjährliche Verzinsung mit Zinseszinsen
 - 8.2.3. Gemischte Verzinsung
- 8.3. Rentenrechnung**
 - 8.3.1. Jährliche Rentenzahlungen bei jährlich nachschüssiger Verzinsung



- 8.3.2. Unterjährliche Zahlungen bei jährlich nachschüssiger Verzinsung
- 8.3.3. Die Anlage vermögenswirksamer Leistungen
- 8.4. Die Sparbuchmethode**
 - 8.4.1. Die 360-Tage-Methode
 - 8.4.2. Die 365-Tage-Methode
- 9. Beurteilung von Chancen und Risiken**
 - 9.1. Die Risiken einer Geldanlage**
 - 9.1.1. Das Schwankungsrisiko/Kursrisiko
 - 9.1.2. Das Wechselkursrisiko
 - 9.1.3. Das Inflationsrisiko
 - 9.1.4. Das Ausfallrisiko einzelner Wertpapiere
 - 9.2. Die Wahl der richtigen Geldanlage**

Kundenberatung und Arbeitsorganisation (II/2005)

- 0. Vorwort**
- 1. Privathaushaltsanalyse**
 - 1.1. Volkswirtschaftliche Einflüsse auf Konsum- und Sparentscheidungen privater Haushalte**
 - 1.1.1. Die Höhe des Einkommens
 - 1.1.2. Steuern und Sozialabgaben
 - 1.1.3. Erwartungshaltung
 - 1.2. Rolle, Entwicklung und Verteilung des privaten Geldvermögens**
 - 1.3. Lebensspezifische Bedarfsprofile privater Haushalte**
 - 1.3.1. Die Kaufentscheidung
 - 1.3.2. Käufermerkmale
 - 1.3.3. Produktmerkmale
 - 1.3.4. Anbietermerkmale
 - 1.3.5. Situative Merkmale
 - 1.3.6. Beispiele für die Bedarfsprofile einzelner Haushalte
- 2. Die Zusammensetzung des Einkommens**
 - 2.1. Das verfügbare Einkommen**
 - 2.1.1. Ermittlung des zu versteuernden Einkommens
 - 2.1.2. Ermittlung der Sozialabgaben
 - 2.1.3. Ermittlung des verfügbaren Einkommens
 - 2.1.4. Schätzung des verfügbaren Einkommens
 - 2.2. Einkommensgruppen in Deutschland**
 - 2.3. Die Verwendung des verfügbaren Einkommens**
 - 2.3.1. Feststellung der Ausgaben
 - 2.3.2. Feststellung der Minimumkosten eines Privathaushalts
 - 2.4. Private Haushalte in der Krise**
 - 2.4.1. Einkommenssicherung
 - 2.4.2. Mögliche Gefahren
 - 2.4.3. Instrumente der Einkommens- und Vermögenssicherung
 - 2.5. Das Sparziel**
 - 2.6. Staatlich geförderte Vorsorge ("Riester-Rente")**
 - 2.6.1. Begünstigter Personenkreis
 - 2.6.2. Produktanforderungen
 - 2.6.3. Durchführung der Förderung



- 2.6.4. Private Vorsorge nach der Riester-Rente im Einzelnen
- 3. Finanzplanung für private Haushalte
- 3.1. Befriedigung der allgemeinen Bedürfnisse
- 3.2. Allgemeines Portfolio
- 3.3. Bedürfnisbefriedigung mit Hilfe des Portfolios
- 3.4. Anwendung der Portfolio-Theorie
 - 3.4.1. Formulierung der strategischen Ziele
 - 3.4.2. Bestandsaufnahme
- 3.5. Aufstellung eines Finanzplanes
 - 3.5.1. Definition der strategischen Anlageziele
 - 3.5.2. Einbeziehung vorhandener Kapitalanlagen
 - 3.5.3. Der Finanzplan
 - 3.5.3.1. Ermittlung der jährlichen Liquidität
 - 3.5.3.2. Ansparung von Eigenkapital
 - 3.5.3.3. Umschichtung zugunsten des Sachvermögens
- 4. Zielgruppengerechte Beratungs- und Verkaufsgesprächsführung
 - 4.1. Kundenbedürfnisse und Abschlußmotive
 - 4.2. Was für Bedürfnisse hat ein Mensch / Kunde?
 - 4.3. Verschiedene Phasen der Beziehung zwischen dem Kunden und dem Vermittler
 - 4.3.1. Kommunikationsmodelle
 - 4.3.2. Die Bedeutung des richtigen Fragens
 - 4.3.3. Die Gesprächseinleitung
 - 4.3.4. Nonverbale Kommunikation
 - 4.3.5. Die Einstellung zu sich selber
 - 4.4. Das Beratungsgespräch
 - 4.4.1. Die Kontaktaufnahme
 - 4.4.2. Die Terminvereinbarung
 - 4.4.3. Der erste Termin
 - 4.4.4. Das kundengerechte Beratungsgespräch
 - 4.4.5. Die Abschlußentscheidung und Bestätigung
 - 4.5. Die Empfehlungnahme
 - 4.6. Das Beratungsprotokoll
 - 4.7. Service- und Bestätigungskontakte

- 5. Was bedeutet "Verkaufen"?
 - 5.1. Der richtige oder falsche Umgang mit Einwänden
 - 5.1.1. Die "Ja, aber"-Fälle
 - 5.1.2. Die Einwandvorwegbehandlung
 - 5.1.3. Wie sage ich etwas?
 - 5.1.4. Wie sage ich es meinem Kunden?
 - 5.1.5. Was ist eigentlich ein Kunde?
 - 5.2. Die Bedeutung der Sympathie
- 6. Die dauerhafte Kundenbetreuung
 - 6.1. Der Financial Consultant als Mittler zwischen Produktgeber und Kunde
 - 6.2. Qualitative Bestandskundenpflege
 - 6.3. Betreuungsanlässe
 - 6.3.1. Die Veränderung der Kundensituation
 - 6.3.2. Vertragsabläufe
 - 6.4. Kundenübernahme von Kollegen
 - 6.5. Kontaktaufnahme zu unbetreuten Kunden
 - 6.6. Kontakte bei privaten Anlässen
 - 6.7. Umgang mit Beschwerden und Stornierungen
 - 6.8. Umgang mit Abwerbungen
- 7. Selbstorganisation
 - 7.1. Vorgegebene und freie Organisationsgestaltung
 - 7.1.1. Besuchs- und Tourenplanung
 - 7.1.2. Kundenorientierte Besuchszeiten
 - 7.1.3. Bürozeiten, Meetings, Schulungen
 - 7.2. Zeitorganisation
 - 7.2.1. Zeit und Unzufriedenheit
 - 7.2.2. Die persönliche Zeit
 - 7.3. Zeitökonomie
- 8. Zeitmanagement - Regelkreis
 - 8.1. Ziele setzen
 - 8.1.1. Die Bedeutung der Zielsetzung
 - 8.1.2. Der Zielsetzungsprozeß
 - 8.1.2.1. Das Ziel finden
 - 8.1.2.2. Die Mittel zur Zielerreichung



- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 8.1.2.3. Die konkrete Zielformulierung 8.2. Planung = Zeiteinteilung 8.3. Entscheiden = Prioritäten setzen 8.3.1. Das Pareto-Prinzip (80 : 20 - Regel) 8.3.2. ABC-Analyse 8.3.3. Das Eisenhower-Prinzip 8.4. Information und Kommunikation 8.4.1. Rationelle Besprechungen 8.4.2. Rationelles Telefonieren 9. Klassische Fachinformations-Quellen 9.1. Auswerten der Fachpresse 9.2. Informationen der Produktgeber, Tarifsoftware 9.2.1. Systematisierung und Vergleich von Produktdaten 9.2.2. Unabhängige Tarifsoftware, vergleichende Software 9.2.3. Berechnungssoftware (Finanzmathematikprogramme) 9.2.4. Analyseprogramme 10. Das Bundesdatenschutzgesetz 11. Informations- und Kommunikationstechniken 11.1. Internet 11.1.1. Voraussetzungen für den Zugang zum Internet 11.1.2. Die Informationsübertragung und -suche im Internet 11.1.2.1. Kommunikation im Internet 11.1.2.2. Suchen und Finden im Internet 11.1.2.2.1. "Trial and error-Methode" 11.1.2.2.2. Suchmaschinen 11.1.3. Virenschutz und Datensicherheit 11.2. Intranet 11.3. Nutzen der modernen Informations- und Kommunikationstechniken 11.3.1. Entwicklung des Internets 11.3.2. E-Mails und Netiquette 11.3.3. Der Internetauftritt 11.3.3.1. Aufbau einer Internetseite 11.3.3.1.1. Gründe für den Internetauftritt 11.3.3.1.2. Der aktive Auftritt im Net 11.3.3.1.3. Wichtiges und Überflüssiges | <ul style="list-style-type: none"> 11.3.4. Online-Marketing 11.3.4.1. Suchmaschinen 11.3.4.2. Bannerwerbung 11.3.4.3. Partnerprogramme 11.3.4.4. E-Mail-Werbung 11.3.4.5. Newsletter 11.3.4.6. Linktausch 11.3.4.7. Netzexterne Werbung 11.3.5. E-Commerce 11.3.5.1. Rechtliche Rahmenbedingungen 11.3.5.2. Zukunft des E-Commerce 11.4. M-Commerce 11.5. Internetdienste 11.6. Online-Banking 11.7. Zusammenfassung und Ausblick 12. Honorarberatung 12.1. Grundlage der Honorarberatung 12.2. Rechtsberatungsgesetz 12.3. Abgrenzung der Honorarvermittlung gegenüber der Honorarberatung 12.4. Zielgruppenbildung bei Honorarberatung 12.5. Honorargestaltung 12.6. Innerbetriebliche Organisation und Verwaltung 12.7. Kaufmännische Gegenüberstellung Provision und Honorar 12.8. Wettbewerbsvorteile durch Honorarberatung 12.9. Abgrenzung: Financial Consulting vs. Financial Planning |
|---|---|



Bausparen / Immobilien (I/2004)

1. **Bausparen**
 - 1.1. **Ursprung und Entstehung**
 - 1.2. **Das Grundmodell des Bausparens**
 - 1.3. **Bausparmotive und volkswirtschaftliche Einflüsse des Bausparens**
 - 1.4. **Die deutschen Bausparkassen**
 - 1.5. **Bausparsumme,-tarife und -vertrag**
 - 1.5.1. Antrag, Annahme und Vertragsbeginn
 - 1.5.2. Tarife und Abschlußgebühren
 - 1.5.2.1. Standardtarife
 - 1.5.2.2. Flexible Tarife (Optionstarife)
 - 1.5.2.3. Gemeinschaftsbausparvertrag
 - 1.5.2.4. Abschlußgebühren
 - 1.5.2.5. Bausparsumme
 - 1.5.3. Vertragsänderungen
 - 1.5.3.1. Vertragsteilungen
 - 1.5.3.2. Ermäßigung und Erhöhung der Bausparsumme
 - 1.5.3.3. Vertragzusammenlegung
 - 1.5.3.4. Übertragung eines Bausparvertrages
- 1.6. **Die Bedeutung der Ansparphase**
 - 1.6.1. Regelsparbeiträge
 - 1.6.2. Sonderzahlungen
 - 1.6.3. Verzinsung des Guthabens
 - 1.6.4. Besteuerung von Bausparerträgen
 - 1.6.5. Bausparguthaben und Verwendungsmöglichkeiten
- 1.7. **Zuteilungskriterien für Bauspardarlehen**
 - 1.7.1. Zuteilung und Zuteilungsmasse
 - 1.7.2. Voraussetzungen und Zuteilungsreihenfolge
 - 1.7.3. Zuteilungsverfahren und Wartezeit
- 1.8. **Bewertungszahl**
 - 1.8.1. Die Saldenmethode
 - 1.8.2. Zuwachsmethode
 - 1.8.3. Zinsmethode
 - 1.8.4. Mischmethoden
- 1.9. **Die staatliche Förderung und Bindungsfristen**
 - 1.9.1. Wohnungsbauprämie



- 1.9.2. Vermögensbildungsgesetz
- 1.9.3. Kombination der Förderungsmöglichkeiten
- 1.9.4. Der Bausparvertrag als Kapitalanlage
- 1.10. Rückzahlung des Bauspardarlehens**
- 1.10.1. Darlehenssumme
- 1.10.2. Tilgungsbeitrag
- 1.10.3. Verzinsung des Darlehens
- 1.10.4. Sondertilgungen
- 1.10.5. Darlehenslaufzeit
- 1.11. Darlehensgewährung**
- 1.11.1. Besicherung des Bauspardarlehens
- 1.11.2. Zwischenfinanzierung der Bausparsumme
- 1.11.3. Auszahlungsbestimmungen
- 2. Grundstück und Grundbuch**
- 2.1. Das Grundstück**
- 2.1.1. Der Begriff des Grundstücks
- 2.1.2. Bestandteile und Zubehör des Grundstücks
- 2.1.2.1. Die wesentlichen Grundstücksbestandteile
- 2.1.2.2. Zubehör des Grundstücks
- 2.1.3. Rechtliche Grundlagen
- 2.1.4. Besonderheiten in der Grundstückszusammensetzung
- 2.1.5. Grundstücksgleiche Rechte
- 2.1.5.1. Wohnungs- und Teileigentum
- 2.1.5.2. Erbbaurecht
- 2.1.5.3. Erbbaurechtsvertrag
- 2.1.5.3.1. Inhalte des Erbbaurechtsvertrages
- 2.1.5.3.2. Erbbaugrundbuch
- 2.1.5.3.3. Beleihung eines Erbbaurechts
- 2.1.5.4. Gebäudegrundbuch
- 2.2. Das Grundbuch**
- 2.2.1. Entstehung und Bedeutung des Grundbuches
- 2.2.2. Das Grundbuchamt
- 2.2.3. Einrichtung des Grundbuches
- 2.2.4. Das Aussehen des Grundbuches
- 2.2.5. Einteilung des Grundbuches
- 2.2.5.1. Aufschrift

- 2.2.5.2. Bestandsverzeichnis
- 2.2.5.3. Abteilung I des Grundbuches
- 2.2.5.3.1. Grundstückseigentümer
- 2.2.5.3.2. Eigentumsverhältnisse bei Grundstücken
- 2.2.5.4. Abteilung III des Grundbuches
- 2.2.5.4.1. Hypothek
- 2.2.5.4.2. Grundschuld
- 2.2.5.4.3. Rentenschuld
- 2.2.6. Abteilung II des Grundbuches
- 2.2.6.1. Lasten
- 2.2.6.1.1. Grunddienstbarkeit §§ 1018 - 1029 BGB
- 2.2.6.1.2. Beschränkt persönliche Dienstbarkeit §§ 1090 - 1093 BGB
- 2.2.6.1.3. Dauerwohn- und Dauernutzungsrecht
- 2.2.6.1.4. Nießbrauch §§ 1030 - 1089 BGB
- 2.2.6.1.5. Reallasten §§ 1105 - 1112 BGB
- 2.2.6.1.6. Leibgeding (Altenteil)
- 2.2.6.1.7. Vorkaufsrechte §§ 1094 - 1104 BGB
- 2.2.6.1.8. Erbbaurecht
- 2.2.6.2. Verfügungsbeschränkungen
- 2.2.6.2.1. Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsvermerk
- 2.2.6.2.2. Insolvenzvermerk
- 2.2.6.2.3. Verfügungsbeschränkungen bei Vergleichsverfahren
- 2.2.6.2.4. Nacherbenvermerk
- 2.2.6.2.5. Testamentsvollstreckervermerk
- 2.2.6.2.6. Nachlaßverwaltungsvermerk
- 2.2.6.2.7. Sonstige Verfügungsbeschränkungen
- 2.2.6.3. Vormerkungen
- 2.2.6.3.1. Auflassungsvormerkung
- 2.2.6.3.2. Vormerkung zur Einräumung dinglicher Rechte
- 2.2.6.4. Widersprüche
- 2.2.7. Rangordnung der im Grundbuch eingetragenen Rechte
- 2.2.7.1. Locusprinzip
- 2.2.7.2. Prioritätsprinzip
- 2.2.7.3. Gleichrang
- 2.2.7.4. Rangänderung
- 2.2.7.5. Rangvorbehalt
- 2.2.7.6. Rangvormerkung



- 2.2.8. Gutglaubensschutz des Grundbuchs
- 2.2.9. Formales Grundbuchrecht
- 2.2.9.1. Antragsgrundsatz
- 2.2.9.2. Bewilligungsgrundsatz
- 2.2.9.3. Löschung von Rechten im Grundbuch
- 2.2.10. Der Eigentumserwerb an Grundstücken
- 2.2.10.1. Notarieller Abschluß des Kaufvertrages
- 2.2.10.2. Zuschlag im Zwangsversteigerungsverfahren
- 2.2.10.3. Erbschein
- 2.2.11. Der Grundstückskaufvertrag
- 2.2.11.1. Grundstückskaufvertrag ohne Auflassung
- 2.2.11.2. Grundstückskaufvertrag mit Auflassung
- 3. Wertermittlung von Immobilien**
- 3.1. Einleitung**
- 3.2. Bodenwert**
- 3.2.1. Informationsquellen
- 3.2.2. Reifegrade und Bebauungsmaß
- 3.2.3. Größe und Zuschnitt
- 3.2.4. Erschließung
- 3.2.5. Bodenbeschaffenheit
- 3.2.6. Baureifmachung
- 3.2.7. Unwirtschaftliche Bebauung
- 3.3. Sachwert**
- 3.3.1. Grundlagen
- 3.3.2. Das Sachwertverfahren in Einzelschritten
- 3.3.2.1. Erster Schritt: Neubauwert zum Indexstichjahr
- 3.3.2.2. Zweiter Schritt: Heutiger Neubauwert
- 3.3.2.3. Dritter Schritt: Gebäudewert
- 3.3.2.4. Vierter Schritt: Außenanlagen und innere Erschließung
- 3.3.2.5. Fünfter Schritt: Baunebenkosten
- 3.3.2.6. Sechster Schritt: Abschließender Sachwert
- 3.3.3. Raummeterpreise und Nutzungsdauer Basis 1913
- 3.3.4. Preisindex und Indexfortschreibung
- 3.3.5. Sachwertermittlung bei Nachkriegsbauten
- 3.3.6. Raummeterpreise und Nutzungsdauer Basis 1980
- 3.3.7. Der Sachwert am Gesamtbeispiel

- 3.4. Ertragswert**
- 3.4.1. Grundlagen
- 3.4.2. Liegenschaftszinsen
- 3.4.3. Das Ertragswertverfahren in Einzelschritten
- 3.5. Ermittlung von Mieten und Pachten**
- 3.5.1. Mieterhöhung
- 3.5.2. Vergleichsverfahren
- 3.6. Verkehrswert**
- 3.6.1. Vergleichswerte
- 3.6.2. Objektivitätskriterien
- 3.6.3. Verkehrswertmerkmale
- 3.6.4. Aggregationsverbot
- 3.7. Wertermittlung von Wohnungs- und Teileigentum**
- 4. Direktanlage in Immobilien**
- 4.1. Eigengenutzte Immobilien**
- 4.1.1. Mieten oder Kaufen ??
- 4.1.2. Bauen oder Kaufen ??
- 4.1.2.1. Alternativen des Eigentümererwerbs
- 4.1.2.2. Merkmale von Altbauten
- 4.1.2.3. Merkmale von Neubauten
- 4.1.2.4. Merkmale des Grundstücks
- 4.1.2.5. Beauftragung eines Maklers
- 4.2. Vermietete Immobilien**
- 4.2.1. Einfamilienhäuser
- 4.2.2. Zweifamilienhäuser
- 4.2.3. Mehrfamilienhäuser
- 4.3. Steuerliche Vergünstigungen**
- 4.3.1. Zuordnung der Kapitalanlage zum Privatvermögen
- 4.3.2. Zuordnung der Kapitalanlage zum Betriebsvermögen
- 4.3.3. Abschreibungsmöglichkeiten für neugebauten Wohnraum
- 4.3.3.1. Abschreibungen in den neuen Bundesländern
- 4.3.3.1.1. Fördergebietsgesetz
- 4.3.3.1.2. Lineare Abschreibungen nach EStG
- 4.3.3.1.3. Abschreibung des Restwertes
- 4.3.3.2. Investitionszulagen



- 4.3.3.3. Abschreibung in den alten Bundesländern
- 4.3.3.3.1. Lineare Gebäudeabschreibung (§ 7 Abs. 4 EStG)
- 4.3.3.3.2. Degressive Gebäudeabschreibung (§ 7 Abs. 5 EStG)
- 4.3.4. Vermögensteuer
- 4.3.5. Erbschaft- und Schenkungsteuer
- 4.4. **Verlust von steuerlichen Vergünstigungen**
- 4.4.1. Veräußerung der Immobilie
- 4.4.1.1. Spekulationsgeschäft
- 4.4.1.2. Gewerblicher Grundstückshandel
- 4.4.2. Liebhaberei
- 4.4.3. Einkünfte aus Gewerbebetrieb
- 5. **Finanzmathematische Grundlagen**
- 5.1. **Tilgungsrechnung**
- 5.1.1. Tilgungsarten
- 5.1.2. Tilgung von Ratenkrediten
- 5.1.3. Tilgung von Annuitätendarlehen
- 5.1.4. Tilgung mit Prozentannuitäten
- 5.2. **Varianten der Zins- und Tilgungsverrechnung**
- 5.2.1. Annuitätendarlehen mit monatlicher Zahlungsweise und jährlicher Zins- und Tilgungsverrechnung
- 5.2.2. Annuitätendarlehen mit monatlicher Zahlungsweise und vierteljährlicher Zins- u. Tilgungsverrechnung
- 5.2.3. Annuitätendarlehen mit monatlicher Zahlungsweise und sofortiger Zins- und Tilgungsverrechnung
- 5.2.4. Annuitätendarlehen mit monatlicher Zahlungsweise u. vierteljährlicher Zins- u. sofortiger Tilgungsverrechnung
- 5.3. **Finanzmathematische Berechnungen für unter jährliche Annuitätendarlehen**
- 5.3.1. Berechnungen bei gleicher Länge der Zins- und Tilgungsperiode
- 5.3.2. Berechnungen bei unterschiedlicher Länge der Zins- und Tilgungsperiode
- 5.4. **Spezielle Tilgungsprobleme**

Recht und Steuern (II/2004)

- 1. **Das deutsche Rechtssystem**
- 1.1. Ein kurzer Abriß: Rechtsgeschichte
- 1.2. Rechtsstaatsprinzip
- 1.3. Privatrecht und Öffentliches Recht
- 1.4. Materielles und formelles Recht
- 1.5. **Rechtspflege und Gerichtswesen**
- 1.5.1. Zuständigkeit der Gerichte
- 1.5.2. Strafverfahren
- 1.5.3. Zivilverfahren
- 1.5.4. Die freiwillige Gerichtsbarkeit
- 1.5.5. Die wichtigen Fristen im Zivil-, Bußgeld- und Verwaltungsgerichtsverfahren
- 2. **Grundlagen des bürgerlichen Rechts**
- 2.1. **Aufbau des Bürgerlichen Gesetzbuches**
- 2.2. **Rechtsfähigkeit, Handlungs- und Deliktsfähigkeit**
- 2.2.1. Rechtsfähigkeit
- 2.2.2. Handlungsfähigkeit
- 2.2.2.1. Geschäftsfähigkeit
- 2.2.2.2. Deliktsfähigkeit
- 2.3. **Das Rechtsgeschäft**
- 2.3.1. Zustandekommen eines Vertrages
- 2.3.2. Fehlerhafte Rechtsgeschäfte
- 2.3.3. Verjährung, §§ 194 ff. BGB
- 2.4. **Inhalt und Bedeutung des Schuldrechts**
- 2.5. **Der Begriff der Leistungsstörung**
- 2.6. **Leistungsstörungen in einem gegenseitigen Vertragsverhältnis**
- 2.6.1. Die Einrede des nicht erfüllten Vertrags (§ 320 BGB)
- 2.6.2. Unmöglichkeit der Leistung
- 2.6.2.1. Allgemeine Regeln zur Unmöglichkeit
- 2.6.2.2. Grundsatz: Erlöschen des Anspruchs auf die Gegenleistung
- 2.6.2.3. Ausnahme: Fortbestehen des Anspruchs auf die Gegenleistung
- 2.6.2.4. Rücktrittsrecht
- 2.6.3. Verzug
- 2.6.3.1. Allgemeine Regeln zum Verzug des Schuldners



- 2.6.3.1.1. Verzugseintritt
- 2.6.3.1.2. Verschulden
- 2.6.3.1.3. Folgen des Schuldnerverzugs
- 2.6.3.2. Verzug beim gegenseitigen Vertrag
- 2.6.3.3. Verzug des Gläubigers
- 2.6.4. Sachmängelgewährleistung im Kaufrecht
 - 2.6.4.1. Rechtsmängel
 - 2.6.4.2. Sachmängel
 - 2.6.4.3. Rechte des Käufers bei Mängeln
 - 2.6.4.4. Verjährung
- 2.7. **Bereicherungsansprüche, §§ 812 ff. BGB**
- 3. **Grundlagen des Handelsvertreterrechts**
 - 3.1. **Produktformen im Finanzdienstleistungsvertrieb**
 - 3.2. **Berufstypen im Beratungs- und Vermittlungsgeschäft**
 - 3.2.1. Der Anlagevermittler
 - 3.2.1.1. Der Anlagevermittler als selbständiger Gewerbetreibender
 - 3.2.1.2. Ständiges Betrauungsverhältnis für ein anderes Unternehmen
 - 3.2.1.3. Vermittlungs- und Abschlußvollmacht
 - 3.2.1.4. Konsequenzen der Handelsvertretereigenschaft
 - 3.2.1.5. Rechtsverhältnis und Pflichtenkreis gegenüber dem Anleger
 - 3.2.1.6. Die Kaufmannseigenschaft des Anlagevermittlers
 - 3.2.1.7. Der Einfach- und Mehrfachagent
 - 3.2.2. Der Anlageberater
 - 3.2.3. Der Versicherungsberater
 - 3.2.4. Der Makler
 - 3.3. **Berufszugangs- und Berufsausübungsregelungen**
 - 3.3.1. EU-Versicherungsvermittlerrichtlinie
 - 3.3.2. EU-Wertpapierdienstleistungsrichtlinie ISD
 - 3.3.3. EU-Richtlinie Fernabsatz von Finanzdienstleistungen
 - 3.3.3.1. Informationspflichten
 - 3.3.3.2. Widerrufsrecht
 - 3.3.4. Reisegewerbe
 - 3.3.5. Abwerbeverbot
 - 3.4. **Haftung des Anlageberaters / Anlagevermittlers**
 - 3.4.1. Vermögensbildungsprodukte
 - 3.4.2. Kapitalanlageprodukte

- 3.4.3. Strafrechtliche Haftung
- 3.4.4. Vorbeugen ist besser... - das Beratungsprotokoll
- 3.5. **Formen der vertraglichen Regelungen**
 - 3.5.1. Der Agenturvertrag
 - 3.5.2. General- und Untervertretervertrag
 - 3.5.3. Rahmenvertrag
- 3.6. **Vertragsinhalte**
 - 3.6.1. Karriereplan und Provision
 - 3.6.2. Bestimmungen des HGB
- 3.7. **Der Vertragsabschluß**
 - 3.7.1. Der Handelsvertreter als natürliche Person
 - 3.7.2. Der Handelsvertreter als Firma
 - 3.7.3. Die Vertretungsgesellschaft
- 3.8. **Vertragsbeendigung**
- 3.9. **Der Ausgleichsanspruch**
- 4. **Die Vergütungssysteme im Finanzdienstleistungs bereich**
 - 4.1. **Das Provisionssystem**
 - 4.1.1. Provisionsarten
 - 4.1.1.1. Abschlußprovision
 - 4.1.1.2. Anpassungsprovision
 - 4.1.1.3. Erhöhte Erstprovision und laufende Folgeprovisionen
 - 4.1.1.4. Leistungs-, Differenz- oder Superprovision
 - 4.1.1.5. Bestandspflegeprovision
 - 4.1.1.6. Garantiprovision
 - 4.1.2. Bonifikationen
 - 4.1.3. Provisionsvorschuß und Provisionsauszahlung
 - 4.1.4. Kontroll- und Sicherungsrechte des Vermittlers
 - 4.1.4.1. Buchauszug
 - 4.1.4.2. Bucheinsicht
 - 4.2. **Das Honorarsystem**
 - 4.2.1. Honorarberatung - Begriffsdefinition
 - 4.2.2. Vermittlung gegen Honorar
 - 4.2.3. Beratung gegen Honorar
 - 4.2.3.1. Beratung als Teil der Vermittlung
 - 4.2.3.2. Unzulässige Honorarberatungsmodelle



- 4.2.3.3. Rechtsfolgen
- 4.2.4. Sonstige Dienstleistungstätigkeiten gegen Honorar
- 5. **Grundlagen des Wettbewerbsrechts**
- 5.1. **Begriff und Wesen des Wettbewerbs**
- 5.1.1. Begriff des Wettbewerbs
- 5.1.2. Wirtschaftlicher Wettbewerb
- 5.1.3. Wirtschaftlicher Wettbewerb als Ordnungsprinzip
- 5.2. **Rechtsquellen des Wettbewerbsrechtes**
- 5.3. **Materielles Wettbewerbsrecht**
- 5.3.1. § 1 UWG - Generalklausel
- 5.3.1.1. Abwerben von Kunden
- 5.3.1.2. Abwerben von Beschäftigten
- 5.3.1.3. Vergleichende Werbung
- 5.3.2. § 14 UWG - Anschwärzung
- 5.3.3. § 3 UWG - Irreführende Werbung
- 5.3.4. Fallgruppen der §§ 1 und 3 UWG
- 5.3.4.1. Verstoß gegen § 1 UWG
- 5.3.4.2. Verstoß gegen § 3 UWG
- 5.3.5. Wettbewerbsrichtlinien der Versicherungswirtschaft
- 5.4. **Wettbewerbsprozeßrecht**
- 5.4.1. Außergerichtliches Verfahren
- 5.4.2. Gerichtliches Verfahren
- 5.4.2.1. Verfahren gegen einen Mitbewerber
- 5.4.2.2. Verfahren gegen einen selbst
- 5.4.3. Verjährung
- 6. **Bestimmungen des Gesellschaftsrechts**
- 6.1. **Die Personengesellschaften**
- 6.1.1. Die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) §§ 705 ff. BGB
- 6.1.2. Die offene Handelsgesellschaft (OHG) §§ 105 ff. HGB
- 6.1.3. Die Kommanditgesellschaft (KG) §§ 161 ff. HGB
- 6.1.4. Die stille Gesellschaft §§ 230 ff. HGB
- 6.1.5. Die Familiengesellschaft
- 6.1.5.1. Begriff der Familienpersonengesellschaft
- 6.1.5.2. Steuerliche Vorteile
- 6.1.5.3. Rechtliche Voraussetzungen

- 6.2. **Die Kapitalgesellschaften**
- 6.2.1. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)
- 6.2.2. Die Aktiengesellschaft (AG)
- 6.2.3. Die Kommanditgesellschaft a.A. (KG a.A.)
- 6.3. **Weitere Gesellschaftsformen**
- 6.3.1. Die eingetragenen Genossenschaften
- 6.3.2. Die Partnerschaftsgesellschaften
- 7. **Bestimmungen des Handelsrechts**
- 7.1. **Kaufmannseigenschaft**
- 7.2. **Firma**
- 7.3. **Kaufmännische Hilfspersonen**
- 7.4. **Handelsregister und Handelsfirma**
- 7.4.1. Eintragungspflicht
- 7.4.2. Folgen falscher Eintragungen
- 7.5. **Ein- und zweiseitige Handelsgeschäfte**
- 7.6. **Handelsbräuche**
- 8. **Familienrecht**
- 8.1. **Eheliches Güterrecht**
- 8.1.1. Der gesetzliche Güterstand: Die Zugewinnngemeinschaft
- 8.1.1.1. Vorliegen der Zugewinnngemeinschaft
- 8.1.1.2. Wesen der Zugewinnngemeinschaft
- 8.1.1.3. Zugewinnausgleich
- 8.1.1.3.1. Ermittlung des Anfangsvermögens
- 8.1.1.3.2. Ermittlung des Endvermögens
- 8.1.2. Die Schlüsselgewalt
- 8.1.3. Einstehenmüssen für Schulden des Ehegatten
- 8.1.3.1. Gesetzliche Eigentumsvermutung § 1362 BGB
- 8.1.3.2. Abwehrmöglichkeiten
- 8.1.4. Gemeinsames Eigentum
- 8.1.5. Gütertrennung und Gütergemeinschaft
- 8.2. **Das Unterhaltsrecht**
- 8.2.1. Kindesunterhalt
- 8.2.1.1. Minderjährige Kinder
- 8.2.1.1.1. Unterhaltspflichtige Elternteile
- 8.2.1.1.2. Berechnung des Barunterhalts



- 8.2.1.1.3. Sonderbedarf
- 8.2.1.2. Volljährige Kinder
- 8.2.1.3. Nicht ausreichendes Einkommen
- 8.2.1.4. Gerichtliche Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen
- 8.2.2. Ehegattenunterhalt
- 9. Erbrecht**
- 9.1. Gesetzliche Erbfolge**
- 9.1.1. Der Kreis der gesetzlichen Erben
- 9.1.1.1. Erbriihenfolge nach Ordnungen
- 9.1.1.2. Reihenfolge der Ordnungen und innerhalb einer Ordnung
- 9.1.1.3. Höhe der Erbteile
- 9.2. Testamentarische Erbfolge**
- 9.3. Erbrecht des überlebenden Ehegatten**
- 9.3.1. Höhe des gesetzlichen Ehegattenerbteils
- 9.3.1.1. ... neben Verwandten der ersten Ordnung
- 9.3.1.2. ... neben Verwandten der zweiten Ordnung
- 9.3.1.3. ... neben Verwandten dritter Ordnung
- 9.3.2. Der Voraus des Ehegatten
- 9.4. Steuerliche Fragen**
- 10. Grundlagen des Steuerrechts**
- 10.1. Einführung**
- 10.2. Steuerpflicht des Gewerbetreibenden**
- 10.3. Die Buchführung**
- 10.4. Einkommensteuer**
- 10.4.1. Begriff der Überschulbermittlung
- 10.4.2. Betriebseinnahmen
- 10.4.2.1. Provisionseinnahmen
- 10.4.2.2. Sachzuwendungen
- 10.4.2.3. Veräußerungsgewinne
- 10.4.3. Betriebsausgaben
- 10.4.3.1. Kraftfahrzeugkosten
- 10.4.3.1.1. Absetzung für Abnutzung
- 10.4.3.1.2. Abschreibungsmethoden
- 10.4.3.1.3. Leasing
- 10.4.3.1.4. Luxusfahrzeuge

- 10.4.3.2. Reisekosten
- 10.4.3.3. Porto- und Telefonkosten
- 10.4.3.4. Büro- und Büromaterialkosten
- 10.4.3.5. Bewirtungen
- 10.4.3.6. Repräsentationskosten
- 10.4.3.7. Sonstige Kosten
- 10.4.4. Beispiel einer Überschulbermittlung
- 10.5. Gewerbesteuer**
- 10.6. Steuerliche Vorteile der GmbH**
- 10.7. Ermittlung der Einkommenssteuer**
- 10.7.1. Einkunftsarten
- 10.7.2. Ermittlung des Gesamtbetrages der Einkünfte und des Einkommens
- 10.7.3. Ermittlung des zu versteuernden Einkommens
- 10.7.3.1. Beispielrechnung für Verheiratete ohne Kinder
- 10.7.3.2. Beispielrechnung für Verheiratete mit Kindern
- 10.7.3.2.1. Kinderfreibetrag und Kindergeld
- 10.7.3.2.2. Haushaltsfreibetrag
- 10.7.3.2.3. Freibetrag für Betreuung/Erziehung/Ausbildung
- 10.8. Die Lohnsteuer**
- 10.8.1. Lohnsteuerklassen
- 10.8.2. Ermittlung des monatlichen Lohnsteuerabzugs
- 10.8.3. Berechnung von Zuschlagsteuern
- 10.8.4. Freibetrag vom Lohnsteuerabzug
- 10.8.5. Ermittlung der Abschulberzahlung / des Erstattungsanspruchs
- 10.9. Vermögenswirksame Leistungen**
- 10.9.1. Grundbegriffe
- 10.9.2. Anlagemöglichkeiten
- 10.9.3. Die Übertragung vermögenswirksamer Leistungen
- 10.9.4. Die Arbeitnehmer-Sparzulage
- 10.9.5. Die Sperrfrist
- 10.9.6. Verfahren, um die Arbeitnehmer-Sparzulage zu erhalten
- 10.10. Die Umsatzsteuer**
- 10.10.1. Der Vorsteuerabzug
- 10.10.2. Die Rechnung
- 10.10.3. Kleinunternehmer
- 10.10.4. Umsatzsteuervoranmeldung
- 10.10.5. Umsatzsteuer im Finanzdienstleistungsbereich



Versicherungsprodukte für private Haushalte (III/2004)

1. Die Bedeutung der Versicherung
 - 1.1. Die Entwicklung des Versicherungswesens
 - 1.2. Volks- und betriebswirtschaftliche Bedeutung des Versicherungswesens
 - 1.3. Definition des Begriffes "Versicherung"
 - 1.4. Gliederung der Versicherungswirtschaft und Möglichkeiten der Einteilung einer Versicherung
 - 1.4.1. Gliederung nach Individual- und Sozialversicherung
 - 1.4.2. Gliederung nach dem Gegenstand der Versicherung
 - 1.4.2.1. Personenversicherung
 - 1.4.2.2. Sach- und Güterversicherung
 - 1.4.2.3. Vermögensversicherung
 - 1.4.3. Gliederung nach der angewandten Versicherungstechnik
 - 1.4.4. Gliederung nach dem Grund des Vertragsabschlusses
 - 1.4.5. Gliederung nach Versicherungszweigen
 - 1.4.6. Gliederung nach Unternehmensformen
 - 1.4.7. Gliederung der Schadenversicherung
2. Die gesetzliche Sozialversicherung
 - 2.1. Entstehung der Sozialversicherung
 - 2.1.1. Neuordnung der Sozialversicherung in Deutschland
 - 2.2. Die Sozialversicherung in Deutschland
 - 2.2.1. Solidaritätsprinzip und Generationenvertrag
 - 2.2.2. Beitragsbemessungsgrenzen und -sätze
 - 2.3. Rentenversicherung
 - 2.3.1. Der Generationenvertrag
 - 2.3.1.1. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
 - 2.3.2. Träger
 - 2.3.3. Mitgliedschaft in der GRV
 - 2.3.3.1. Versicherungspflicht kraft Gesetz
 - 2.3.3.2. Freiwillige Versicherung
 - 2.3.3.3. Versicherungsfreiheit
 - 2.4. Rentenarten
 - 2.4.1. Altersrente
 - 2.4.1.1. Zusätzliche Altersvorsorge
 - 2.4.2. Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit
 - 2.4.2.1. Rente bei teilweiser Erwerbsminderung



- 2.4.2.2. Rente bei teilweiser Erwerbsminderung bei Berufsunfähigkeit von Personen, die vor dem 02.01.1961 geboren wurden
- 2.4.2.3. Rente wegen voller Erwerbsminderung
- 2.4.2.4. Hinzuverdienstgrenzen
- 2.4.3. Große Witwen-/Witwerrente
- 2.4.4. Kleine Witwen-/Witwerrente
- 2.4.5. Abfindungen und Wiederaufleben der Witwen- oder Witwerrenten PVers.04.4
- 2.4.6. Vollwaisenrente
- 2.4.7. Halbwaisenrente
- 2.4.8. Fachbegriffe
- 2.4.9. Berechnung der Rentenleistungen
- 2.4.10. Rentenüberschlagsrechnung
- 2.5. **Gesetzliche Unfallversicherung**
- 2.5.1. Träger
- 2.5.2. Mitgliedschaft
- 2.5.3. Aufgaben
- 2.5.4. Leistungen
- 2.6. **Gesetzliche Krankenversicherung**
- 2.6.1. Das Solidarprinzip
- 2.6.2. Träger
- 2.6.3. Mitgliedschaft
- 2.6.4. Aufgaben und Leistung
- 2.6.5. Geltungsbereich
- 2.6.6. Beendigung der Mitgliedschaft
- 2.6.6.1. Zuzahlungen in der Krankenversicherung für 2004
- 2.6.6.2. Geldleistungen in der Krankenversicherung für 2004
- 2.7. **Soziale Pflegeversicherung**
- 2.7.1. Träger
- 2.7.2. Mitgliedschaft
- 2.7.3. Pflegebedürftigkeit
- 2.7.3.1. Stufen der Pflegebedürftigkeit
- 2.7.4. Leistungen
- 2.8. **Arbeitslosenversicherung**
- 2.8.1. Träger und gesetzliche Grundlagen
- 2.8.2. Aufgaben des Trägers
- 2.8.3. Mitgliedschaft

- 2.8.4. Leistungen und Voraussetzungen für den Bezug von Leistungen
- 2.8.4.1. Das Arbeitslosengeld
- 2.8.4.2. Arbeitslosenhilfe
- 2.8.4.3. Förderung der beruflichen Weiterbildung
- 2.8.4.4. Trainingsmaßnahmen
- 2.8.4.5. Unterstützung der Beratung und Vermittlung
- 2.8.4.6. Mobilitätshilfen
- 2.8.4.7. Eingliederungszuschüsse
- 2.8.4.8. Hilfen zur Gründung einer selbständigen Existenz
- 2.8.4.9. Einstellungszuschuß bei Neugründungen
- 2.8.4.10. Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit
- 2.8.4.11. Weitere Leistungen
- 2.9. **Die Sozialhilfe**
- 2.9.1. Aufgabe der Sozialhilfe
- 2.9.2. Formen der Sozialhilfe
- 2.9.2.1. Hilfe zum Lebensunterhalt
- 2.9.2.2. Einmalige Leistungen
- 2.9.2.3. Hilfe in besonderen Lebenslagen
- 2.9.2.4. Hilfe zur Arbeit
- 2.9.2.5. Hilfe zum Aufbau oder zur Sicherung der Lebensgrundlage
- 2.9.2.6. Hilfe für Behinderte
- 2.9.3. Keinen Anspruch auf Sozialhilfe
- 2.9.4. Sonderregelungen
- 3. **Grundlagen für das Zustandekommen eines Versicherungsvertrages**
- 3.1. **Gesetzliche und vertragliche Grundlagen für den Versicherungsvertrag**
- 3.1.1. Das Bürgerliche Gesetzbuch (BGB)
- 3.1.2. Das Handelsgesetzbuch (HGB)
- 3.1.3. Das Versicherungsvertragsgesetz (VVG)
- 3.1.4. Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB)
- 3.1.5. Spezielle Bedingungen
- 3.2. **Abschluß des Versicherungsvertrages**
- 3.2.1. Der Versicherungsantrag
- 3.2.1.1. Inhalt des Versicherungsantrages
- 3.2.1.1.1. Willenserklärungen
- 3.2.1.1.2. Wissenserklärungen
- 3.2.1.1.3. Schlußerklärung



- 3.2.1.1.4. Das Bezugsrecht
- 3.2.1.2. Bindung an den Antrag
- 3.2.1.3. Widerruf, Rücktritt und Widerspruch zum Antrag
- 3.2.1.4. Vorvertragliche Informationspflichten des Versicherers
- 3.2.2. Annahme des Antrages
 - 3.2.2.1. Versicherungsschein/Versicherungspolice
 - 3.2.2.2. Abweichung im Versicherungsschein (Billigungsklausel)
- 3.3. **Versicherungsbeginn**
 - 3.3.1. Arten des Versicherungsbeginns
 - 3.3.2. Einfache und erweiterte Einlöschungsklausel
 - 3.3.3. Rückdatierung und Rückwärtsversicherung
 - 3.3.4. Vorläufige Deckungszusage
- 3.4. **Erfüllung des Versicherungsvertrages**
 - 3.4.1. Prämienzahlung durch den Versicherungsnehmer
 - 3.4.1.1. Arten der Prämie
 - 3.4.1.2. Fälligkeit der Prämie
 - 3.4.1.3. Leistungsort
 - 3.4.1.4. Leistungszeit
 - 3.4.1.5. Folgen des Prämienzahlungsverzuges
 - 3.4.1.5.1. Zahlungsverzug bei der Erstprämie/Einmalprämie
 - 3.4.1.5.2. Zahlungsverzug bei der Folgeprämie
 - 3.4.1.6. Prämienanpassungsklausel
 - 3.4.2. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers
 - 3.4.2.1. Arten von Obliegenheiten
 - 3.4.2.1.1. Obliegenheit vor Vertragsschluß
 - 3.4.2.1.2. Obliegenheiten nach Vertragsschluß
 - 3.4.2.1.3. Obliegenheiten nach einem Versicherungsfall: Anzeigepflicht (§ 33 VVG)
 - 3.4.2.1.4. Obliegenheiten nach einem Versicherungsfall: Auskunfts- und Belegpflicht (§ 34 VVG)
 - 3.4.2.1.5. Obliegenheiten nach einem Versicherungsfall: Schadenabwendungs- und Minderungspflicht (§ 62 VVG)
 - 3.4.2.2. Folgen der Obliegenheitsverletzung
 - 3.4.2.2.1. Verletzung der vorvertraglichen Anzeigepflicht
 - 3.4.2.2.2. Verletzung der Anzeigepflicht einer Gefahrerhöhung
 - 3.4.2.2.3. Verletzung vertraglicher Obliegenheiten
 - 3.4.3. Erbringung der Versicherungsleistung durch den Versicherer
 - 3.4.3.1. Zahlung der Versicherungssumme

- 3.4.3.2. Ersatz des Schadens
- 3.4.3.3. Besondere Entschädigungsformen
- 3.4.3.4. Fälligkeit der Leistung
- 3.4.3.5. Versagung der Leistung
- 3.4.3.6. Klagefrist
- 3.4.3.7. Verjährung
- 3.4.4. Rechte und Pflichten Dritter
- 3.4.5. Beendigung des Versicherungsvertrages
 - 3.4.5.1. Zeitablauf
 - 3.4.5.2. Wegfall des versicherten Interesses
 - 3.4.5.3. Tod des Versicherungsnehmers
 - 3.4.5.4. Kündigung
 - 3.4.5.5. Rücktritt
- 4. **Die Private Krankenversicherung**
 - 4.1. **Rechtliche Bestimmungen**
 - 4.2. **Versicherungsformen in der privaten Krankenversicherung**
 - 4.3. **Tarifarten**
 - 4.3.1. Krankheitskosten - Vollversicherung
 - 4.3.1.1. Erstattungsfähige Aufwendungen
 - 4.3.1.2. Tarifformen der Krankheitskostenvollversicherung
 - 4.3.1.3. Selbstbeteiligungssysteme
 - 4.3.1.4. Risikobeurteilung und Beitragserhebung
 - 4.3.1.5. Beitragsrückerstattung
 - 4.3.1.6. Wartezeiten
 - 4.3.1.7. Tarifwechsel
 - 4.3.1.8. Einschränkung der Leistungspflicht
 - 4.3.2. Krankheitskostenzusatz- oder -teilversicherung
 - 4.3.3. Krankenhaus- Zusatzversicherung
 - 4.3.4. Krankenhaustagegeldversicherung
 - 4.3.5. Krankentagegeldversicherung
 - 4.3.5.1. Tarifarten
 - 4.3.5.2. Tarif für Angestellte
 - 4.3.5.3. Tarife für Selbständige und Freiberufler
 - 4.3.5.4. Restschuldversicherung
 - 4.3.5. Auslandsreise - Krankenversicherung
 - 4.3.7. Kurkostentarife



- 4.3.8. Anwartschaftsversicherung
- 4.3.8.1. Ruhensversicherung
- 4.4. **Berechnung der Beiträge zur PKV**
- 4.5. **Beitragsanpassung**
- 4.6. **Altersrückstellungen**
- 4.7. **Obliegenheiten**
- 4.8. **Leistungsabwicklung**
- 4.9. **Kündigung des Vertrages**
- 4.9.1. Kündigung durch den Versicherten
- 4.9.2. Kündigung durch den Versicherer
- 4.10. **Vergleiche zwischen der gesetzlichen und der privaten Krankenversicherung**
- 5. **Die Private Pflegeversicherung**
- 5.1. **Versicherte Personen und Versicherer**
- 5.2. **Grundsätzliche Regelungen und Leistungsumfang**
- 5.2.1. Kontrahierungszwang
- 5.3. **Beiträge zur Pflegepflichtversicherung**
- 5.4. **Kündigung eines privaten Krankenversicherungsvertrages**
- 5.5. **Private Pflegezusatztarife**
- 5.5.1. Pflegerenten
- 5.5.2. Pflegetagegeldversicherung
- 5.5.3. Pflegekostenversicherung
- 5.6. **Vergleiche zwischen der gesetzlichen und der privaten Pflegepflichtversicherung**
- 6. **Die Lebensversicherung**
- 6.1. **Die Versorgungslücke und der Versorgungsbedarf**
- 6.2. **Staatlich geförderte Vorsorge ("Riester-Rente")**
- 6.2.1. Begünstigter Personenkreis
- 6.2.2. Produktanforderungen
- 6.2.3. Durchführung der Förderung
- 6.3. **Rechtsgrundlagen der Lebensversicherung**
- 6.4. **Formen der Lebensversicherung**
- 6.4.1. Gemischte Kapitalversicherungen
- 6.4.1.1. Dynamische Lebensversicherung

- 6.4.1.2. Versicherung mit erhöhter Todesfallsumme
- 6.4.1.3. Versicherung mit reduzierter Todesfallsumme
- 6.4.2. **Sonderformen der gemischten Kapitalversicherung**
- 6.4.2.1. Kapitalversicherung mit festem Auszahlungszeitpunkt
- 6.4.2.2. Kapitalversicherung auf den Todes- und Erlebensfall für zwei verbundene Leben
- 6.4.2.3. Anpassungs- oder Aufbauversicherung
- 6.4.2.4. Startpolice
- 6.4.2.5. Gemischte Versicherung mit Teilauszahlung
- 6.4.2.6. Gemischte Versicherung, die fondsgebunden ist
- 6.4.2.6.1. Das Prinzip des Investmentsparens
- 6.4.2.6.2. Der Cost-Average-Effekt
- 6.4.2.6.3. Überschüsse
- 6.4.2.7. Indexgebundene Lebensversicherungen
- 6.4.2.8. Kapitalisierungstarife
- 6.4.2.9. Vermögenswirksame Lebensversicherung
- 6.4.3. **Risikolebensversicherung**
- 6.4.4. **Die Kapitalversicherung auf den Todesfall**
- 6.4.5. **Die Rentenversicherung**
- 6.4.5.1. Riesterrente
- 6.4.5.2. **Sonderformen in der Rentenversicherung**
- 6.4.5.2. **Besteuerung der Rentenzahlungen**
- 6.4.6. **Zusatzversicherungen**
- 6.4.7. **Sonderformen der Lebensversicherung**
- 6.4.7.1. **Die Prämienpot-Versicherung**
- 6.4.7.2. **Die Dread-Disease-Versicherung**
- 6.4.7.3. **Versicherung mit Ablaufphase/Rentenbeginnphase**
- 6.4.7.4. **Die Fremdwährungspolice**
- 6.4.7.5. **Einmalanlagen in der Lebensversicherung**
- 6.5. **Berufsunfähigkeits-Versicherung**
- 6.5.1. **Leistungen**
- 6.5.1.1. **Abstrakte Verweisung**
- 6.5.1.2. **Erwerbsunfähigkeitsklausel**
- 6.4.1.3. **Pflegebedürftigkeit**
- 6.5.1.4. **Pauschal- und Staffelfregulierung**
- 6.5.1.5. **Leistungsverbesserungen**
- 6.5.1.6. **Leistungsausschlüsse**



- 6.5.2. Vorteile der BU gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung
- 6.6. **Die Berechnung der Prämie**
- 6.7. **Die Zusammensetzung der Versicherungsprämie**
- 6.7.1. Die Risikoprämie
- 6.7.2. Die Kostenprämie
- 6.7.3. Die Sparprämie
- 6.7.4. Der Verlauf des Rückkaufwertes
- 6.8. **Die Überschußbeteiligung**
- 6.9. **Überwindung von Zahlungsschwierigkeiten**
- 6.10. **Ablaufoption**
- 6.11. **Der Leistungsfall**
- 6.11.1. Zu erbringende Unterlagen
- 6.11.2. Prüfungen des Versicherers
- 6.12. **Vergleich zwischen GRV und privater Versicherung**
- 7. **Finanzmathematische Anwendungen**
- 7.1. **Die Zinsrechnung**
- 7.1.1. Die verschiedenen Arten der Verzinsung
- 7.1.2. Die einfache Verzinsung
- 7.1.3. Verzinsung mit Zinseszinsen
- 7.1.3.2. Berechnung der Laufzeit
- 7.2. **Rentenrechnung**
- 7.2.1. Jährliche Rentenzahlungen bei jährlich nachschüssiger Verzinsung
- 7.2.1.1. Vorschüssige Rentenzahlung
- 7.2.1.1.1. Berechnung des Rentenendwertes
- 7.2.1.1.2. Berechnung der vorschüssigen Rentenrate
- 7.2.1.1.3. Berechnung der Laufzeit bei vorschüssiger Einzahlung
- 7.2.1.1.4. Berechnung des Rentenbarwertes (R0)
- 7.2.1.1.5. Berechnung einer jährlich vorschüssigen Rentenrate (R) bei bekanntem Rentenbarwert
- 7.2.1.1.6. Berechnung der Anzahl der Rentenperioden bei gegebenem Rentenbarwert
- 7.2.1.2. Nachschüssige Rentenzahlung
- 7.2.1.2.1. Berechnung der Höhe der konstanten Rentenrate bei nachschüssigen Renten
- 7.2.1.2.2. Berechnung der Anzahl der Rentenperioden aus dem Rentenendwert
- 7.2.1.2.3. Berechnung des Rentenbarwertes

- 7.2.1.2.4. Berechnung der Höhe der Rentenzahlung bei gegebenem Rentenbarwert
- 7.2.1.2.5. Berechnung der Anzahl der Rentenperioden bei gegebenem Rentenbarwert und Zinssatz
- 7.2.2. Unterjährliche Rentenzahlungen
- 7.2.2.1. Vorschüssige unterjährliche Zahlung bei jährlich nachschüssiger Verzinsung
- 7.2.2.1.1. Beispielrechnungen bei Zusatzrenten
- 7.2.2.2. Nachschüssige unterjährliche Zahlung bei jährlich nachschüssiger Verzinsung
- 7.2.3. Ewige Renten
- 7.2.4. Dynamisierte Renten
- 8. **Die Private Unfallversicherung**
- 8.1. **Geschichte**
- 8.2. **Risikoanalyse und Risikobewältigung**
- 8.3. **Rechtsgrundlagen des Versicherungsvertrages**
- 8.4. **Unfallbegriff**
- 8.4.1. Das Unfallereignis
- 8.4.2. Unfreiwillige Gesundheitsschädigung
- 8.4.3. Erweiterung des Unfallbegriffes
- 8.4.4. Erweiterung der versicherbaren Gefahren
- 8.4.5. Sonstige Bedingungserweiterungen
- 8.5. **Ausschlüsse**
- 8.5.1. Ausschlüsse durch Gefahrenstandsklauseln
- 8.5.2. Ausschlüsse durch Gesundheitsschädigungen
- 8.5.3. Teilausschlüsse
- 8.5.4. Psychische Reaktionen
- 8.6. **Nicht versicherbare Personen**
- 8.7. **Versicherungsleistungen**
- 8.7.1. Invaliditätsleistung
- 8.7.1.1. Invaliditätsfall
- 8.7.1.2. Leistungshöhe
- 8.7.1.3. Bemessung des Invaliditätsgrades nach der Gliedertaxe
- 8.7.1.4. Verbesserte Gliedertaxe für Heilberufe
- 8.7.1.5. Invaliditätsgrad nach ärztlichem Ermessen
- 8.7.1.6. Progressive Invaliditätsstufen
- 8.7.1.7. Mehrleistung



- 8.7.2. Übergangsleistung
- 8.7.3. Unfalltagegeld
- 8.7.4. Unfallkrankenhaustagegeld (UKHTG)
- 8.7.5. Unfallkrankenhaustagegeld plus Genesungsgeld
- 8.7.6. Todesfalleistung
- 8.7.7. Kostenersatz für kosmetische Operationen
- 8.7.8. Bergungs- und Rettungskosten
- 8.7.9. Heilkosten
- 8.7.10. Unfallrente
- 8.7.10.1. Sofortleistung bei Schwerverletzungen
- 8.7.11. Sonstige versicherbare beitragsfreie Leistungen
- 8.8. Gestaltung des Versicherungsschutzes**
- 8.8.1. Einzel-Unfallversicherung
- 8.8.2. Standard -Unfallversicherung
- 8.8.3. Kinder-Unfallversicherung
- 8.8.4. Kinder-Invaliditätsversicherung
- 8.8.5. Fondsgebundene Unfallversicherung
- 8.8.6. Familien-Unfallversicherung
- 8.8.7. Senioren-Unfallversicherung
- 8.8.8. Unfallversicherung mit Prämienrückgewähr (UPR)
- 8.8.9. Gruppen-Unfallversicherung
- 8.8.10. Dynamische Unfallversicherung
- 8.8.11. Sonstige Spezialformen
- 8.9. Wagnisgruppen und Beitragsberechnung**
- 8.10. Leistungsfall**
- 8.10.1. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers
- 8.10.1.1. Obliegenheiten während der Vertragsdauer
- 8.10.1.2. Obliegenheiten während der Vertragsdauer
- 8.10.1.3. Obliegenheiten nach Eintritt des Versicherungsfalles
- 8.10.2. Fälligkeit der Leistungen
- 9. Formen und Inhalte der Sachversicherung**
- 9.1. Hausratversicherung**
- 9.1.1. Rechtsgrundlagen
- 9.1.2. Versicherte Sachen
- 9.1.3. Wertsachen
- 9.1.4. Ausschluss von Sachen

- 9.1.5. Versicherte Gefahren und Schäden
- 9.1.6. Die versicherten Kosten
- 9.1.7. Der Versicherungsort
- 9.1.8. Außenversicherung
- 9.1.9. Klauselvereinbarungen
- 9.1.10. Versicherungswert und Versicherungssummen
- 9.1.11. Unterversicherung und Entschädigung
- 9.1.11.1. Totalschaden
- 9.1.11.2. Teilschaden
- 9.1.11.3. Schäden an zusammengehörenden Sachen
- 9.1.12. Übersicht der nicht versicherten Schäden
- 9.1.13. Haushaltsglasversicherung
- 9.1.14. Versicherung von privaten Kunstgegenständen und Antiquitäten
- 9.1.14.1. Vertragsformen für die Versicherung von Kunstgegenständen und Antiquitäten
- 9.1.14.1.1. Versicherte Sachen in der Kunstversicherung
- 9.1.14.1.2. Versicherte Sachen in der erweiterten Hausratversicherung
- 9.1.14.2. Versicherte Gefahren
- 9.1.14.3. Nicht versicherte Gefahren und Schäden
- 9.1.14.4. Versicherungsort
- 9.1.14.5. Versicherungswert / Versicherungssumme
- 9.1.14.6. Entschädigungsgrenzen
- 9.1.15. TELAHOME Versicherung für Haushaltsgeräte und Heimtechnik
- 9.2. Wohngebäudeversicherung**
- 9.2.1. Rechtsgrundlagen
- 9.2.2. Versicherte Sachen
- 9.2.3. Versicherte Gefahren und Schäden
- 9.2.4. Übersicht der nicht versicherten Schäden
- 9.2.5. Versicherte Kosten
- 9.2.6. Mietausfälle und Mietwert
- 9.2.7. Versicherungswert und Versicherungsform
- 9.2.7.1. Gleitender Neuwert
- 9.2.7.2. Neuwert
- 9.2.7.3. Zeitwert
- 9.2.7.4. Gemeiner Wert
- 9.2.7.5. Ermittlung der Versicherungswerte
- 9.2.8. Entschädigungsberechnung



- 9.2.8.1. Höhe des Entschädigungsanspruchs
- 9.2.8.2. Mehrkosten durch Preissteigerungen
- 9.2.8.3. Voraussetzung für Neuwertentschädigung
- 9.2.8.4. Begrenzung der Gesamtentschädigung durch die Versicherungssumme
- 9.2.9. Rohbauversicherung
- 9.2.10. Bauleistungsversicherung
- 10. **Private Haftpflichtversicherungen**
- 10.1. **Gesetzliche Grundlagen**
- 10.2. **Geschichtliche Entwicklung**
- 10.3. **Markt und Chancen**
- 10.4. **Die Grundlagen der HPV**
- 10.5. **Der Bedarf**
- 10.6. **Gegenstand der Versicherung**
- 10.7. **Vorsorgeversicherung**
- 10.8. **Haftung - Deckung**
- 10.9. **Ausschlüsse**
- 10.10. **Versicherungssummen**
- 10.11. **Arten der Haftpflichtversicherung**
- 10.11.1. Privathaftpflichtversicherung
- 10.11.1.1. Versicherte Personen in der Privathaftpflichtversicherung
- 10.11.2. Tierhalter-Haftpflichtversicherung
- 10.11.3. Jagd-Haftpflichtversicherung
- 10.11.4. Sportboot-Haftpflichtversicherung
- 10.11.5. Bauherren-Haftpflichtversicherung
- 10.12. **Schadensersatz**
- 10.13. **Leistungsvoraussetzungen**
- 10.14. **Folgen von Obliegenheitsverletzungen (Rechtsverlust)**
- 11. **Kfz- und Reiseversicherungen**
- 11.1. **Besonderheiten in der gesetzlichen Haftung im Kfz-Bereich**
- 11.1.1. Besonderheiten in der Gefährdungshaftung
- 11.1.2. Geschäftsführung ohne Auftrag § 670 BGB, § 683 BGB
- 11.2. **Kraftfahrtversicherung**
- 11.2.1. Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung

- 11.2.1.1. Versicherungspflicht und Deckungssummen
- 11.2.1.2. Versicherungsbestätigung und Annahmezwang
- 11.2.1.3. Versicherte Personen
- 11.2.1.4. Versicherungsumfang
- 11.2.1.5. Beitragsfestsetzung
- 11.2.1.6. Einstufungen in eine Schadensfreiheitsklasse und Umstufungen
- 11.2.1.7. Bedingungsanpassung
- 11.2.1.8. Verkehrsofferhilfe
- 11.2.1.9. Verbesserter Verbraucherschutz bei Verkehrsunfällen im Ausland
- 11.2.2. **Fahrer Haftpflichtversicherung**
- 11.2.3. **Fahrzeugversicherung (Fahrzeugteil- /Fahrzeugvollversicherung)**
- 11.2.3.1. Versicherte Personen
- 11.2.3.2. Umfang der Fahrzeugteilversicherung
- 11.2.3.3. Umfang der Fahrzeugvollversicherung
- 11.2.3.4. Ersatzleistungen der Teil-/Fahrzeugvollversicherung
- 11.2.3.4.1. Zerstörung oder Verlust des Fahrzeuges
- 11.2.3.4.2. Wiederherstellung des Fahrzeuges
- 11.2.3.4.3. Selbstbeteiligungen
- 11.2.3.4.4. Wiederherbeigeschaffte Fahrzeuge, Fahrzeug-/ Zubehörteile
- 11.2.3.5. Ausschlüsse aus der Teil- und Fahrzeugvollversicherung
- 11.2.3.6. Beitragsfestsetzung
- 11.3. **Camping-Versicherung**
- 11.3.1. Versicherte Sachen
- 11.3.2. Umfang des Versicherungsschutzes
- 11.3.3. Versicherungswert, Entschädigung und Selbstbeteiligung
- 11.4. **Insassen -Unfallversicherung**
- 11.4.1. Versicherungsumfang
- 11.4.2. Versicherungssysteme
- 11.4.3. Ausschlüsse
- 11.5. **Autoschutzbrief (AutoPlus)**
- 11.5.1. Versicherte Gefahr
- 11.5.2. Schutzbriefleistungen
- 11.5.3. Ausschlüsse
- 11.6. **Kraftfahrt-Gepäckversicherung**
- 11.7. **Reiseversicherungen**
- 12. **Rechtsschutzversicherung**



- 12.1. Gegenstand der Rechtsschutzversicherung
- 12.2. Leistungsarten in der RSV
 - 12.2.1. Datenrechtsschutz
- 12.3. Ausschlüsse
- 12.4. Versicherte Personen und Deckungssummen
- 12.5. Versicherte Kosten
- 12.6. Formen des Versicherungsschutzes
 - 12.6.1. Der Verkehrsrechtsschutz
 - 12.6.2. Der Fahrerrechtsschutz
 - 12.6.3. Der Privat- und Berufsrechtsschutz für Nichtselbständige
 - 12.6.4. Der Privat-, Berufs- und Verkehrsrechtsschutz für Nichtselbständige
 - 12.6.5. Der Rechtsschutz für Eigentümer und Mieter von Wohnungen und Grundstücken
- 12.7. Geltungsbereich

Europäische Finanzwirtschaft (IV/2004)

- 1. Europa - Einheit in Vielfalt
 - 1.1. Die Europäische Union (EU)
 - 1.1.1. Die Geschichte der Europäischen Union: Wichtige Stationen auf dem Weg zur europäischen Integration
 - 1.1.2. Die Institutionen der Europäischen Union
 - 1.1.2.1. Der Rat der Europäischen Union
 - 1.1.2.2. Die Kommission
 - 1.1.2.3. Das Europäische Parlament
 - 1.1.2.4. Die Zusammenarbeit der Institutionen
 - 1.1.2.5. Der Wirtschafts- und Sozialausschuß
 - 1.1.2.6. Der Ausschuß der Regionen
 - 1.1.2.7. Der Europäische Rechnungshof
 - 1.1.2.8. Europäische Gerichtsbarkeit
 - 1.1.2.8.1. Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften (EuGH)
 - 1.1.2.8.2. Das Gericht erster Instanz
 - 1.1.2.9. Der Bürgerbeauftragte
 - 1.1.2.10. Der Europäische Datenschutzbeauftragte
 - 1.1.3. Der EU-Haushalt
 - 1.1.3.1. Die Agenda 2000
 - 1.1.3.2. Die Agrarpolitik
 - 1.1.3.3. Die Strukturfonds
 - 1.1.3.4. Die Finanzierungsgerechtigkeit des EU-Haushaltes
 - 1.2. Das Gemeinschaftsrecht
 - 1.2.1. Das primäre Gemeinschaftsrecht
 - 1.2.2. Das sekundäre Gemeinschaftsrecht
 - 1.2.2.1. Die Verordnung
 - 1.2.2.2. Die Richtlinie
 - 1.2.2.3. Die Entscheidungen
 - 1.2.2.4. Empfehlungen und Stellungnahmen
 - 1.2.3. Verhältnis des Gemeinschaftsrechts zum nationalen Recht
 - 1.3. Die europäischen Grundrechte
 - 1.3.1. Die Grundfreiheiten des Gemeinschaftsrechts
 - 1.3.1.1. Die Kapitalverkehrsfreiheit
 - 1.3.1.2. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer
 - 1.3.1.2.1. Das Aufenthaltsrecht in der EU
 - 1.3.1.2.2. Einschränkungen für die Beitrittsländer



- 1.3.1.2.3. Das Aufenthaltsrecht für Rentner und Studenten
- 1.3.1.2.4. Arbeiten in Europa
- 1.3.1.2.4.1. Die Anerkennung beruflicher Befähigungsnachweise
- 1.3.1.2.4.2. Die allgemeine Anerkennungsregelung
- 1.3.1.2.4.3. Stellensuche in Europa
- 1.3.1.2.5. Grenzgänger
- 1.3.1.3. Die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit
- 1.3.1.3.1. Die EU-Niederlassungsrichtlinie für Anwälte
- 1.3.1.3.2. Die Eintragung in die Handwerksrolle
- 1.3.1.3.3. Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)
- 1.3.1.3.4. Europäische Gesellschaften
- 1.3.1.3.4.1. Europäische Aktiengesellschaft (SE)
- 1.3.1.3.4.2. Die Europäische Genossenschaft - SCE (societas cooperativa europae)
- 1.3.1.3.5. Der Europäische Betriebsrat
- 1.3.1.4. Ausgewählte Beispiele zur Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit
- 1.3.1.4.1. Niederlassungsfreiheit als Rechtswahlfreiheit
- 1.3.1.4.2. Die Niederlassungsfreiheit und der freie Dienstleistungsverkehr für die Tätigkeiten des Versicherungsagenten und -maklers
- 1.3.1.4.3. Die Rechtslage ab 2005: EU-Versicherungsvermittlerrichtlinie
- 2. **Das europäische Sozialversicherungsrecht**
- 2.1. **Sozialer Schutz in Europa - Eine Einführung**
- 2.1.1. Einheit in Vielfalt
- 2.1.2. Soziale Grundrechtecharta stärkt soziale Dimension der Europäischen Union
- 2.2. **Sozialer Schutz in Europa**
- 2.2.1. Gesamtvergleich der Sozialsysteme
- 2.2.2. Finanzierung der Sozialleistungen
- 2.2.2.1. Einnahmen und Ausgaben
- 2.2.2.2. Leistungen pro Kopf
- 2.2.2.3. Definition "Sozialschutz"
- 2.3. **Soziale Sicherheit der Wanderarbeiter**
- 2.3.1. Kranken- und Pflegeversicherung der Wanderarbeiter
- 2.3.2. Renten- und Unfallversicherung der Wanderarbeiter
- 2.3.3. Arbeitslosenversicherung der Wanderarbeiter
- 2.3.4. Kindergeld der Wanderarbeiter
- 2.4. **Kindergeld für Familien**

- 2.5. **Schutz für Mütter und Schwangere**
- 2.6. **Gesundheit, und Vorsorge**
- 2.7. **Lohn und Gehalt bei Krankheit**
- 2.8. **Bei Arbeitslosigkeit versichert**
- 2.9. **Arbeitsunfall und Berufskrankheit**
- 2.10. **Verminderte Erwerbsfähigkeit (Invalidität)**
- 2.11. **Mit Behinderung leben**
- 2.12. **Sicherheit im Alter**
- 2.13. **Versorgung von Hinterbliebenen**
- 2.14. **Europäische Arbeitsbedingungen**
- 2.14.1. Regelungen aus dem Arbeitsrecht
- 2.14.2. Das römisch- germanische System
- 2.14.3. Das anglo-irische System
- 2.14.4. Das nordische System
- 2.15. **Beendigung des Arbeitsverhältnisses**
- 2.16. **Mitsprache und Mitentscheidung**
- 3. **Suche und Finanzierung von Auslandsimmobilien**
- 3.1. **Kaufphasen und Motive beim Kauf einer Auslandsimmobilie**
- 3.1.1. Echte Kaufmotive
- 3.1.2. Phasen des Kaufprozesses
- 3.2. **Das richtige Objekt**
- 3.2.1. Auswahlkriterien für den Kauf einer Auslandsimmobilie
- 3.2.1.1. Personenbezogene Auswahlkriterien
- 3.2.1.2. Objektbezogene Auswahlkriterien
- 3.2.2. Der Unterhalt der Immobilie
- 3.2.3. Ferien- oder Zweitwohnsitz?
- 3.3. **Informationssammlung**
- 3.3.1. Land und Regionen
- 3.3.2. Preise und Nachfrage
- 3.4. **Angebotsanforderung**
- 3.4.1. Abstrakte Angebotsanforderung
- 3.4.2. Konkrete Angebotsanforderung
- 3.5. **Finanzierungsüberlegungen**
- 3.5.1. Beleihung der Immobilie im Ausland



- 3.5.2. Besonderheiten infolge des Eigentumsübergangs/Zahlungsweise
- 4. Kauf einer Immobilie im Ausland
- 4.1. Bedeutung eines Vorvertrages
- 4.2. Kaufvertrag
- 4.3. Die Rolle des Grundbuches oder Eigentumsregisters
- 5. Die internationale Erbrechts- und Erbschaftssituation
- 5.1. Das anwendbare Erbrecht/Erbsstatut
- 5.2. Das anwendbare Erbschaftsteuerrecht
- 6. Die Suche nach einer Auslandsimmobilie in Italien, Spanien, Frankreich, der Schweiz und Österreich
- 6.1. Die Suche nach einer Auslandsimmobilie in Italien
- 6.1.1. Land und Regionen
- 6.1.2. Preise und Nachfrage
- 6.2. Die Suche nach einer Auslandsimmobilie in Spanien
- 6.2.1. Land und Regionen
- 6.2.2. Preise und Nachfrage
- 6.3. Die Suche nach einer Auslandsimmobilie in Frankreich
- 6.3.1. Land und Regionen
- 6.3.2. Preise und Nachfrage
- 6.4. Die Suche nach einer Auslandsimmobilie in der Schweiz
- 6.4.1. Land und Regionen und Nachfrage
- 6.4.2. Preise
- 6.5. Die Suche nach einer Auslandsimmobilie in Österreich
- 6.5.1. Land und Regionen
- 6.5.2. Preise und Nachfrage
- 7. Der Kauf einer Auslandsimmobilie in Italien, Spanien, Frankreich, der Schweiz und Österreich
- 7.1. Der Kauf einer Auslandsimmobilie in Italien
- 7.1.1. Die verschiedenen Stadien des Immobilienerwerbs
- 7.1.1.1. Die Einschaltung eines Maklers
- 7.1.1.2. Vorvertrag
- 7.1.1.3. Kaufvertrag
- 7.1.1.4. Kaufabwicklung
- 7.1.1.5. "Mehrmaliger Verkauf"

- 7.1.2. Das Grundbuch
- 7.1.2.1. Das Grundbuch im italienischen Staatsgebiet mit Ausnahme der ehemaligen österreichischen Territorien
- 7.1.2.2. Das Grundbuch in den ehemaligen österreichischen Territorien EuFin.15.5
- 7.1.3. Erwerbsbeschränkungen
- 7.1.4. Kosten und Steuern
- 7.2. Der Kauf einer Auslandsimmobilie - Spanien
- 7.2.1. Vorvertrag / Kaufvertrag
- 7.2.1.1. Grundsätze beim Kauf und Verkauf von spanischen Immobilien
- 7.2.1.2. Alleineigentum, Miteigentum und Teilzeitnutzungsrechte
- 7.2.1.3. Formfreiheit
- 7.2.1.4. Die Reservierung
- 7.2.1.5. Unterverbriefung
- 7.2.1.6. Der privatschriftliche Kaufvertrag
- 7.2.1.7. Die Übergabe des Grundstückes/Escritura Publica
- 7.2.1.8. Handlungsfähigkeit und Berechtigung des Verkäufers
- 7.2.1.9. Vollmachten
- 7.2.1.10. Bebaute und unbebaute Grundstücke
- 7.2.2. Notar/Grundbuchamt
- 7.2.2.1. Die notarielle Beurkundung
- 7.2.2.2. Die Eintragung ins Eigentumsregister
- 7.2.2.3. Dingliche Belastungen
- 7.2.3. Erwerbsbeschränkungen
- 7.2.3.1. Verfügungsbeschränkungen aufgrund des Ehegüterrechts
- 7.2.3.2. Vorkaufsrechte
- 7.2.3.3. Erwerbsbeschränkungen für Ausländer
- 7.2.4. Kaufabwicklung
- 7.2.4.1. Makler
- 7.2.4.2. Belastungen durch Rechte Dritter und Steuerschulden
- 7.2.4.3. Finanzierung
- 7.2.4.4. Abwicklung des Eintragungsverfahrens
- 7.2.4.5. Kauf über eine Gesellschaft
- 7.2.5. Kosten und Steuern
- 7.3. Der Kauf einer Auslandsimmobilie in Frankreich
- 7.3.1. Einleitung
- 7.3.2. Vorvertrag
- 7.3.2.1. Inhalt des Vorvertrages



- 7.3.2.2. Aufschiebende Bedingungen
- 7.3.2.3. Vertragsform
- 7.3.3. Notariat
- 7.3.3.1. Rechtsstellung des Notars
- 7.3.3.2. Vorbereitung der notariellen Beurkundung
- 7.3.3.3. Inhalt des beurkundeten Kaufvertrages
- 7.3.4. Erwerbsbeschränkungen
- 7.3.5. Kaufabwicklung
- 7.3.5.1. Unterzeichnung des beurkundeten Kaufvertrages
- 7.3.5.2. Öffentliche Registrierung des Kaufgeschäfts
- 7.3.6. Kosten und Steuern
- 7.3.6.1. Kosten
- 7.3.6.2. Steuern, Abgaben und Gebühren
- 7.3.6.3. Laufende Besteuerung von Immobilien
- 7.4. **Der Kauf einer Auslandsimmobilie in der Schweiz**
- 7.4.1. Vorvertrag/ Kaufvertrag
- 7.4.1.1. Verpflichtungsgeschäft / Verfügungsgeschäft
- 7.4.1.2. Kaufvertrag
- 7.4.2. Notar/ Grundbuchamt
- 7.4.2.1. Die Durchführung der öffentlichen Beurkundung
- 7.4.2.2. Die Eintragung im Grundbuch
- 7.4.3. Erwerbsbeschränkungen
- 7.4.3.1. Bewilligungsverfahren
- 7.4.3.2. Sanktionierung von Zuwiderhandlungen gegen das BewG
- 7.4.4. Kaufabwicklung
- 7.4.5. Kosten und Steuern
- 7.5. **Der Kauf einer Auslandsimmobilie in Österreich**
- 7.5.1. Kaufvertrag
- 7.5.1.1. Allgemeines zum Liegenschaftserwerb in Österreich
- 7.5.1.2. Kaufvertrag/Vorvertrag
- 7.5.1.3. Kaufgegenstand, Vertragsabschluß und Eigentumsübergang
- 7.5.2. Grundbuch
- 7.5.2.1. Allgemeines zum Grundbuch
- 7.5.2.2. Aufbau des Grundbuches
- 7.5.2.3. Die Eintragungen im Grundbuch
- 7.5.3. Erwerbsbeschränkungen durch Grundverkehrs- und Raumordnungsrecht

- 7.5.4. Kaufabwicklung
- 7.5.5. Kosten und Steuern
- 7.5.5.1. Kosten der Vertragserrichtung und Beratung
- 7.5.5.2. Steuern und Gebühren
- 8. **Vererbung und Schenkung von Auslandsimmobilien Italien, Spanien, Frankreich, der Schweiz und Österreich**
- 8.1. **Vererbung und Schenkung von Auslandsimmobilien in Italien**
- 8.1.1. Die internationale Erbrechtssituation in deutsch-italienischen Erbfällen
- 8.1.2. Das italienische Erbrecht
- 8.1.2.1. Die gesetzliche Erbfolge
- 8.1.2.2. Form und Inhalt letztwilliger Verfügungen
- 8.1.2.3. Testamentsvollstreckung in Italien
- 8.1.2.4. Wirkung einer Vollmacht über den Tod hinaus in Italien
- 8.1.3. Nachlaßabwicklung/Hinweise für den Erbfall
- 8.1.3.1. Eintritt des Erbfalls/Sterbeurkunden
- 8.1.3.2. Ablieferung von Testamenten/Testamentseröffnung in Italien
- 8.1.3.3. Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft/Haftungsbeschränkung
- 8.1.3.4. Erbschein und Nachlaßzeugnis
- 8.1.4. Schenkung italienischer Immobilien
- 8.1.5. Das italienische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 8.1.5.1. Abschaffung der italienischen Erbschaft- und Schenkungsteuer
- 8.1.5.2. Besonderheiten bei lebzeitigen Übertragungen
- 8.1.5.3. Keine Doppelbesteuerungssituation
- 8.2. **Vererbung und Schenkung von Auslandsimmobilien in Spanien**
- 8.2.1. Die internationale Erbrechtssituation in deutsch-spanischen Erbfällen
- 8.2.2. Das spanische Erbrecht
- 8.2.2.1. Die gesetzliche Erbfolge
- 8.2.2.2. Form, Inhalt und Wirkung letztwilliger Verfügungen
- 8.2.2.3. Testamentsvollstreckung in Spanien
- 8.2.2.4. Wirkung einer Vollmacht über den Tod hinaus in Spanien
- 8.2.3. Nachlaßabwicklung/Hinweise für den Erbfall
- 8.2.3.1. Eintritt des Erbfalls/Sterbeurkunden
- 8.2.3.2. Ablieferung von Testamenten/Testamentseröffnung in Spanien
- 8.2.3.3. Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft/ Haftungsbeschränkung
- 8.2.3.4. Erbschein und Nachlaßzeugnis
- 8.2.4. Schenkung spanischer Immobilien



- 8.2.5. Das spanische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 8.2.5.1. Die persönliche Steuerpflicht
- 8.2.5.2. Steuerklassen und Steuersätze
- 8.2.5.3. Freibeträge
- 8.2.5.4. Bewertung von Nachlaßvermögen
- 8.2.5.5. Anzeige- und Erklärungspflichten des Erwerbers
- 8.2.5.6. Plus Valia
- 8.2.5.7. Vermeidung einer Doppelbesteuerung
- 8.3. Vererbung und Schenkung von Auslandsimmobilien in Frankreich**
- 8.3.1. Die internationale Erbrechtssituation in deutsch-französischen Erbfällen
- 8.3.2. Das französische Erbrecht
- 8.3.2.1. Die gesetzliche Erbfolge
- 8.3.2.2. Das französische Güterrecht
- 8.3.2.3. Form, Inhalt und Wirksamkeit letztwilliger Verfügungen
- 8.3.2.4. Testamentsvollstreckung in Frankreich
- 8.3.2.5. Wirkung einer Vollmacht über den Tod hinaus in Frankreich
- 8.3.2.6. Form letztwilliger Verfügungen
- 8.3.3. Nachlaßabwicklung/Hinweise für den Erbfall
- 8.3.3.1. Eintritt des Erbfalls/Sterbeurkunden
- 8.3.3.2. Ablieferung von Testamenten/Testamentseröffnung
- 8.3.3.3. Erbschein und Nachlaßzeugnis
- 8.3.4. Schenkung französischer Immobilien
- 8.3.4.1. Schenkung auf den Todesfall zwischen Ehegatten
- 8.3.4.2. Schenkung unter Lebenden
- 8.3.5. Das französische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 8.3.5.1. Persönliche Steuerpflicht
- 8.3.5.2. Steuerklassen und Steuersätze
- 8.3.5.3. Freibeträge
- 8.3.5.4. Bewertung von Nachlaßvermögen
- 8.3.5.5. Anzeige- und Erklärungspflichten des Erwerbers
- 8.3.5.6. Vermeidung einer Doppelbesteuerung
- 8.4. Vererbung und Schenkung von Auslandsimmobilien in der Schweiz**
- 8.4.1. Die internationale Erbrechtssituation in deutsch-schweizerischen Erbfällen
- 8.4.2. Das schweizerische Erbrecht
- 8.4.2.1. Die gesetzliche Erbfolge
- 8.4.2.2. Das schweizerische Güterrecht

- 8.4.2.3. Form, Inhalt und Wirkung letztwilliger Verfügungen
- 8.4.2.4. Testamentsvollstreckung in der Schweiz
- 8.4.2.5. Wirkung einer Vollmacht über den Tod hinaus in der Schweiz
- 8.4.3. Nachlaßabwicklung/Hinweise für den Erbfall
- 8.4.3.1. Eintritt des Erbfalls/Sterbeurkunden
- 8.4.3.2. Ablieferung von Testamenten/Testamentseröffnung
- 8.4.3.3. Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft/Haftungsbeschränkung
- 8.4.3.4. Erbschein und Nachlaßzeugnis
- 8.4.4. Schenkung schweizerischer Immobilien
- 8.4.5. Das schweizerische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 8.4.5.1. Persönliche Steuerpflicht
- 8.4.5.2. Steuersätze
- 8.4.5.3. Steuerbefreiungen
- 8.4.5.4. Bewertung von Nachlaßvermögen
- 8.4.5.5. Besteuerungsverfahren
- 8.4.5.6. Vermeidung einer Doppelbesteuerung
- 8.5. Vererbung und Schenkung von Auslandsimmobilien in Österreich**
- 8.5.1. Die internationale Erbrechtssituation in deutsch-österreichischen Erbfällen
- 8.5.2. Das österreichische Erbrecht
- 8.5.2.1. Die gesetzliche Erbfolge
- 8.5.2.2. Das österreichische Güterrecht
- 8.5.2.3. Form, Inhalt und Wirkung letztwilliger Verfügungen
- 8.5.2.4. Testamentsvollstreckung
- 8.5.3. Nachlaßabwicklung/Hinweise für den Erbfall
- 8.5.3.1. Eintritt des Erbfalls/Sterbeurkunden
- 8.5.3.2. Ablieferung von Testamenten/Testamentseröffnung
- 8.5.3.3. Annahme oder Ausschlagung der Erbschaft/Haftungsbeschränkung
- 8.5.3.4. Erbschein und Nachlaßzeugnis
- 8.5.4. Schenkung österreichischer Immobilien
- 8.5.5. Das österreichische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 8.5.5.1. Persönliche Steuerpflicht
- 8.5.5.2. Steuerklassen
- 8.5.5.3. Steuersätze
- 8.5.5.4. Freibeträge
- 8.5.5.5. Bewertung von Nachlaßvermögen



- 8.5.5.6. Anzeige- und Erklärungsspflichten des Erwerbers
- 8.5.5.7. Bezahlung des sog. Grunderwerbsteueräquivalents
- 8.5.5.8. Vermeidung einer Doppelbesteuerung
- 9. Immobilienerwerb, Vererben und Schenken in weiteren Länder der EU**
- 9.1. Immobilienerwerb, Vererben und Schenken in Portugal**
- 9.1.1. Suche und Finanzierung einer Immobilie in Portugal
- 9.1.1.1. Objektauswahl
- 9.1.1.2. Finanzierung
- 9.1.2. Erwerb einer Immobilie in Portugal
- 9.1.2.1. Verfahren
- 9.1.2.2. Kosten und Steuern
- 9.1.3. Vererbung und Schenkung einer Immobilie in Portugal
- 9.1.3.1. Anwendbares Erbrecht
- 9.1.3.2. Das portugiesische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 9.2. Immobilienerwerb, Vererben und Schenken in Griechenland**
- 9.2.1. Suche und Finanzierung einer Immobilie in Griechenland
- 9.2.1.1. Objektauswahl
- 9.2.1.2. Finanzierung
- 9.2.2. Erwerb einer Immobilie in Griechenland
- 9.2.2.1. Verfahren
- 9.2.2.2. Kosten und Gebühren
- 9.2.3. Vererbung und Schenkung einer Immobilie in Griechenland
- 9.2.3.1. Das anwendbare Erbrecht
- 9.2.3.2. Das griechische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 9.3. Immobilienerwerb, Vererben und Schenken in den Niederlanden**
- 9.3.1. Suche und Finanzierung einer Immobilie in den Niederlanden
- 9.3.1.1. Objektsuche
- 9.3.1.2. Finanzierung
- 9.3.2. Erwerb einer Immobilie in den Niederlanden
- 9.3.2.1. Verfahren
- 9.3.2.2. Steuern und Gebühren
- 9.3.3. Vererbung und Schenkung einer Immobilie in den Niederlanden
- 9.3.3.1. Das anwendbare Erbrecht
- 9.3.3.2. Das niederländische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 9.4. Immobilienerwerb, Vererben und Schenken in der Türkei**
- 9.4.1. Suche und Finanzierung einer Immobilie in der Türkei

- 9.4.1.1. Objektsuche
- 9.4.1.2. Finanzierung
- 9.4.2. Erwerb einer Immobilie in der Türkei
- 9.4.2.1. Verfahren
- 9.4.2.2. Kosten und Steuern
- 9.4.3. Vererbung und Schenkung einer Immobilie in der Türkei
- 9.4.3.1. Das anwendbare Erbrecht
- 9.4.3.2. Das türkische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 9.5. Immobilienerwerb, Vererben und Schenken in Großbritannien**
- 9.5.1. Suche und Finanzierung einer Immobilie in Großbritannien
- 9.5.2. Erwerb einer Immobilie in Großbritannien
- 9.5.2.1. Allgemeines
- 9.5.2.2. Verfahren
- 9.5.2.3. Kosten und Steuern
- 9.5.3. Vererbung und Schenkung einer Immobilie in Großbritannien
- 9.5.3.1. Das anwendbare Erbrecht
- 9.5.3.2. Das Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht in Großbritannien
- 9.6. Immobilienerwerb, Vererben und Schenken in Irland**
- 9.6.1. Suche und Finanzierung einer Immobilie in Irland
- 9.6.2. Erwerb einer Immobilie in Irland
- 9.6.2.1. Verfahren
- 9.6.2.2. Kosten und Steuern
- 9.6.3. Vererbung und Schenkung einer Immobilie in Irland
- 9.6.3.1. Das anwendbare Erbrecht
- 9.6.3.2. Das irische Erbschaft- und Schenkungsteuerrecht
- 10. Der europäische Finanzdienstleistungsmarkt**
- 10.1. Die Europäische Politik im Finanzdienstleistungsmarkt**
- 10.1.1. Aktionsrahmen Finanzdienstleistungen
- 10.1.1.1. Firmenkundenmärkte
- 10.1.1.2. Finanzmärkte im Privatkundenbereich
- 10.1.1.3. Aufsichtliche Zusammenarbeit
- 10.1.1.4. Steuerwesen
- 10.1.2. Aktionsplan Finanzdienstleistungen
- 10.1.3. Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit der Banken
- 10.1.4. Börsen- und Wertpapierrecht
- 10.1.4.1. Wertpapierdienstleistungsrichtlinie ISD



- 10.1.4.1.1. Geltungsbereich
- 10.1.4.1.2. Pflichten der Wertpapierhäuser
- 10.1.4.1.3. Vorteile für die Wertpapierhäuser
- 10.1.4.1.4. Vorschriften in Bezug auf den Handelsplatz
- 10.1.4.1.5. Befugnisse und Pflichten der zuständigen Behörden
- 10.1.5. Der Versicherungsvermittler und sein Markt
 - 10.1.5.1. Aufgaben des Versicherungsvermittlers
 - 10.1.5.2. Auswirkungen der wirtschaftlichen und demographischen Entwicklung in der europäischen Union auf die Versicherungs- und Finanzdienstleistungsnachfrage
 - 10.1.5.3. Verstärkung der Kundenorientierung des Vertriebes
 - 10.1.5.4. Neue Herausforderungen durch den EG-Binnenmarkt
 - 10.1.5.5. Konsequenzen für den Versicherungsmarkt aus der "Versicherungsrichtlinie" der Europäischen Union
 - 10.1.5.6. Neue Anforderungen an die berufliche Qualifizierung
 - 10.1.5.7. Angleichung des Tätigkeitsfeldes der Versicherungsvertreter/-vermittler auf europäischer Ebene
 - 10.1.5.8. Chancen und Risiken einer Auslandstätigkeit
- 10.2. Die Zukunft des europäischen Finanzdienstleistungsmarktes
 - 10.2.1. Die Verbesserung von Service und Abläufen
 - 10.2.2. Die Veränderung der Produktpalette
 - 10.2.3. Aufkäufe, Fusionen, strategische Allianzen und Kooperationen
- 11. Das europäische Bank- und Investmentrecht
 - 11.1. Die Europäische Zentralbank
 - 11.1.1. Aufgaben der Europäischen Zentralbank
 - 11.1.2. Die geldpolitischen Instrumente der Europäischen Zentralbank
 - 11.1.3. Das Geldmengenziel der EZB
 - 11.2. Wirtschafts- und Währungsunion
 - 11.2.1. Europäisches System der Zentralbanken (ESZB)
 - 11.2.2. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Vergleich zur Deutschen Bundesbank
 - 11.3. Erwartete Veränderungen im Bankenbereich
 - 11.3.1. Die Veränderungen der Bankenstruktur
 - 11.3.2. Die Entwicklung einer Europa-Börse
 - 11.3.3. Der Börsenzugang
 - 11.3.4. Online-Broker
 - 11.3.5. Investment
 - 11.3.6. Beispiel für Allianzen, Aufkäufe, Fusionen
 - 11.3.7. Kreditwirtschaftlich wichtige Richtlinienvorhaben der EU

- 11.4. Die Erwartungshaltung der Wirtschaft
 - 11.4.1. Die Hoffnungen der Konzerne auf einen effizienteren Euro-Zahlungsverkehr
 - 11.4.2. Der Markt für Unternehmensanleihen
 - 11.4.3. Basel II und die Auswirkungen auf die Unternehmensfinanzierung des Mittelstandes
- 11.5. Weitere EU-Vorschriften im Bankenbereich
 - 11.5.1. Die Eröffnung eines Bankkontos in einem anderen Mitgliedstaat
 - 11.5.2. Fernabsatz
 - 11.5.2.1. Erforderlichkeit der Fernabsatzrichtlinie
 - 11.5.2.2. Formen elektronischer Kommunikationsmittel
 - 11.5.2.3. Mindestharmonisierung
 - 11.5.2.4. Umsetzung der Fernabsatzrichtlinie in das deutsche Recht
 - 11.5.2.5. Fernabsatz von Finanzdienstleistungen
- 12. Das europäische Versicherungs- und Steuerrecht
 - 12.1. Erwartete Veränderungen im Versicherungsbereich
 - 12.1.1. Veränderungen in der Produktpolitik
 - 12.1.2. Probleme europäischer Versicherer, die in Deutschland keine Tochtergesellschaften haben
 - 12.1.3. Liberalisierung der Versicherungen im Binnenmarkt
 - 12.1.4. Freier Dienstleistungsverkehr im Versicherungsbereich
 - 12.1.5. Internet
 - 12.1.6. Lebensversicherungen: Überblick über andere Länder
 - 12.2. Die Besteuerung
 - 12.2.1. Konzernabschluss für Wirtschaftsjahre nach IFRS
 - 12.2.2. Die Doppelbesteuerungsabkommen (DBA)
 - 12.2.3. Die Ermittlung der 183 Tage
 - 12.3. Die Freiheit des Waren- und Wirtschaftsverkehrs
 - 12.3.1. Die Besteuerung von Waren
 - 12.3.1.1. Die innergemeinschaftliche Lieferung
 - 12.3.1.2. Die innergemeinschaftliche Güterbeförderung
 - 12.3.2. Die Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
 - 12.3.3. Der Fiskalvertreter
 - 12.3.4. Der Kleinunternehmer
 - 12.4. Die Steuerharmonisierung



Führung und Organisation (I/2005)

1. Existenzgründung und Unternehmensaufbau
 - 1.1. Der Gründungsprozeß
 - 1.2. Entscheidung
 - 1.3. Planung
 - 1.4. Finanzplan
 - 1.5. Unternehmen
2. Die Finanzberatungsbranche
 - 2.1. Geschichtliche Entwicklungen der deutschen Finanzberatung
3. Führungskonzepte
 - 3.1. Führung im Management-Regelkreislauf
 - 3.2. Führungsaufgaben
 - 3.2.1. Zielsetzung
 - 3.2.2. Planung
 - 3.2.3. Entscheidung
 - 3.2.4. Realisierung
 - 3.2.5. Kontrolle
 - 3.2.6. Kommunikation
 - 3.3. Situative Menschenführung - Anforderungen an eine zeitgemäße Personalführung
 - 3.4. Innere Kündigung
 - 3.5. Führungsstile als Verhaltensmuster der Führung
 - 3.5.1. Der demokratische Führungsstil
 - 3.5.2. Der autoritäre Führungsstil
 - 3.5.3. Der Laissez-faire Führungsstil
 - 3.6. Die Entwicklungsstufen des Mitarbeiters
 - 3.7. Die führungstechnischen Verhaltensweisen
 - 3.8. Managementtechniken als Führungsmittel
 - 3.8.1. Management by Objectives
 - 3.8.2. Management by Exceptions
 - 3.8.3. Lean Management
 - 3.9. Die verhaltensorientierten Führungsstile
 - 3.9.1. Die vier fundamentalen Führungsstile
 - 3.9.2. Führung und Mitarbeiter-Entwicklungsstufen



- 3.10. Führung im Team
- 4. Organisationsmanagement
- 4.1. Aufbauorganisation
- 4.1.1. Das Liniensystem
- 4.1.2. Das Funktionssystem
- 4.1.3. Das Stabliniensystem
- 4.1.4. Das Liniensystem mit Querfunktionen
- 4.1.5. Die Spartenorganisation
- 4.1.6. Die Matrixorganisation
- 4.1.7. Der Strukturvertrieb
- 4.1.8. Das Franchisesystem
- 4.2. Die Gliederung von Organisationseinheiten
- 4.2.1. Die historische Entwicklung der Organisation in der Finanzberatung
- 4.2.2. Der Verkäufer - Fehlinterpretation einer ganzen Branche?
- 4.2.3. Die Arbeitsteilung im Vertrieb
- 4.3. Die Führungskraft
- 4.4. Anforderungs- und Eignungsprofile
- 4.4.1. Über Wasser laufen??
- 4.4.2. Persönlichkeit und persönliche Fähigkeiten
- 4.5. Mitarbeiterhonorierung über Provision
- 4.5.1. Ermittlung des Zieleinkommens
- 4.5.2. Provisionsvorstellungen der Mitarbeiter
- 4.6. Organisation eines arbeitsteiligen Finanzvertriebes
- 4.6.1. Telefon-Marketing
- 4.6.2. Analyse-Aufnahme
- 4.6.3. Expertisen-Erstellung
- 4.6.4. Der Verkauf
- 4.6.5. Die Administration
- 4.7. Mitarbeiter Einkommen und -provisionen
- 4.7.1. Grundlagen des Controllings
- 4.7.2. Grundlagen der Einkommenskalkulation
- 4.7.2.1. Finanzanalyse und Interviewereinkommen
- 4.7.2.2. Verkäufereinkommen
- 4.7.2.3. „Provisionen kontra Festgehalt“
- 4.7.2.4. Arbeitsrechtliche Vorteile

- 5. Personal
- 5.1. Personalbeschaffung
- 5.1.1. Studenten und Akademiker
- 5.1.2. Bewerber mit kaufmännischer Berufsausbildung
- 5.1.3. Stellenausschreibungen
- 5.1.4. Stellenbeschreibung
- 5.1.5. Anforderungsprofil zur erfolgreichen Besetzung einer Position
- 5.1.6. Ausbildung/Qualifikation
- 5.1.7. Alter der Mitarbeiter
- 5.1.8. Anzahl der Mitarbeiter
- 5.2. Instrumente der Mitarbeitergewinnung
- 5.2.1. Zielgruppen
- 5.2.2. Möglichkeiten der Mitarbeiterakquisition
- 5.2.3. Gestaltung einer Stellenausschreibung
- 5.3. Grundlagen der Personalauswahl
- 5.3.1. Die Bewerbungsunterlagen
- 5.3.2. Aufbau und Qualität der Bewerbungsunterlagen
- 5.3.3. Beurteilung von Bewerbungsunterlagen
- 5.3.3.1. Das Anschreiben
- 5.3.3.2. Der Lebenslauf
- 5.3.3.3. Zeugnisse
- 5.4. Eignungsdiagnostische Instrumente
- 5.4.1. Das Interview
- 5.4.2. Intelligenztests
- 5.4.3. Persönlichkeits-Tests
- 5.4.4. Struktogramm-Test
- 5.4.5. Konzentrationstests
- 5.4.6. Führungsverhaltenstests
- 5.4.7. Assessment-Center
- 5.4.8. Das Bewerbungsgespräch
- 5.4.8.1. Strukturierung des Auswahl-Interviews
- 5.4.8.2. Vorbereitung des Bewerbungsgesprächs
- 5.4.8.3. Durchführung des Bewerbungsgesprächs
- 5.4.8.4. Auswertung des Bewerbungsgesprächs
- 6. Arbeitsrecht
- 6.1. Begriff und Wesen des Arbeitsrechts



- 6.1.1. Historische Entwicklung
- 6.1.2. Rechtsquellen des Arbeitsrechtes
- 6.1.3. Gesetzesübersicht
- 6.1.4. Arbeitsrechtliche Institutionen
- 6.2. **Arbeitsvertrag**
 - 6.2.1. Arbeitsvertrag und Arbeitsverhältnisse
 - 6.2.2. Inhalt und Form des Arbeitsvertrages
 - 6.2.3. Arten von Arbeitsverhältnissen
- 6.3. **Beendigung des Arbeitsverhältnisses**
 - 6.3.1. Kündigung
 - 6.3.2. Rechtswirksamkeit einer Kündigung
 - 6.3.2.1. Nichtigkeitsgründe einer Kündigung
 - 6.3.2.2. Unwirksamkeit der Kündigung
 - 6.3.3. Das Kündigungsschutzgesetz
 - 6.3.4. Die Kündigungsgründe
 - 6.3.5. Außerordentliche Kündigung
 - 6.3.6. Prozessuale Fragen
- 6.4. **Scheinselbständigkeit und arbeitnehmerähnliche Selbständige**
 - 6.4.1. Der scheinselbständige Arbeitnehmer
 - 6.4.2. Der Handelsvertreter im Rahmen des SGB IV
 - 6.4.3. Der arbeitnehmerähnliche Selbständige
- 7. **Zeit- und Informationsmanagement**
 - 7.1. **Zeitmanagement**
 - 7.1.1. Zeitpläne
 - 7.1.2. ABC-Analyse
 - 7.2. **Informationsmanagement**

Betriebliche Altersversorgung (II/2005)

- 1. **Betriebliche Altersversorgung**
 - 1.1. **Historisches**
 - 1.1.1. Rechtliches
 - 1.1.2. Arbeits- und Steuerrecht der betrieblichen Altersversorgung
- 2. **Unverfallbarkeit**
 - 2.1. **Höhe der unverfallbaren Anwartschaft (m/n-tel-Methode)**
- 3. **Auszehung und Anrechnung**
 - 3.1. **Vorzeitige Altersleistung**
 - 3.2. **Geschichte, Funktion und Systematik der gesetzlichen Insolvenzversicherung**
- 4. **Pensions-Sicherungs-Verein a.G. (PSVaG)**
- 5. **Insolvenzschutz-Umfang**
- 6. **Anpassungsprüfungspflicht: § 16 Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung**
- 7. **Durchführungsformen**
 - 7.1. **Direktzusage / Pensionszusage (PZ)**
 - 7.2. **Gestaltung und Begründung von Pensionszusagen**
 - 7.2.1. **Zusageformen**
- 8. **Pensionszusage und Handelsbilanz**
 - 8.1. **Pensionszusage und Steuerwirkungen**
 - 8.1.1. **Arbeitgeberseite**
- 9. **Voraussetzungen für Pensionsrückstellungen**
 - 9.1. **Zeitpunkt der Bildung von Pensionsrückstellungen**
 - 9.1.1. **Berechnung**
 - 9.1.2. **Höhe / Zuführung**
 - 9.2. **Grafik: Pensionszusage**
 - 9.3. **Passivierungspflicht**
 - 9.3.1. **Gewinnerhöhende Auflösungspflicht**
 - 9.4. **Verteilungsmöglichkeiten der Erstjahresrückstellung**
 - 9.5. **Risiken**
 - 9.6. **Nachholverbot**
 - 9.7. **Gutachten**



- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 9.8. Auflösung der Pensionsrückstellung 9.9. Steuerwirkung Pensionszusage 9.10. Arbeitnehmerseite 9.10.1. Betriebliche Finanzierungseffekte von Pensionsrückstellungen 9.11. Fazit Durchführungsweg Pensionszusage 10. Unterstützungskasse (UK) 10.1. Zuwendung Dotierung 10.2. Deckungskapitalzuwendung (Zuwendung nach § 4 Abs. 1 Nr. 1a EStG) 10.3. Deckungskapital 10.4. Beispiel Deckungskapitalzuwendung 10.5. Individualisierung der Zuwendung des Deckungskapitals 10.6. Zuwendungen zum Reservepolster (§ 4 Abs. 1 Nr. 1b EStG, pauschaldotierte UK) 10.7. Reservepolster 10.8. Dotierungsbeispiel 10.9. Laufende Leistungen - Kapitalzahlungen 10.10. Zulässiges Kassenvermögen (§ 4 d Abs. 1 Nr. 1 EStG) 10.11. Tatsächliches Kassenvermögen 10.12. Zuwendungen für Rückdeckungsversicherungen (§ 4 Abs. 1 Nr. 1c EStG) 10.12.1. Rückdeckungsversicherung 10.12.2. Zuwendungen (§ 4 d Abs. 1 Nr. 1c EStG) 10.13. Beispiel 10.14. Fazit zur Rückdeckungsversicherung 10.15. Steuerliche Behandlung der Zuwendungen 10.15.1. Beispiel: Ermittlung der von der UK zu entrichtenden Steuer 10.15.2. Vermeidung der Steuerpflicht des überdotierten Teils 10.15.3. Beschränkung der Leistungshöhe 10.16. Darlehensgewährung der UK 11. Unverfallbarkeit 11.1. Übertragung 11.1.1. Insolvenzsicherung 11.1.2. Anpassung | <ul style="list-style-type: none"> 11.2. Angemessenheitsprüfung 11.3. Unterschied des Durchführungswegs UK gegenüber der Pensionszusage 11.4. Fazit 12. Direktversicherung 12.1. Die Definition der Direktversicherung im Betriebsrentengesetz 12.2. Versicherungsnehmer 12.3. Betriebliche Altersversorgung 12.4. Lebensversicherung 12.5. Versicherte Person 13. Bezugsberechtigung 13.1. Zusätzliche vertragliche Vereinbarungen 13.2. Konzept 13.3. Tendenzen bei Gestaltung der Direktversicherung 13.4. Die arbeitsrechtlichen Besonderheiten bei der Direktversicherung 13.4.1. Vorzeitiges Ausscheiden von versicherten Arbeitnehmern aus dem Betrieb 13.4.2. Ausscheiden bei Vorliegen der Voraussetzungen der gesetzlichen Unverfallbarkeit 13.4.3. Versicherungsvertragliches Verfahren 14. Arbeitsrechtliche Bedingungen bei der Direktversicherung 14.1. Ratierliches Verfahren 14.2. Ausscheiden vor Erfüllen der gesetzlichen Unverfallbarkeitsvoraussetzungen 14.3. Weiterführung der Versicherung 14.4. Übertragung der Versicherung auf den ausscheidenden Arbeitnehmer 14.5. Auflösung der Versicherung 14.6. Verwendung des Versicherungswertes für andere Arbeitnehmer 15. Insolvenzsicherungsbeiträge 15.1. Flexible Altersgrenze 15.2. Anpassungsprüfung nach § 16 BetrAVG 16. Die steuerrechtliche Behandlung der Direktversicherung 16.1. Definition der Direktversicherung |
|--|---|



- | | |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 16.2. Steuerrechtliche Behandlung des Direktversicherungsvertrages beim Arbeitgeber 16.2.1. Abzug der Versicherungsbeiträge als Betriebsausgaben 16.2.2. Keine Aktivierung der Ansprüche aus dem Versicherungsvertrag 16.2.3. Aktivierung beim gespaltenem Bezugsrecht 16.2.4. Qualitative Bezugsrechtsteilung 16.2.5. Keine Aktivierung bei Beleihung 17. Leistungen aus dem Direktversicherungsvertrag 17.1. Vermögensteuerrechtliche Behandlung 17.1.2. Umsatzsteuerrechtliche Behandlung 18. Steuerliche Behandlung beim versorgungsberechtigten Arbeitnehmer 18.1. Lohnsteuer für Beitragszahlung durch den Arbeitgeber 18.1.1. Vermögensteuerrechtliche Behandlung noch nicht fälliger Ansprüche aus Direktversicherungen bis einschließlich 1996 18.1.2. Steuerliche Behandlung fälliger Leistungen aus Direktversicherungen für Verträge die bis 31.12.04 abgeschlossen wurden 18.1.3. Kapital-Direktversicherungen 18.1.4. Rentenversicherungsverträge 19. Einkünfte aus Kapitalvermögen 19.1. Vermögenssteuerliche Behandlung 20. Pauschalierung der Lohnsteuer für Direktversicherungsbeiträge (bis 31.12.04 möglich) 20.1. Voraussetzungen 20.1.1. Pauschalierungsvoraussetzungen 20.2. Höchstbeträge 21. Durchschnittsbildung bei der Direktversicherung 21.1. Voraussetzung 21.1.1. Vervielfältigung 22. Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag 22.1. Übertragung der Direktversicherung bei Arbeitgeberwechsel 22.2. Abtretung oder Beleihung durch den Arbeitgeber 23. Direktversicherung bei Ehegatten-Arbeitsverhältnissen 23.1. Anerkennung als DV 23.2. Übersorgung | <ul style="list-style-type: none"> 23.2.1. Angemessenheitsprüfung 24. Beispiel Direktversicherung 24.1. Ungezellmerte Tarife, Policendarlehen und gespaltenes Bezugsrecht 24.1.1. Verkürzte Beitragszahlungsdauer 5 Jahre 24.1.2. Wegfall der Pauschalsteuer ab 2005 24.1.3. Liquiditätsüberschuss trotz Direktversicherung 24.1.4. Aufbau eines Firmenvermögens - Basel II Sicherheiten 24.1.5. Direktversicherung aus Steuervorteilen 25. Pensionskasse 25.1. Die Kapitaldeckungsverfahren 25.1.1. Aufgabe der Pensionskasse 25.1.2. Versorgungshöhe 25.1.3. Die Versorgung über die Pensionskasse 25.1.4. Steuerliche Auswirkungen beim Trägerunternehmen 25.1.5. Steuerliche Auswirkungen beim Arbeitnehmer bzw. Leistungsempfänger 25.1.6. Förderung nach dem Altersvermögensgesetz 25.1.7. Sozialversicherungsrechtliche Bestimmungen 25.1.8. Arbeitsrechtliche Bestimmungen 26. Der Pensionsfonds 26.1. Aufgabe des Pensionsfonds 26.2. Grundlagen nach Versicherungsaufsichtsgesetz 26.3. Versorgung über den Pensionsfonds 26.4. Steuerliche Auswirkungen beim Trägerunternehmen 26.5. Steuerliche Auswirkungen beim Arbeitnehmer 26.6. Förderung nach dem AvmG 26.7. Sozialversicherungsrechtliche und arbeitsrechtliche Bestimmungen 26.8. Fazit Pensionsfonds 27. Die arbeitnehmerfinanzierte bAV 27.1. Die Direktversicherung durch Gehaltsumwandlung 27.1.1. Sozialversicherungspflicht des Beitrages 27.1.2. Sozialversicherungsfreiheit 27.1.3. Versicherer bestimmt der Arbeitgeber 27.1.4. Steuerliche Behandlung |
|---|---|



- 27.2. Arbeitslohnrückzahlung
- 27.3. Pauschalbesteuerung
 - 27.3.1. Erstattungsanspruch der Pauschalsteuer
- 27.4. Sozialversicherungsfreiheit der Beiträge
- 27.5. Pauschalsteuerbeiträge ab 2008
- 27.6. Fazit Direktversicherung:
- 28. Rückgedeckte Unterstützungskasse (UK)
- 29. Pauschaldotierte U-Kasse
- 30. Pensionszusage (PZ)
- 31. Pensionskasse (PK)
 - 31.1. Portabilität
 - 31.2. Haftungsrisiken des Arbeitgebers
 - 31.3. Traditionelle Pensionskasse
- 32. Pensionsfonds
- 33. Fallstricke bei der arbeitnehmerfinanzierten bAV
 - 33.1. Portabilität
 - 33.2. Arbeitgeberhaftungsprobleme
 - 33.3. Übertragung des Deckungskapitals
 - 33.4. Verletzung der Arbeitgeberfürsorgepflicht
 - 33.5. Ungezümmerte Tarife
 - 33.6. Bemessung der Anwartschaft
 - 33.7. Schutzlücken in der bAV
- 34. Das Alterseinkünftegesetz
 - 34.1. Direktversicherungen, § 40b EStG a.F. Pauschalbesteuerung
 - 34.2. Steuerliche Regelung vor und nach dem 31.12.2004
 - 34.3. Vervielfältigungsregel
 - 34.4. Fazit
 - 34.5. Altzusagen Pensionskasse/Pensionsfonds
 - 34.6. Neuzusagen nach § 3 Nr. 63 EStG (Direktversicherung, Pensionskasse, Pensionsfonds)
 - 34.7. Zusätzlicher Höchstbetrag

- 34.8. Kapitalwahlrecht
- 34.9. Todesfalleistung
- 34.10. Neue Vervielfältigungsregel nach § 3 Nr. 63 Satz 4 EStG
- 34.11. Allgemeines
 - 34.11.1. Sterbegeld
 - 34.11.2. Rentenbezugsmitteilungen
- 36.1. Vergleich: arbeitnehmerfinanzierte bAV - arbeitgeberfinanzierte bAV
- 36.2. Vorteile der arbeitgeberfinanzierten bAV für Arbeitgeber und Arbeitnehmer
- 36.3. Vorteile der arbeitgeberfinanzierten bAV für Arbeitnehmer
- 36.4. Vorteil Arbeitgeber
- 37. Fazit
 - 37.1. für den Arbeitgeber
 - 37.2. für den Arbeitnehmer
- 38. Überversorgung
 - 38.1. Überversorgung ohne schädliche Bilanzwirkung
 - 38.2. Überversorgung mit schädlicher Bilanzwirkung
 - 38.3. Überversorgung bei GGF und mitarbeitenden Ehegatten
- 39. Vereinfachungsregel
- 40. Die 75%-Grenze
 - 40.1. Aktivbezüge
 - 40.2. Versorgungsleistungen
- 41. Beitragszusagen mit Mindestleistung
 - 41.1. Kapitaleistung
 - 41.2. Gehaltsabhängige Leistung
- 42. Änderung der Bezüge
 - 42.1. Vorwegnahme künftiger Einkommen
- 43. Geltungsbereich
 - 43.1. Fazit
- 44. Sonderformen der bAV: Die Gesellschafter-Geschäftsführer Versorgung
 - 44.1. Problemstellung bei der GGF-Versorgung



- | | |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"> 44.2. Allgemeine Anmerkungen zu Versorgungszusagen an den GGF Verdienbarkeit, Erdienbarkeit 44.3. Probezeit 44.3.1. Dauer der Probezeit 45. Angemessenheit der Versorgungsbezüge 46. Finanzierbarkeit 47. Ernsthaftigkeit 48. Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung 48.1. Gestaltungs- und Finanzierungsmöglichkeiten 48.2. Beispiel GGF-Versorgung 49. Schaubild Optimierung von Pensionszusagen 50. Erläuterung des Schaubilds: 51. Insolvenzschutz bei der GGF-Versorgung 52. Zusammenfassung GGF-Versorgung 53. Lebensarbeitszeitkonten (LAZK) Grundlagen und Fakten 53.1. Definition LAZK 53.2. Einleitung LAZK 53.3. Steuerliche und sozialversicherungsrechtliche Behandlung des LAZK 53.4. Steuerliche Behandlung von LAZK 53.5. Sozialversicherungsrechtliche Behandlung von LAZK 54. Dotierung von LAZK - Aufbau von Wertguthaben 55. Grundsätze der LAZK 56. Anlagekonzept Lebensarbeitszeitkonten Einrichtung des "LAZK" 56.1. Vorteile für den Arbeitnehmer 56.2. Vorteile für den Arbeitgeber 57. Sicherung des LAZK gegen Insolvenz 57.1. Verpfändungsmodell 58. Lebensarbeitszeitkonto mit nachgelagerter bAV 59. Wann tritt ein Störfall ein? 59.1. Beispiele für Störfälle | <ul style="list-style-type: none"> 59.2. Abwicklung von Störfällen (Steuerrecht) 60. Sozialversicherungsrecht 61. Bilanzauswirkungen 62. Beispiel für Bilanzauswirkungen 62.1. Vorteile: 62.2. Insolvenzschutz durch Verpfändung an Arbeitnehmer 62.3. Zusammenfassung LAZK 63. Befreiung von der Sozialversicherungspflicht und Überführung der Rückflüsse in die bAV 63.1. Praxis der Sozialversicherungspflicht 63.2. Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung 63.3. Keine Leistung trotz Beitragszahlung 63.4. Die "KO-Kriterien" in der Sozialversicherung 63.5. Berechnungsbeispiel einer SV-Befreiung 63.6. Anzahl der Personen, die zu Unrecht Sozialversicherungsbeiträge zahlen 63.7. Erstattung zu Unrecht entrichteter Beiträge 63.8. Verjährung zu Unrecht entrichteter Beiträge 63.9. Die Zielgruppen 63.10. Das Beratungsangebot 63.11. Befreiung von der Sozialversicherungspflicht 64. Beispiel: Befreiung aus der Sozialversicherungspflicht und Überführung in bAV 65. Fazit 66. Institutionelle Kapitalanlagen 66.1. Bedeutung des § 8 b Abs.2 KStG für die Finanzierung von Pensionszusagen und Kapitalanlagen der Trägerunternehmen 66.1.1. Steuerfreiheit der Veräußerungsgewinne 66.1.2. Investmentfondsanteile 66.1.3. Kombiniertes Finanzierungsmodell 66.1.4. Risikoversicherungen 66.1.5. Kapitalanlagen für die Altersversorgung 66.1.6. Innenfinanzierung |
|--|---|



- 66.1.7. Rückdeckungsversicherung
- 66.1.8. Aktivierungspflicht
- 66.1.9. Kapitalanlagemöglichkeiten
- 67. Kapitalanlageklassen
- 67.1. Anlageklasse 1: Rentenfonds
- 67.2. Anlageklasse 2: Aktienfonds
- 67.3. Absicherung von Aktienfonds
- 68. Fortsetzung institutionelle Kapitalanlagen
- 68.1. Anlageklasse 3: Alternative Kapitalanlage
- 68.1.1. Zweitmarkt für US-Lebensversicherung
- 68.1.2. Innovation und Outperformance
- 68.1.3. Unabhängig vom Zins- und Aktienmarkt
- 68.1.4. Sicherheitsaspekt
- 68.1.5. Geringes Risiko durch Leistungsgarantie
- 68.1.6. Hohe Rendite und zügige Ausschüttungen
- 69. Focus Fonds von Hedge Funds
- 69.1. Die besondere Kombination von Rendite und Sicherheit
- 69.2. 100% Kapitalschutz
- 69.3. 2,25% garantierte Mindestrendite
- 69.4. Renditevorteil von alternativen Anlagen
- 69.5. Risiko- / Rendite-Profil
- 69.6. Nachhaltige Erträge mit attraktivem Renditeprofil
- 69.7. Aktiv verwalteter "Fund of Hedge Funds"
- 69.8. Dynamischer Hebel
- 69.9. Verfügbarkeit und Transparenz
- 69.10. Ertragsvergleich
- 70. Wertentwicklung Plenum Focus, Aktien, Obligationen
- 71. Unternehmensvermögen - Privatvermögen
- 71.1. Hebelwirkung - Zinsdifferenzgeschäft
- 71.2. Zinsdifferenz
- 71.3. Unternehmensvermögen
- 71.4. Privatvermögen

- 71.5. Erweitertes Privatvermögen durch Arbitrage
- 72. Vorteile der vorgestellten alternativen Kapitalanlage
- 72.1. Aufbau eines Firmenvermögens A
- 72.1.1. Kursgewinne steuerfrei
- 72.1.2. Steuerfreie Entnahmen
- 72.1.3. Basel II-Sicherheiten
- 73.1. Aufbau eines Privatvermögens - Insolvenzschutz
- 73.1.1. Insolvenzschutz
- 73.1.2. Erträge in Privatvermögen
- 73.1.3. Versicherungsschutz
- 73.1.4. Konkursprivileg laut Versicherungsvertragsgesetz
- 74. Aus Steuervorteilen finanziertes Firmen- und Privatvermögen
- 75. Insolvenzprivileg
- 76. Fazit
- 77. Anlageklasse 4: Ungezüllerte Versicherungsprodukte
- 77.1. Vorteile:
- 78. Anlageklasse 5: Immobilien- bzw. Medienfonds
- 79. Zusammenfassung Anlageklassen
- 79.1. Beispiel einer Empfehlung
- 80. Zusammenfassung und Empfehlungen zum Thema bAV
- 81. Fragestellungen zum Thema BAV



Versicherungsprodukte für Gewerbetreibende, freie Berufe und Beamte (I/2004)

- 0. **Versicherungsprodukte für freie Berufe, Gewerbetreibende und Beamte**
- 1. **Formen und Inhalte besonderer Sachversicherungen**
- 1.1. **Versicherungswerte in der Sachversicherung**
 - 1.1.1. Wert des versicherten Interesses
 - 1.1.1.1. Versicherungswert von Gebäuden
 - 1.1.1.2. Versicherungswert der Betriebseinrichtung und der Gebrauchsgegenstände von Betriebsangehörigen
 - 1.1.1.3. Versicherungswert von Waren, Rohstoffen, Naturerzeugnissen
 - 1.1.1.4. Versicherungswert von Wertpapieren
 - 1.1.1.5. Versicherungswert der Grundstücksbestandteile/ Muster, Modelle
 - 1.1.2. Kostenstruktur der Versicherungswerte
 - 1.1.2.1. Gebäude und Gebäudebestandteile
 - 1.1.2.1.1. Gebäude = unbewegliche Sachen
 - 1.1.2.1.2. Gebäudebestandteile und Zubehör
 - 1.1.2.2. Technische und kaufmännische Betriebseinrichtung
 - 1.1.2.3. Waren, mit denen der Versicherungsnehmer handelt, Rohstoffe, Naturerzeugnisse
 - 1.1.2.4. Waren, die der Versicherungsnehmer herstellt
 - 1.1.2.5. Muster, Modelle usw.
 - 1.1.3. Ermittlung der Versicherungswerte
 - 1.1.3.1. Ermittlung des Gebäudewertes
 - 1.1.3.1.1. Neuwertbasis
 - 1.1.3.1.2. Zeitwertbasis
 - 1.1.3.1.3. Basis gemeiner Wert
 - 1.1.3.2. Ermittlung des Wertes der Betriebseinrichtung
 - 1.1.3.2.1. Neuwertbasis
 - 1.1.3.2.1.1. Rückgriff auf buchhalterisch erfaßte Werte
 - 1.1.3.2.1.2. Korrektur der Buchhaltungswerte
 - 1.1.3.2.1.3. Fortschreibung der Anschaffungswerte über Indizes
 - 1.1.3.2.2. Zeitwertbasis
 - 1.1.3.2.3. Basis gemeiner Wert
 - 1.1.3.3. Ermittlung des Wertes der Waren, Rohstoffe, Naturerzeugnisse
 - 1.1.3.4. Ermittlung des Versicherungswertes der Geschäftsunterlagen und sonstigen Datenträger
 - 1.1.3.5. Ermittlung des Versicherungswertes der Muster, Modelle usw.
- 1.2. **Versicherungsformen in der Sachversicherung**



- 1.2.1. Das Prinzip der Vollwertversicherung
- 1.2.2. Versicherung auf Erstes Risiko
- 1.2.3. Fortschreibung der Versicherungssumme für Vorräte in der Stichtagsversicherung
 - 1.2.3.1. Beitragsberechnung
 - 1.2.3.2. Entschädigungsberechnung und Unterversicherung
- 1.2.4. Bruchteilversicherung
 - 1.2.4.1. Entschädigungsberechnung und Unterversicherung
- 1.2.5. Summarische Versicherung
- 1.2.6. Preissteigerungen nach Eintritt des Versicherungsfalles
- 1.3. **Wertzuschlagsversicherung in der gewerblichen Versicherung für Gebäude und Betriebseinrichtung**
 - 1.3.1. Grundlage und Grundzüge der Wertzuschlagsversicherung
 - 1.3.1.1. Wertzuschlagsklausel 1707
 - 1.3.1.2. Wertzuschlagsklausel 1708
 - 1.3.1.3. Vorsorgeklausel 1709
 - 1.3.2. Wahl des Basisjahres
 - 1.3.3. Auswahl der Preisindizes zur Ermittlung von Grundsumme und Wertzuschlag
 - 1.3.3.1. Ermittlung der Grundsumme
 - 1.3.3.2. Ermittlung des betriebsindividuellen Wertzuschlags
 - 1.3.4. Jährliche Anpassung des Vertrages an Preis- und Bestandsänderungen
- 1.4. **Feuerversicherung**
 - 1.4.1. Versicherte Sachen und Versicherungsort
 - 1.4.2. Versicherte Gefahren
 - 1.4.2.1. Brand
 - 1.4.2.2. Blitzschlag
 - 1.4.2.3. Die Explosion
 - 1.4.2.4. Anprall oder Absturz
 - 1.4.2.5. Löschen, Niederreißen, Ausräumen
 - 1.4.3. Umfang der Entschädigung
 - 1.4.3.1. Zerstörung oder Beschädigung der versicherten Sachen
 - 1.4.3.2. Abhandenkommen der versicherten Sachen
 - 1.4.3.3. Folgeschäden eines versicherten Ereignisses
 - 1.4.3.4. Vermögensfolgeschäden
 - 1.4.4. Versicherte Kosten
 - 1.4.5. Ausschlüsse
- 1.5. **Extended-Coverage-Versicherung**

- 1.5.1. Versicherte Gefahren und Schäden
- 1.5.2. Versicherte Sachen
- 1.5.3. Nicht versicherte Sachen
- 1.5.4. Versicherte Kosten
- 1.5.5. Sicherheitsvorschriften
- 1.5.6. Entschädigungsgrenzen
- 1.6. **Leitungswasserversicherung**
 - 1.6.1. Versicherte Gefahren und häufigste Schadensursachen
 - 1.6.1.1. Durchnässungsschäden durch Leitungswasser
 - 1.6.1.2. Bruchschäden an wasserführenden Anlagen
 - 1.6.1.3. Frostschäden an Einrichtungen
 - 1.6.1.4. Zusatzvereinbarungen für Schäden durch Rohrbruch und Frostschäden
 - 1.6.2. Ausschlüsse
 - 1.6.3. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers
- 1.7. **Sturm- und Hagelversicherung**
 - 1.7.1. Versicherte Gefahren
 - 1.7.2. Ausschlüsse
 - 1.7.3. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers
- 1.8. **Elementarversicherung (ohne Sturm und Hagel)**
 - 1.8.1. Versicherte Gefahren
 - 1.8.2. Ausschlüsse
- 1.9. **Versicherung von Schäden durch Innere Unruhen, Streik oder Aussperrung, mutwillige Beschädigungen, Fahrzeuganprall, Rauch oder Überschalldruckwellen.**
 - 1.9.1. Versicherte Gefahren
 - 1.9.2. Ausschlüsse
- 1.10. **Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung**
 - 1.10.1. Versicherte Gefahren
 - 1.10.1.1. Einbruchdiebstahl
 - 1.10.1.2. Raub innerhalb eines Gebäudes oder Grundstücks
 - 1.10.1.3. Besonderheiten beim Raub auf Transportwegen
 - 1.10.1.4. Vandalismus nach einem Einbruch
 - 1.10.2. Versicherte Kosten
 - 1.10.3. Ausschlüsse
 - 1.10.4. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers
 - 1.10.4.1. Vorvertragliche Anzeigepflicht
 - 1.10.4.2. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers nach Vertragsabschluß



- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> 1.10.4.3. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers im Schadenfall 1.11. Betriebsunterbrechungsversicherung (BU-Versicherung) 1.11.1. Gegenstand der Versicherung und Ausschlüsse 1.11.2. Versicherungssummen und Bewertungszeitraum 1.11.3. Unterversicherung in der BU-Versicherung 1.11.4. Arten der BU-Versicherung 1.12. Glasversicherung 1.12.1. Versicherte Gefahren 1.12.2. Versicherte Kosten 1.12.3. Ausschlüsse 1.12.4. Versicherte und nicht versicherte Gegenstände, Versicherungsmöglichkeiten 1.12.5. Entschädigung und Unterversicherung 1.12.5.1. Entschädigung 1.12.5.2. Unterversicherung 1.12.6. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers und Folgen der Verletzung einer Obliegenheit 1.12.6.1. Obliegenheiten während es Vertragslaufes 1.12.6.2. Obliegenheiten nach einem Schadenfall 1.12.6.3. Folgen der Obliegenheitsverletzung 1.13. Elektronik-Versicherung 1.13.1. Die Vorläuferin: Schwachstromanlagenversicherung 1.13.2. Versicherte Gefahren und Schäden 1.13.3. Versicherte Gegenstände 1.13.4. Entschädigung 1.13.5. Ergänzende Versicherungen 1.14. Technische Versicherungen 1.14.1. Maschinenbruchversicherung 1.14.2. Maschinen-Betriebsunterbrechungs-Versicherung 1.14.3. Montageversicherung 1.14.4. Garantiever sicherung 1.14.5. Bauleistungs-Versicherung 1.15. Mietverlust-Versicherung 1.15.1. Versicherte Gefahren 1.15.2. Versicherungssumme 1.15.3. Haftzeit 1.16. Allgefahrenversicherung | <ul style="list-style-type: none"> 1.16.1. Bedingungs aufbau und Praxis 1.16.2. Chancen und Risiken 1.16.3. Allgefahrendeckung bei Sachversicherungen 1.16.4. Allgefahrendeckung bei Betriebsunterbrechungsversicherungen 1.16.5. Der englische Markt 1.16.6. Multi-Line Produkte 1.17. Versicherung für gewerbsmäßige Transportleistungen 1.17.1. Güterschaden- Haftpflichtversicherung 1.17.1.1. Versicherungsumfang 1.17.1.2. Ausschlüsse 1.17.2. Güterversicherung 1.17.2.1. Versicherungsumfang in der Güterversicherung 1.17.2.2. Rechtsgrundlagen und Leistungen 1.17.2.2.1. Deutsche Bedingungen 1.17.2.2.2. Englische Bedingungen 1.17.2.3. Transportversicherungsdokumente 1.17.3. DTV- Verkehrshaftungsversicherung für Frachtführer, Spedition und Lagerhalter 1.17.3.1. Haftungsversicherung des Spediteurs 1.17.3.1.1. Gegenstand der Versicherung 1.17.3.1.2. Betriebsbeschreibung 1.17.3.1.3. Vorsorgeversicherung 1.17.3.1.4. Obliegenheiten 1.17.3.1.5. Ausschlüsse 1.17.3.1.6. Umfang des Versicherungsschutzes 1.17.3.1.7. Räumlicher Geltungsbereich 1.17.3.1.8. Deckungssummen 1.17.3.2. Versicherung des Gutes 1.17.3.3. Schadenbearbeitung 1.17.3.3.1. Wann findet Ziffer 23.3 ADSp Anwendung? 1.17.4. Hakenlastversicherung 1.17.4.1. Gegenstand der Versicherung 1.17.4.2. Deckungsvarianten 1.17.4.3. Umfang des Versicherungsschutzes 1.18. Dienstreise - Kaskoversicherung 1.18.1. Haftungsumfang 1.18.2. Gegenstand der Versicherung |
|--|--|



- 1.18.3. Versicherte Fahrzeuge
- 1.18.4. Versicherungsumfang
- 1.19. **Corporate Travel Insurance**
- 2. **Das Beamtenrecht und die Beamtenversorgung in Deutschland nach dem Inkrafttreten der Reform des öffentlichen Dienstrechts und der Beamtenversorgung 2001**
- 2.1. **Das Beamtenrecht**
 - 2.1.1. Rechtliche Grundlagen und Besonderheiten des Beamtenverhältnisses
 - 2.1.2. Grundsätze, die das Beamtentum kennzeichnen
 - 2.1.3. Die Unterscheidung der Beamten nach ihrer Berufung
 - 2.1.4. Unterscheidung der Beamten nach ihrem Dienstherren und dem Rechtskreis
 - 2.1.5. Gründe für die Beendigung eines Beamtenverhältnisses
 - 2.1.6. Laufbahngruppen und Besoldung
 - 2.1.6.2. Die Besoldung
 - 2.1.6.2.1. Die Besoldungsordnung
 - 2.1.6.2.2. Die Besoldungsgruppen
 - 2.1.6.2.3. Das Besoldungsdienstalter (BDA)
 - 2.1.6.2.4. Weitere Zulagen
- 2.2. **Die Beamtenversorgung**
 - 2.2.1. Das Versorgungssystem
 - 2.2.1.1. Arten der Versorgung
 - 2.2.1.2. Versorgungsansprüche
 - 2.2.1.2.1. Entstehung
 - 2.2.1.2.2. ... des Beamten auf Widerruf
 - 2.2.1.2.3. ... des Beamten auf Probe
 - 2.2.1.2.4. ... des Beamten auf Lebenszeit
 - 2.2.2. Das Ruhegehalt
 - 2.2.2.1. Höhe der Versorgung
 - 2.2.2.1.1. Ruhegehaltsfähige Zeiten
 - 2.2.2.1.2. Ruhegehaltsfähige Dienstbezüge
 - 2.2.3. Nachversicherung von entlassenen Beamten
 - 2.2.4. Die Hinterbliebenenversorgung
- 2.3. **Die kapitalgedeckte Altersvorsorge der Beamten nach dem Altersvermögensergänzungsgesetz (AVmEG)**
 - 2.3.1. Förderberechtigte bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge
 - 2.3.2. Die staatliche Förderung
 - 2.3.3. Der Eigenanteil an der Anlage

- 2.3.4. Voraussetzungen für die Förderung
- 2.3.5. Förderung von Wohneigentum
- 2.3.6. Rückzahlungsansprüche durch den Staat hinsichtlich der Förderung
- 2.3.7. Formen der privaten Vorsorge, die für Beamte gefördert werden
- 2.4. **Berührungspunkte der Beamtenversorgung und der gesetzlichen Rentenversicherung**
 - 2.4.1. Berührungspunkte: Einzelheiten
 - 2.4.2. Anrechnung von Renten auf die Versorgungsbezüge des Beamten
- 2.5. **Die Unfallfürsorge**
 - 2.5.1. Leistungen der Unfallfürsorge
 - 2.5.2. Der Dienstatfall
- 2.6. **Die Beihilfe**
 - 2.6.1. Einführung
 - 2.6.2. Rechtliche Grundlagen
 - 2.6.3. Begünstigter Personenkreis
 - 2.6.3.1. Beihilfeberechtigte Personen
 - 2.6.3.2. Berücksichtigungsfähige Personen
 - 2.6.4. Beihilfefähige Aufwendungen
 - 2.6.5. Nicht beihilfefähige Aufwendungen
 - 2.6.6. Beihilfeleistungen
 - 2.6.6.1. Beihilfeleistungen bei Krankheit
 - 2.6.6.2. Sanatoriumsaufenthalt und Heilkuren
 - 2.6.6.3. Vorsorgeaufwendungen
 - 2.6.6.4. Geburt
 - 2.6.6.5. Todesfall
 - 2.6.6.6. Beihilfe und Krankheitsschutz im Ausland
 - 2.6.7. Beihilfebemessung
 - 2.6.8. Kostendämpfungspauschalen
 - 2.6.9. Erstattung
 - 2.6.9.1. Der Beihilfeantrag
 - 2.6.9.2. Leistungsausschlüsse in der Beihilfe
- 3. **Die Kranken- und Pflegeversicherung für Beamte, Selbständige und Freiberufler**
 - 3.1. **Pflicht- und freiwillige Mitgliedschaft in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung**
 - 3.1.1. Pflichtversicherte Selbständige und Freiberufler in der GKV
 - 3.1.2. Freiwillige Mitgliedschaft in der GKV



- 3.1.3. Berechnung und Nachweis der Beiträge für Pflichtversicherte bzw. freiwillig versicherte Selbständige und Freiberufler
- 3.2. **Die Private Kranken- und Pflegeversicherung**
- 3.2.1. Die Private Krankenversicherung für Beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Personen
 - 3.2.1.1. Bedarfssachverhalte für eine Krankheitskostenvollversicherung für Beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Personen
 - 3.2.1.2. Prozenttarife für Beihilfeberechtigte und berücksichtigungsfähige Angehörige
 - 3.2.1.3. Wahlleistungsbedarfssachverhalte für Beamte und Heilfürsorgeberechtigte
 - 3.2.1.4. Wahlleistungsangebote und Ergänzungen für Beihilfeempfänger und berücksichtigungsfähige Angehörige
- 3.2.2. Die private Pflegeversicherung für Beihilfeberechtigte
- 3.2.3. Die Private Kranken- und Pflegevollversicherung für Selbständige und Freiberufler
 - 3.2.3.1. Das Krankentagegeld der Privaten Krankenversicherung und die Ermittlung des Tagegeldbedarfs für Selbständige und Freiberufler
- 3.3. **Wechsel zwischen GKV und PKV**
- 3.3.1. Wechsel von der GKV zur PKV
- 3.3.2. Wechsel von der PKV zur GKV
- 3.4. **Arbeitgeberbeiträge**
- 3.4.1. Gesetzliche Zahlungspflicht
- 3.4.2. Versicherungspflichtige Arbeitnehmer
- 3.4.3. Freiwillig versicherte Arbeitnehmer
- 3.4.4. Private Krankenversicherung
- 3.4.5. Ehegatten-Arbeitsverhältnisse
- 3.5.6. Gesellschafter-Geschäftsführer
- 4. **Die Gesetzliche Rentenversicherung für Selbständige und Freiberufler**
- 4.1. **Pflichtversicherung für Selbständige und Freiberufler**
- 4.1.1. Pflichtversicherte Selbständige und Freiberufler
- 4.1.2. Clearingstelle
- 4.1.3. Zuständigkeit von Behörden für die Feststellung/Durchführung der Versicherungspflicht.
 - 4.1.3.1. Meldepflicht von pflichtversicherten Selbständigen
- 4.2. **Künstlersozialversicherung**
- 4.2.1. Pflichtversicherte Künstler
- 4.2.2. Voraussetzungen für die Pflichtversicherung, Meldepflicht und Antragstellung
- 4.3. **Handwerkerversicherung**

- 4.3.1. Pflichtversicherte selbständige Handwerker
 - 4.3.1.1. Versicherungsfreiheit
 - 4.3.1.2. Von der Versicherungspflicht nicht betroffene selbständige Handwerker
- 4.3.2. Beginn und Ende der Versicherungspflicht
- 4.3.3. Meldepflicht und Antragstellung
- 4.4. **Seelotsen, Küstenschiffer und Küstenfischer**
- 4.4.1. Pflichtversicherte Selbständige
- 4.4.2. Meldepflicht und Antragstellung
- 4.5. **Versicherungspflicht auf Antrag**
- 4.5.1. Voraussetzungen für die Antragstellung
- 4.5.2. Zuständigkeit für die Feststellung / Durchführung der Versicherungspflicht.
- 4.5.3. Antragstellung zur Versicherungspflicht
- 4.6. **Beitragshöhe und Beitragsentrichtung**
- 4.6.1. Regelbeiträge
- 4.6.2. Einkommensgerechte Beiträge
- 4.6.3. Die Beitragsentrichtung
 - 4.6.3.1. Besonderheiten bei der Beitragsentrichtung
- 4.7. **Freiwillige Versicherung**
- 5. **Die Landwirtschaftliche Sozialversicherung**
- 5.1. **Organisationsstrukturen in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung**
- 5.1.1. Träger der landwirtschaftlichen Sozialversicherung
- 5.1.2. Spitzenverbände
- 5.1.3. Bauernverbände
- 5.1.4. Versicherungsbehörden
- 5.2. **Gesetzliche Versicherung für Landwirte**
- 5.2.1. Mitgliedschaft
- 5.2.2. Versicherungsfreiheit
- 5.2.3. Befreiung von der Versicherung
- 5.2.4. Beiträge
 - 5.2.4.1. Fälligkeit der Beiträge
 - 5.2.4.2. Grundbeitrag
 - 5.2.4.3. Flächen- und Flächenwertbeitrag
 - 5.2.4.4. Beiträge nach Arbeitsaufwand
 - 5.2.4.5. Feste Beiträge
 - 5.2.4.6. Beitragsfreiheit



- | | |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"> 5.3. Leistungen der Landwirtschaftlichen Sozialversicherung 6. Sonderformen von Lebensversicherungen 6.1. Die Keyman-Versicherung <ul style="list-style-type: none"> 6.1.1. Der Bedarf für eine Keyman-Versicherung 6.1.2. Festlegung der Versicherungssumme 6.1.3. Steuerliche Betrachtung der Keyman-Versicherung 6.1.4. Die Gestaltung des Versicherungsvertrages 6.2. Die Teilhaberversicherung <ul style="list-style-type: none"> 6.2.1. Bedarfssachverhalte der und Bedarfsdeckung durch die Teilhaberversicherung 6.2.2. Steuerliche Betrachtung der Teilhaber-Versicherung 6.2.3. Formen der Teilhaberversicherung 6.3. Erbschaft- und Erbschaftsteuerversicherung <ul style="list-style-type: none"> 6.3.1. Echte Erbschaft- und Erbschaftsteuerversicherung 6.3.2. Unechte Erbschaft- und Erbschaftsteuerversicherung 7. Sonderformen von Unfallversicherungen für Betriebe und Einrichtungen <ul style="list-style-type: none"> 7.1. Dienstreise- Unfallversicherung 7.2. Raubüberfall-Unfallversicherung für Geldinstitute 7.3. Betriebssport-Unfallversicherung 7.4. Luftfahrt- Unfallversicherung 8. Gruppen- und Sammelversicherungen <ul style="list-style-type: none"> 8.1. Firmengruppenversicherung 8.2. Verbandsgruppenversicherung 8.3. Vereinsgruppenversicherung 8.4. Sparten in der Gruppenversicherung <ul style="list-style-type: none"> 8.4.1. Gruppen-Krankenversicherung 8.4.2. Gruppen-Lebensversicherung 8.4.3. Gruppen-Unfallversicherung 9. Formen und Inhalte der Vermögensversicherung <ul style="list-style-type: none"> 9.1. Haftungpflicht <ul style="list-style-type: none"> 9.1.1. Gesetzliche Grundlagen der Haftungpflicht 9.1.2. Haftungsvoraussetzungen, Haftungsarten, Gegenstand und Aufgaben der Haftungpflichtversicherung <ul style="list-style-type: none"> 9.1.2.1. Haftungsvoraussetzungen 9.1.2.2. Haftungsarten | <ul style="list-style-type: none"> 9.1.2.3. Gegenstand und Aufgaben der Haftpflichtversicherung 9.1.3. Betriebshaftpflichtversicherung <ul style="list-style-type: none"> 9.1.3.1. Gegenstand der Haftpflichtversicherung und ihre rechtlichen Grundlagen <ul style="list-style-type: none"> 9.1.3.1.1. Haftung für den Verrichtungsgehilfen (§ 831 BGB) 9.1.3.1.2. Haftung für den Erfüllungsgehilfen (§ 278 BGB) 9.1.3.2. Haftpflichtgefahren und versicherbare Risiken im Betrieb 9.1.3.3. Ausschlüsse 9.1.3.4. Besondere Formen in der Betriebshaftpflicht <ul style="list-style-type: none"> 9.1.3.4.1. Betriebshaftpflichtversicherung für Betriebe der Land- und Forstwirtschaft 9.1.3.4.2. Betriebshaftpflicht für Schulen, Internate, Kindergärten 8.1.3.4.3. Probanden- Versicherung 9.1.3.4.4. Kraftfahrzeug-Handel- und -Handwerk-Versicherungen <ul style="list-style-type: none"> 9.1.3.4.4.1. Haftpflicht- und Fahrzeugversicherung für Kfz-Handel und -Handwerk 9.1.3.4.4.2. Betriebshaftpflichtversicherung <ul style="list-style-type: none"> 9.1.3.4.4.3. Zusatz-Haftpflichtversicherung für Kraftfahrzeug-Handel und -Handwerk <ul style="list-style-type: none"> 9.1.3.4.4.4. Umwelt-HPV in der Kfz-Handels- und Handwerksversicherung 9.1.3.4.5. Allgemeine Rückrufkostenhaftpflichtversicherung <ul style="list-style-type: none"> 9.1.3.4.5.1. Verhältnis zu anderen Haftpflichtversicherungen 9.1.3.4.5.2. Gegenstand des Versicherungsschutzes <ul style="list-style-type: none"> 9.1.3.4.5.3. Haftpflichtrechtlicher Hintergrund 9.1.3.4.5.4. Versicherungsfall <ul style="list-style-type: none"> 9.1.3.4.5.5. Versichertes Risiko 9.1.3.4.5.6. Ersatzfähige Kosten 9.1.4. Produkthaftpflichtversicherung <ul style="list-style-type: none"> 9.1.4.1. Konsequenzen aus dem Produkthaftungsgesetz 9.1.4.2. Gegenstand der Produkthaftpflichtversicherung 9.1.4.3. Mitversicherte Personen 9.1.4.4. Zusicherungshaftung 9.1.4.5. Besonderheiten 9.1.5. Produktschutzversicherung <ul style="list-style-type: none"> 9.1.5.1. Gegenstand der Versicherung 9.1.5.2. Versicherungsfall 9.1.5.3. Abgrenzungen zur Rückrufkosten- HPV 9.1.5.4. Umfang 9.1.5.5. Versicherte Erzeugnisse 9.1.6. Haftpflichtversicherung für Hard- und Software-Unternehmen <ul style="list-style-type: none"> 9.1.6.1. Gegenstand und Schadenarten der Versicherung |
|--|--|



- 9.1.6.2. Sonderproblem Datenlöschung
- 9.1.6.3. Abgrenzung zur Betriebs- und Produkt- HPV
- 9.1.7. Umwelt-Haftpflichtversicherung
- 9.1.7.1. Umwelthaftungsgesetz (UHG)
- 9.1.7.2. Umwelt-Haftpflichtversicherung
- 9.1.7.3. Gegenstand der Umwelthaftpflichtbasisversicherung
- 9.1.7.4. Risikobegrenzungen in der Umwelthaftpflichtbasisversicherung
- 9.1.7.5. Der Versicherungsfall in der Umwelthaftpflichtbasisversicherung
- 9.1.7.6. Nicht versicherte Tatbestände
- 9.1.8. Bodenkaskoversicherung
- 9.1.8.1. Gegenstand der Versicherung
- 9.1.8.2. Der Versicherungsfall
- 9.1.8.3. Versicherte Kosten
- 9.1.8.4. Abgrenzungen zur Umwelthaftpflichtversicherung und zu anderen Sachversicherungen
- 9.1.9. Feuerhaftungsversicherung
- 9.1.9.1. Haftungsrechtlicher Hintergrund
- 9.1.9.1.2. Regreßverzichtsabkommen
- 9.1.9.1.3. Haftungsverzicht
- 9.1.9.2. Rechtsgrundlagen
- 9.1.9.3. Gegenstand und Umfang der Feuerhaftungsversicherung
- 9.1.9.4. Versicherte Personen in der Feuerhaftungsversicherung
- 9.1.9.5. Versicherte Schäden und Höhe der Versicherungssumme
- 9.1.10. D&O-Versicherung
- 9.1.10.1. Gegenstand der D&O-Versicherung
- 9.1.10.2. Versicherbare Personen
- 9.1.10.3. Haftung im Innenverhältnis
- 9.1.10.4. Haftung im Außenverhältnis
- 9.1.10.5. Versicherungssumme und -beitrag
- 9.1.10.6. Zeitliche Begrenzung
- 9.1.10.7. Deckungsausschlüsse
- 9.1.11. Patent-Haftpflichtversicherung
- 9.1.11.1. Deckungsumfang der Patent-Haftpflichtversicherung
- 9.1.12. Berufshaftpflichtversicherung für Freiberufler
- 9.1.12.1. Architekten- und Ingenieurhaftpflichtversicherung
- 9.1.12.2. Berufshaftpflicht von Ärzten, Zahnärzten und Tierärzten
- 9.1.12.3. Haftpflichtversicherung für Lehrer und Erzieher

- 9.1.13. Veranstalter-Haftpflichtversicherung
- 9.1.14. Vereinshaftpflicht
- 9.1.15. Amtshaftpflicht
- 9.1.15.1. Besonderheiten bei der Amtshaftpflicht für Bundeswehr, Polizei-, Zoll- und Grenzschutzbeamte
- 9.2. **Vermögensschaden- Haftpflichtversicherung**
- 9.2.1. Rechtsgrundlagen
- 9.2.2. Versicherbare Personen und Deckungssachverhalte
- 9.2.3. Gegenstand der Versicherung
- 9.2.4. Versicherungsfall
- 9.2.4.1. Verstoßtheorie
- 9.2.4.2. Nachhaftung
- 9.2.5. Pflichtversicherung, Mindestversicherungssummen
- 9.2.7. Vorwärts- und Rückwärtsversicherung
- 9.2.8. Schadenfreiheitsrabatt
- 9.2.9. Selbstbeteiligung und Höchstleistung des VR
- 9.2.10. Ausschlüsse
- 9.2.11. Sozietätsklausel
- 9.2.12. Höherversicherung
- 9.2.13. Obliegenheiten nach dem Vertragsabschluß
- 9.2.14. Vermögensschadenshaftpflichtversicherung für Beamte und Angestellte des öffentlichen Dienstes
- 9.2.14.1. Gegenstand des Versicherungsschutzes
- 9.2.14.2. Bedarfssachverhalte und Haftungsgrundsätze
- 9.2.14.3. Leistungsumfang
- 9.2.15. Vermögensschadenshaftpflichtversicherung für Versicherungsvermittler
- 9.2.15.1. Schadenersatzansprüche: Eine Existenzfrage für den Vermittler
- 9.2.15.3. Unbegrenzte Haftung des Vermittlers
- 9.2.15.4. Deckungssummen
- 9.2.15.5. Bausteinprinzip
- 9.2.15.6. Ausschlüsse
- 9.2.15.7. Regreßmöglichkeit des Versicherers
- 9.2.16. Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Angestellte privatwirtschaftlicher Unternehmen
- 9.3. **Die Rechtsschutzversicherung für Freiberufler und Selbständige sowie der Rechtsschutz für Firmen und Vereine**
- 9.3.1. Gegenstand der Rechtsschutzversicherung



- 9.3.2. Versicherte Kosten und Gebühren
- 9.3.3. Örtlicher Geltungsbereich
- 9.3.4. Ausschlüsse
- 9.3.5. Verhalten nach Eintritt des Versicherungsfalles (Obliegenheiten)
- 9.3.6. Der Versicherungsschutz in der Berufsrechtsschutzversicherung für Selbständige,
 - Rechtsschutz für Firmen und Vereine
- 9.3.6.1. Leistungsbausteine
- 9.3.7. Der Privat-, Berufs- und Verkehrs-Rechtsschutz für Selbständige
- 9.3.8. Die Firmen-Rechtsschutzversicherung
 - 9.3.8.1. Versicherte Personen
 - 9.3.8.2. Leistungsarten
- 9.3.9. Spezieller Strafrechtsschutz in der Firmen- RSV
- 9.3.10. Fahrer- RSV für Unternehmen (§ 23 ARB)
- 9.3.11. Vermögensschaden-Rechtsschutz und Anstellungsvertrags-Rechtsschutz für Unternehmensleiter
 - 9.3.11.1. Vermögensschaden-RSV
 - 9.3.11.2. Anstellungsvertrags-RSV
- 10. Land- und forstwirtschaftliche Versicherungen**
 - 10.1. Landwirtschafts- und Verkehrsrechtsschutzversicherung**
 - 10.1.1. Gegenstand und Leistungsarten der Versicherung
 - 10.1.2. Versicherter Personenkreis
 - 10.2. Landwirtschaftliche Sachversicherungen**
 - 10.2.1. Tierversicherungen
 - 10.2.2. Tierlebensversicherung
 - 10.2.2.1. Langfristige Tierlebensversicherung
 - 10.2.2.2. Kurzfristige Tierlebensversicherung
 - 10.2.3. Schlachttierversicherung
 - 10.2.4. Landwirtschaftliche Feuerversicherung
 - 10.2.4.1. Vertragsgrundlagen
 - 10.2.4.2. Landwirtschaftliche Gebäude und Ernteerzeugnisse als Gegenstand der Versicherung
 - 10.2.4.3. Landwirtschaftliche Feuer-Inhaltsversicherung
 - 10.2.4.4. Versicherungsort
 - 10.2.4.5. Versicherte Gefahren
 - 10.2.5. Waldbrandversicherung
 - 10.2.5.1. Versicherte Gefahren und Ausschlüsse in der Waldbrandversicherung

- 10.2.5.2. Versicherungswert
- 10.2.5.3. Versicherte Kosten
- 11. Kreditversicherung**
 - 11.1. Delkredereversicherung**
 - 11.1.1. Warenkreditversicherung
 - 11.1.1.1. Aufgabe der Warenkreditversicherung
 - 11.1.1.2. Leistungsumfang des Versicherers und Selbstbeteiligung
 - 11.1.1.3. Verpflichtungen des Versicherungsnehmers
 - 11.1.1.4. Versicherter Gegenstand
 - 11.1.1.5. Ausschlüsse
 - 11.1.1.6. Prämie
 - 11.1.2. Ausfuhrkreditversicherung
 - 11.1.2.1. Unselbständige Ausfuhrkreditversicherung
 - 11.1.2.2. Selbständige Ausfuhrkreditversicherung
 - 11.1.2.3. Ausfuhrkreditversicherung des Bundes
 - 11.1.3. Investitionsgüterkreditversicherung
 - 11.1.3.1. Rechtsgrundlagen
 - 11.1.3.2. Die wesentlichen Vertragsinhalte der Investitionsgüterkreditdeckung
 - 11.1.3.3. Die Auswahl der Absicherung
 - 11.1.4. Kreditversicherungsmischformen
 - 11.1.5. XL Police
 - 11.1.6. Politische Risiken
 - 11.1.7. Die Kreditversicherung im e-commerce
 - 11.1.9. Kapitalanlagen (Investitionen) im Ausland: Versicherungsmöglichkeiten
 - 12. Vertrauensschadenversicherung**
 - 12.1. Vertrauenspersonen**
 - 12.2. Versicherungsnehmereigenschaft**
 - 12.3. Versicherungsumfang**
 - 12.4. Deckungserweiterung**
 - 12.5. Entschädigung**
 - 12.6. Ausschlüsse**
 - 12.7. Sonderformen**
 - 12.7.1. Personenkautionsversicherung
 - 12.7.2. Computer-Mißbrauch-Versicherung
 - 12.7.2.1. Versicherte Risiken und Personen



- 12.7.2.2. Nichtversicherbare Risiken und Ausschlüsse
- 12.7.2.3. Versicherungssummen
- 12.7.2.4. Leistungsumfang
- 12.7.2.5. Obliegenheiten des Versicherungsnehmers
- 12.7.2.6. Beitrag
- 12.8. Risikosituation und Risikofaktoren
- 12.9. Risikominimierung und Risikotransfer
- 12.10. Angebot und Zeichnung
- 12.11. Eigenschadenversicherung
 - 12.11.1. Die HO-Versicherung
 - 12.11.2. Die Personalgarantiever sicherung
- 12.12. Notardeckung
 - 12.12.1. Vertrauensschadenversicherung für Notarkammern
 - 12.12.2. Vertrauensschadenversicherung für Hypothekenbanken
- 13. Kautionsversicherung
 - 13.1. Kautionsversicherungsarten
- 14. Ausfallversicherungen
 - 14.1. Veranstaltungs- Ausfallversicherung
 - 14.2. Theater- Ausfallversicherung
 - 14.3. Sportveranstaltungs- Ausfallversicherung
- 15. Messe- und Ausstellungsversicherung
 - 15.1. Aufgaben der Messe- und Ausstellungsversicherung
 - 15.2. Versicherungsumfang
 - 15.3. Ausschlüsse
 - 15.4. Beitrag
- 16. Valoren- und Wertsachenversicherung
 - 16.1. Gegenstand der Versicherung
 - 16.2. Versichertes Risiko

Investment (II/2004)

- 1. Anlagen in Investmentzertifikate
 - 1.1. Wesensmerkmale einer Wertpapieranlage in Investmentzertifikate
 - 1.2. Ursprung und Entstehung von Investmentfonds
 - 1.3. Entwicklung des Marktes für Investmentfonds
 - 1.4. Zukunftsaussichten
- 2. Die moderne Portfoliotheorie
 - 2.1. Die Geschichte der modernen Portfoliotheorie
 - 2.2. Die Eckpfeiler der modernen Portfoliotheorie
 - 2.3. Effizienz der Märkte
 - 2.4. Asset-Klassen
 - 2.5. Diversifikation
 - 2.6. Korrelation zwischen Assets
 - 2.7. Einflußfaktoren auf das Anlagerisiko
 - 2.8. Rendite contra Risiko
 - 2.9. Kennzahlen als Risikomaßstab
 - 2.9.1. Die Standardabweichung
 - 2.9.2. Das Sharpe-ratio
- 3. Anbieter von Investmentfonds und deren rechtliche Rahmenbedingungen
 - 3.1. Deutsche Kapitalanlagegesellschaften
 - 3.1.1. Grundsätze des Investmentgesetzes für deutsche Kapitalanlagegesellschaften
 - 3.1.2. Trennung von Gesellschaftsvermögen und Sondervermögen
 - 3.1.3. Anlagewerte und Anlagegrenzen
 - 3.1.4. Kontrollfunktionen der Depotbank
 - 3.1.5. Mindestinhalt der Vertragsbedingungen
 - 3.1.6. Verkaufsunterlagen / Verkaufsprospekte
 - 3.1.7. Ausgabe von Anteilscheinen
 - 3.1.8. Rechnungslegung, Publizität und Abschlußprüfung
 - 3.2. Investmentaktiengesellschaften
 - 3.3. Ausländische Investmentgesellschaften
 - 3.4. Deutsche Bestimmungen für ausländische Invest mentgesellschaften am deutschen Markt
- 4. Die Fonds-Arten
 - 4.1. Geschlossene und offene Investmentfonds



- | | |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> 4.1.1. Geschlossene Investmentfonds 4.1.2. Offene Investmentfonds 4.2. Ausschüttende und thesaurierende Investmentfonds 4.2.1. Die ausschüttenden Fonds 4.2.2. Die thesaurierenden Investmentfonds 4.2.3. Automatische Wiederanlage bei ausschüttenden Fonds 4.3. Publikumsfonds und Spezialfonds 4.3.1. Publikumsfonds 4.3.2. Spezialfonds 4.4. Unbefristete Fonds und Laufzeitfonds 4.5. Geographischer Anlagehorizont 4.6. Garantiefonds 4.6.1. Garantie eines bestimmten Mindestkurses 4.6.2. Garantie einer bestimmten Mindestausschüttung 4.6.3. Vollgarantie 4.7. Die Fondswährung 4.8. Unterschiedliche Kostengestaltung 4.8.1. Fonds mit Ausgabeaufschlag 4.8.2. Fonds ohne Ausgabeaufschlag 4.8.3. Trading-Fonds oder Fonds mit Ausgabeaufschlag? 5. Unterscheidung der Wertpapierfondsarten nach ihren Vermögenswerten 5.1. Aktienfonds 5.1.1. Global investierende Aktieninvestmentfonds 5.1.1.1. Balanced Funds 5.1.1.2. Income Funds 5.1.1.3. Growth Funds 5.1.2. National investierende Aktienfonds 5.2. Rentenfonds 5.2.1. Anlagerichtlinien von Rentenfonds 5.2.2. Kurzläuferfonds 5.2.3. Geldmarktnahe Fonds 5.2.4. Geldmarktfonds 5.2.5. Rentenfonds mit höherem Bonitätsrisiko 5.2.6. Spezielle Rentenfonds 5.2.6.1. Low-coupon-Rentenfonds | <ul style="list-style-type: none"> 5.2.6.2. Fonds mit variabel verzinslichen Anleihen 5.2.6.3. High-Yield-Fonds 5.2.6.4. High-Grade-Rentenfonds 5.3. Umbrella Fonds 5.4. Fondspicking-Modelle 5.5. Dachfonds 5.6. Gemischte Fonds 5.7. Spezialitätenfonds auf Aktienbasis 5.7.1. Branchenfonds 5.7.2. Themenfonds 5.7.3. Ethikfonds und Ökofonds 5.7.5. Länder- und Regionenfonds 5.7.6. Fonds für kleinere Aktiengesellschaften 5.7.7. Wachstumsfonds 5.8. Fonds für Wandel- und Optionsanleihen 5.9. Investmentfonds mit Absicherungsstrategien 5.10. Hedge-Fonds 5.10.1. Hedge-Fonds-Strategien 5.10.2. Zusammenfassende Beurteilung von Hedge Fonds 5.11. Altersvorsorge- Sondervermögen (AS-Fonds) 5.12. VL-Sparen – Vermögenswirksame Leistungen mit Aktienfonds 5.13. Riester - Rente mit Investmentfonds 5.13.1. Möglichkeiten der individuellen Altersvorsorge 5.13.2. Die staatliche Förderung der Riester-Rente 5.13.3. Die Anlageformen der Riester-Rente 5.13.4. Kriterien der Anlage-Wahl 5.13.4.1. Individuelle Gestaltungsmöglichkeit und Flexibilität 5.13.4.2. Werthaltigkeit und langfristige Rendite 5.13.4.3. Kostentransparenz 5.13.4.4. Übertragbarkeit der Ansprüche 5.13.4.5. Individuelle Verfügbarkeit und Vererbbarkeit 5.14. Indexfonds, Indexzertifikate und Indexaktien 5.14.1. Wertpapierindizes 5.14.1.1. Performanceindex und Preisindex 5.14.2. Der Grundgedanke des "Index-Investments" |
|---|--|



- 5.14.3. Indexfonds
- 5.14.4. Indexzertifikate
 - 5.14.4.1. Besondere Arten von Index-Zertifikaten
 - 5.14.4.1.1. Discountzertifikate
 - 5.14.4.1.2. Indexzertifikate in Fremdwährung
 - 5.14.4.1.3. Exotische Indexzertifikate
 - 5.14.4.2. Indexfonds versus Indexzertifikate
- 5.14.5. Indexaktien
- 6. Anlagemöglichkeiten im Bereich der Wertpapierfonds**
 - 6.1. Investment-Anlagekonto**
 - 6.2. Auszahlpläne**
 - 6.2.1. Auszahlplan bei Erhaltung des Kapitals
 - 6.2.2. Auszahlplan bei Kapitalverzehr
 - 6.3. Der Cost-Average-Effekt**
 - 6.3.1. Voraussetzungen
 - 6.3.2. Umgekehrter Cost-Average-Effekt
 - 6.4. Ausgabe- und Rücknahmepreise für Investmentzertifikate**
 - 6.5. Berechnung des Anteilspreises**
- 7. Ertragsquellen von Investmentzertifikaten und deren Besteuerung**
 - 7.1. Wertentwicklung bei Wertpapierfonds**
 - 7.1.1. Die Performance
 - 7.1.2. Ertragsquellen von Investmentzertifikaten
 - 7.1.2.1. Ertragsquelle Zinsen und Dividenden
 - 7.1.2.2. Ertragsquelle Veräußerungsgewinne
 - 7.2. Investmentfonds und Inflation**
 - 7.3. Die Besteuerung von Einkünften aus Zinsen**
 - 7.3.1. Die Zinsabschlagsteuer (ZAST)
 - 7.3.2. Ausländische Quellensteuer
 - 7.3.3. Die Besteuerung von Einkünften aus Aktienfonds
 - 7.3.3.1. Das Halbeinkünfteverfahren
 - 7.3.3.2. Die steuerliche Belastung als Auswahlkriterium
- 8. Fondsmanagement und Anlagepolitik**
 - 8.1. Aufgaben und Funktion des Fondsmanagements**
 - 8.2. Das Aktienfondsmanagement**

- 8.3. Techniken des aktiven Fondsmanagements**
- 8.4. Methoden der Aktienanalyse**
- 8.5. Methoden der Titelselektion**
- 9. Grundregeln der Anlageberatung**
 - 9.1. Anlageziele und individuelle Anlagekriterien**
 - 9.1.1. Sicherheit
 - 9.1.2. Liquidität
 - 9.1.3. Rentabilität
 - 9.1.4. Das Spannungsfeld der Anlagekriterien
 - 9.2. Beraterhaftung**
 - 9.3. Gesetzliche Mindestanforderungen des Wertpapierhandelsgesetzes**
- 10. Anlagen in Immobilienzertifikate**
 - 10.1. Grundlagen des offenen und des geschlossenen Immobilienfonds im Vergleich**
 - 10.2. Der offene Immobilienfonds im Überblick**
 - 10.2.1. Die Zusammensetzung des Vermögens
 - 10.2.2. Erträge und Ausschüttung
 - 10.2.3. Besteuerung der Erträge
 - 10.2.4. Sonstige Rechte und Pflichten
 - 10.3. Der geschlossene Immobilienfonds im einzelnen**
 - 10.3.1. Das Recht des geschlossenen Immobilienfonds im Überblick
 - 10.3.2. Zivilrechtliche Grundlagen der Gesellschaft bürgerlichen Rechts
 - 10.3.2.1. Gründung der Gesellschaft
 - 10.3.2.2. Aufnahme weiterer Gesellschafter durch Kapitalerhöhung
 - 10.3.2.3. Grundbuchtreuhand, Unterbeteiligungsgesellschaft
 - 10.3.2.4. Geschäftsführung, Vertretung
 - 10.3.2.5. Global-Grundpfandrechte, Innen- und Außenfinanzierung
 - 10.3.2.6. Beschlußfassung der Gesellschafter
 - 10.3.2.7. Sicherung der geschlossenen Finanzierung und Nachschußpflicht
 - 10.3.2.8. Sicherung der Übertragbarkeit der Anteile
 - 10.3.2.9. Ausschluß von Gesellschaftern
 - 10.3.2.10. Dauer der Gesellschaft, Abfindungsguthaben
 - 10.3.2.11. Haftung
 - 10.3.2.12. Zwischenzusammenfassung
 - 10.4. Steuerrechtliche Grundlagen der GbR**



- 10.4.1. Steuerunmittelbarkeit der Personengesellschaft
- 10.4.2. Ermittlung der steuerlichen Vorteile
- 10.4.3. Steuerrechtssubjektfähigkeit der GbR
- 10.4.4. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung
- 10.4.5. Gewerblicher Grundstückshandel
- 10.4.6. Liebhaberei
- 10.4.7. Unterbeteiligungen, Treuhandschaften
- 10.4.8. Bauherreneigenschaft und Bauherrenabschreibung
- 10.4.9. Begrenzte Verlustverrechnung
- 10.4.10. Liebhaberei und gewerblicher Grundstückshandel auf der persönlichen Ebene
- 10.4.11. Private Veräußerungsgewinne
- 10.5. **Zivilrechtliche Grundlagen der Kommanditgesellschaft**
- 10.5.1. Gründung der Gesellschaft
- 10.5.2. Aufnahme weiterer Gesellschafter durch Kapitalerhöhung
- 10.5.3. Treuhandkommanditist
- 10.5.4. Geschäftsführung, Vertretung
- 10.5.5. Finanzierung
- 10.5.6. Haftung
- 10.5.7. Steuerrechtliche Grundlagen der Kommanditgesellschaft
- 10.5.8. Zusammenfassung
- 10.5.9. Prüfungskriterien
- 11. **Erfordernisse zur steuerlichen Anerkennung geschlossener Fonds und sonstiger Beteiligungsmodelle**
- 11.1. Verlustzuweisung als Anlegermotiv
- 11.2. **Begrenzung des "vertikalen Verlustausgleiches"**
- 11.3. **Der "Fallenstellerparagraph" 2 b ESt**
- 11.4. **Anwendungsschreiben zu § 2b EStG**
- 11.4.1. Modellhaftigkeit
- 11.4.2. Verlustzuweisungsgrenze I (Nichtaufgriffsgrenze)
- 11.4.3. Regelbeispiel I
- 11.4.4. Regelbeispiel II
- 11.4.5. Verlustzuweisungsgrenze II
- 11.5. **Die Steuervorschrift im Überblick**
- 11.6. **Die Nebenkostenerlasse des Bundesministers für Finanzen**
- 11.7. **Auswirkungen auf den Markt der Beteiligungsmodelle**

- 12. **Weitere Beteiligungsformen**
- 12.1. **Die Schiffsbeteiligung**
- 12.1.1. Was sind Schiffsbeteiligungen?
- 12.1.2. Die steuerlichen Besonderheiten bei Schiffsbeteiligungen
- 12.1.2.1. Die Tonnagesteuer
- 12.1.3. Risiken der Anlage in Schiffsbeteiligungen
- 12.2. **Leasingfonds**
- 12.2.1. Immobilien-Leasingfonds
- 12.2.2. Mobilien-Leasingfonds
- 12.2.3. Container-Leasingfonds
- 12.3. **Venture-Capital-Fonds**
- 12.4. **Private-Equity-Fonds**
- 12.5. **Medienfonds**
- 12.6. **Windkraftanlagen-Fonds**



Baufinanzierung (III/2004)

1. **Baufinanzierung**
 - 1.1. **Einleitung**
 - 1.2. **Motive für den Immobilienerwerb**
 - 1.3. **Finanzierungsrahmen und -bedarf**
 - 1.3.1. Bestimmung des zur Verfügung stehenden Kapitals
 - 1.3.1.1. Belastbarkeitsprüfung
 - 1.3.1.2. Bestimmung der maximalen Fremdmittelaufnahme
 - 1.3.1.3. Aufstellung der Eigenmittel
 - 1.3.2. Die Nebenkosten
 - 1.3.2.1. Kaufnebenkosten
 - 1.3.2.2. Finanzierungsnebenkosten
 - 1.3.2.3. Steuerliche Auswirkungen
 - 1.3.2.4. Baunebenkosten
 - 1.3.3. Kalkulation der Gesamtkosten
 - 1.3.3.1. Erwerbs- und Baualternativen
 - 1.3.3.1.1. Die Selbsterstellung
 - 1.3.3.1.2. Bauträger
 - 1.3.3.1.3. Fertighaus
 - 1.3.3.2. Kostenaufstellung
 - 1.4. **Verkehrswert und Beleihungswert**
 - 1.4.1. Sachwertverfahren
 - 1.4.2. Ertragswertverfahren
 - 1.4.3. Vergleichswertverfahren
 - 1.4.4. Beleihungswert bei Banken und Sparkassen
 - 1.4.4.1. Sachwertverfahren
 - 1.4.4.2. Ertragswertverfahren
 - 1.4.4.3. Beleihungsgrenzen
 - 1.5. **Grundpfandrechte**
 - 1.5.1. Grundzüge des Hypothekenrechts
 - 1.5.1.1. Rangordnung der Grundpfandrechte
 - 1.5.1.2. Unterschied zwischen Hypothek und Grundschuld
 - 1.5.1.3. Brief- und Buchgrundpfandrechte
 - 1.5.1.4. Das Eigentümergrundpfandrecht
 - 1.5.2. Die Entstehung des Grundpfandrechts
 - 1.5.2.1. Die Grundbucheintragung



- 1.5.2.2. Geltendmachung des Grundpfandrechts
- 1.6. Steuerliche Aspekte beim Immobilienerwerb**
- 1.6.1. Eigengenutzte Immobilien
- 1.6.1.1. Höhe der Eigenheimzulage
- 1.6.1.2. Begünstigter Personenkreis (§§ 1, 5 EigZuLG)
- 1.6.1.3. Förderzeitraum
- 1.6.1.4. Begünstigte Objekte
- 1.6.1.5. Höhe und Arten der Eigenheimzulage
- 1.6.1.6. Höchstbetrag der Förderung
- 1.6.1.7. Abwicklung
- 1.6.1.8. Vorkosten und Erhaltungsaufwendungen (§ 10 i EStG)
- 1.6.1.9. Arbeitszimmer in der eigengenutzten Immobilie
- 1.6.1.10. Förderung nach § 10 h Einkommenssteuergesetz
- 1.6.1.11. Besonderheiten in den neuen Bundesländern
- 1.6.2. Vermietete Immobilien
- 1.6.2.1. Abschreibungsmethoden
- 1.7. Darlehensgeber**
- 1.7.1. Geschäftsbanken
- 1.7.2. Hypothekenbanken
- 1.7.3. Lebensversicherungsgesellschaften
- 1.7.4. Bausparkassen
- 1.7.5. Öffentliche Förderung
- 1.7.5.1. Förderungsmöglichkeiten
- 1.7.5.2. Förderungsvoraussetzungen
- 1.8. Begriff und Arten des Kredits
- 1.8.1. Definition
- 1.8.2. Unterscheidungsmerkmale von Krediten
- 1.8.3. Arten von Bankkrediten
- 1.8.4. Kredite an Euromärkten
- 1.8.4.1. Variabel verzinsten Eurokredite
- 1.8.4.2. Festverzinsliche Eurokredite
- 1.9. Darlehensrückzahlung**
- 1.9.1. Tilgungsdarlehen (Annuitätendarlehen)
- 1.9.2. Darlehen mit endfälliger Tilgung
- 1.9.3. Mischformen
- 1.9.4. Vor- und Nachteile

- 1.10. Formen der Kredite**
- 1.10.1. Dispositions- oder Kontokorrentkredit
- 1.10.2. Ratenkredit
- 1.10.3. Treuhandkredit
- 1.10.4. Konsortialkredit
- 1.10.5. Avalkredit
- 1.10.6. Factoringkredit
- 1.10.7. Leasingkredit
- 1.11. Besonderheiten von Annuitätendarlehen**
- 1.11.1. Berechnungsformen
- 1.11.2. Die Bedeutung der Tilgung
- 1.11.3. Zinsbindungsdauer
- 1.12. Disagio**
- 1.12.1. Definition
- 1.12.2. Disagiosplitting
- 1.12.3. Disagiorückerstattung bei vorzeitiger Tilgung oder Kündigung
- 1.12.3.1. Lineare Methode
- 1.12.3.2. Zinssummenmethode
- 1.12.3.3. Effektivzinsmethode
- 1.12.4. Korrekte Gestaltung des Disagios
- 1.12.5. Disagio und Steuer
- 1.13. Preisangabenverordnung**
- 1.13.1. Der Effektivzins
- 1.13.1.1. Definition und Grundlagen
- 1.13.1.2. Preisbestandteile des Kredits nach Preisangabenverordnung
- 1.13.2. Berechnung des Effektivzinssatzes
- 1.13.3. Sonderfälle
- 1.13.4. Der Effektivzins als Vergleichsmaßstab
- 1.14. Barwert**
- 1.15. Kreditvertrag**
- 1.15.1. Grundsätze
- 1.15.2. Zustandekommen des Kreditvertrages in der Bankpraxis
- 1.15.3. Darlehensvertrag
- 1.15.4. Aufbau und Inhalt des Kreditvertrages
- 1.15.4.1. Persönliche Angaben des Kreditnehmers
- 1.15.4.2. Kreditart und Kreditbetrag



- 1.15.4.3. Laufzeit, Rückzahlungsmodalitäten und Konditionen
- 1.15.4.4. Kreditsicherheiten
- 1.15.4.5. Sonstige Vereinbarungen
- 1.16. Kündigungsrechte nach BGB**
- 1.16.1. Ordentliche Kündigung § 489 BGB n. F.
- 1.17. Umschuldungen**
- 1.17.1. Planmäßige Umschuldungen
- 1.17.2. Außerplanmäßige Umschuldungen
- 1.17.3. Wirtschaftliche Aspekte der Umschuldung
- 1.17.4. Vorfälligkeitsentschädigung
- 1.18. Die Finanzierungsbausteine des Immobilienerwerbs**
- 1.18.1. Annuitätendarlehen
- 1.18.1.1. Vergleiche verschiedener Annuitätendarlehen
- 1.18.1.2. Tilgungsaussetzung
- 1.19. Der Bausparvertrag**
- 1.20. Festhypothek von Lebensversicherern**
- 1.20.1. Die steuerliche Betrachtung der Kapitallebensversicherung als Finanzierungsinstrument
- 1.21. Policendarlehen**
- 1.22. Lebensversicherung und Kreditbesicherung**
- 1.22.1. Lebensversicherung als Liquiditätsreserve
- 1.22.2. Sicherung der Tilgung mit Lebensversicherungen
- 1.22.3. Restschuldversicherungen
- 1.22.4. Tilgungslebensversicherung
- 1.22.4.1. Leverage-Effekt und Tilgungslebensversicherung
- 1.22.4.2. Das Grundmodell
- 1.22.4.3. Liquiditätsschonende Modelle
- 1.22.4.4. Leverage-Effekt beim selbstgenutzten oder teilweise selbstgenutzten Haus
- 1.23. Die Finanzierung am Gesamtbeispiel**
- 1.23.1. Bestimmung der max. Monatsbelastung und der max. Fremdmittelaufnahme
- 1.23.2. Ermittlung der Gesamtkosten
- 1.23.3. Staatliche Vergünstigungen
- 1.23.3.1. Eigenheimzulagengesetz (Rechtsstand 12/2002)
- 1.23.3.2. Abschreibung nach § 7 Abs. 5 EStG
- 1.23.4. Die Finanzierung
- 1.23.4.1. Kosten für die Grundschuldbestellung und die Finanzierung

- 1.23.4.2. Bauspardarlehen
- 1.23.4.3. Endfälliges Hypothekendarlehen
- 1.23.4.3. Sonderdarlehen
- 1.23.4.4. Hypothekendarlehen der Hausbank
- 1.23.5. Liquiditätsermittlung
- 1.23.6. Beurteilung der Finanzierung
- 1.23.6.1. Beurteilung bis zum Ende der ersten Zinsbindungsfrist
- 1.23.6.2. Beurteilung der Finanzierung nach der ersten Zinsbindungsfrist
- 1.23.7. Zusammenfassung
- 1.24. Zwangsvollstreckung**
- 1.24.1. Vorbereitung der Vollstreckung
- 1.24.1.1. Titel - Klausel - Zustellung
- 1.24.1.2. Weitere Voraussetzungen
- 1.24.1.3. Vollstreckungsorgane
- 1.24.2. Zwangsvollstreckung in Grundstücke und Grundstücksrechte
- 1.24.2.1. Vollstreckungsarten
- 1.24.2.2. Ablauf einer Zwangsversteigerung
- 1.24.2.3. Schuldnerschutz im Zwangsversteigerungsverfahren
- 1.24.2.3.1. Wertfestsetzung und Mindestgebot
- 1.24.2.3.2. Befriedigung gemäß § 114a ZVG
- 1.24.2.4. Die richtige Vorbereitung
- 2. Öffentliche Darlehen und Förderprogramme**
- 2.1. Öffentliche Banken als Träger von Förderprogrammen**
- 2.1.1. Kreditanstalt für Wiederaufbau
- 2.1.2. Deutsche Ausgleichsbank
- 2.1.3. Kreditinstitute der Länder
- 2.1.4. Europäische Investitionsbank
- 2.2. Antragsweg und Konditionsgestaltung öffentlicher Förderkredite**
- 2.2.1. Antragsweg
- 2.2.2. Konditionengestaltung
- 2.3. Förderprogramme**
- 2.3.1. EDV-gestützte Förderberatung
- 2.3.2. Förderkredite für kleine und mittlere Unternehmen
- 2.3.2.1. KfW-Mittelstandsprogramm
- 2.3.2.2. ERP-Regionalförderprogramm
- 2.3.2.3. Weitere Programme



- 2.3.3. Existenzgründungsprogramme
 - 2.3.3.1. Eigenkapitalhilfeprogramm
 - 2.3.3.2. ERP-Existenzgründungsprogramm (ERP-Ex)
 - 2.3.3.3. Zuschüsse zur Unternehmensberatung
 - 2.3.3.4. Weitere Programme
- 2.3.4. Förderung der Wohnungswirtschaft
- 2.3.5. Zusammenfassung
- 2.4. **Staatliche Wohnungsbauförderung**
 - 2.4.1. Rechtliche Grundlagen
 - 2.4.2. Förderungssystematik
 - 2.4.3. Förderungsempfänger
 - 2.4.4. Einkommensgrenzen
 - 2.4.5. Einkommensermittlung §§ 20 bis 24 WoFG
 - 2.4.6. Förderung einzelner Wohnungsarten
 - 2.4.7. Die staatliche Förderung eigengenutzter Immobilien
 - 2.4.8. Art und Höhe der Subventionen
 - 2.4.9. Fördervoraussetzungen
 - 2.4.9.1. Eigenkapital
 - 2.4.9.2. Tragbarkeit der Belastung
 - 2.4.9.3. Besonderheiten der Förderung
 - 2.4.9.4. Höhe der Förderung
- 3. Leasing
 - 3.1. Geschichte, Begriff und Bedeutung des Leasing
 - 3.2. **Geschäftsablauf**
 - 3.3. **Steuerlich echtes Leasing**
 - 3.3.1. Bedeutung der steuerlichen Einordnung
 - 3.3.2. Vollamortisationsverträge
 - 3.3.3. Teilamortisationsverträge
 - 3.4. **Steuerlich unechtes Leasing**
 - 3.5. **Mietkauf**
 - 3.6. **Konditionenvergleich Leasing - Bankkredit**
 - 3.7. **Vorteile des Leasing**
 - 3.7.1. Steuerliche Motive
 - 3.7.2. Liquiditätsschonung und Erweiterung der Kreditmöglichkeiten
 - 3.8. **Immobilienleasing**
 - 3.8.1. Besonderheiten des Geschäftsablaufs
 - 3.8.2. Steuerliche Fragen